

Magazin der Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

Juni 2026

24. Jahrgang - Ausgabe 125

Einzelpreis: 5,00€

ISSN 1612-7366

Schwerpunkt:
Rheinmetall

Rüstungsgigant Rheinmetall
Keine Waffenproduktion in Berlin
Wechselnde Winde im Panzergeschäft
Eskalierende KI - Wachsender Widerstand
Wie konnte das passieren?

 Informationsstelle
Militarisierung e.V.

Schwerpunkt

- Rüstungsgigant Rheinmetall – [Jonas Uphoff](#) – 3
- Die Zeit des Nazi-Faschismus – [Rheinmetall Entwaffnen Rhein-Main](#) – 7
- Nachhaltigkeit durch Sicherheit? – [Jacqueline Andres](#) – 10
- Keine Waffenproduktion in Berlin! – [Milla Mallikas](#) und [Lea Fittkow](#) – 13
- Kooperation mit ICEYE – [Ben Müller](#) – 15
- Drohnen von Rheinmetall – [Franz Enders](#) – 17
- Griff nach Marschflugkörpern – [Jürgen Wagner](#) – 19
- ... zu Wasser – [Andreas Seifert](#) – 20
- Wechselnde Winde im Panzergeschäft – [Malte Lühmann](#) – 23
- Der aufhaltsame Aufstieg der Rheinmetall AG – [Kampagne Stop RWM \(Sardinien\)](#) – 26
- Rheinmetall in Osteuropa – [Ben Müller](#) – 29
- Rheinmetall verdient mit Grenzschutz – [Jacqueline Andres](#) – 32
- Rheinmetall organisiert den Aufmarsch nach Osten – [Jonathan Jokisch](#) – 33
- Im Schatten des Rüstungsbooms – [Charlotte Kehne](#) – 35
- Rheinmetall Entwaffnen! – [Bündnis Rheinmetall Entwaffnen](#) – 37

Magazin

Deutsch-israelische Militärkooperation

- Aus Völkerrechtsbrüchen lernen? – Studie zu deutsch-israelischer Militärkooperation – [Melchior Grabowski](#) – 38

Kriegsfolgen

- Wenn Öl zur Kriegswaffe wird – [Jacqueline Andres](#) – 42

High-Tech-Rüstung

- Eskalierende KI, wachsender Widerstand – [Christoph Marischka](#) – 45
- Woher kommt der „Drohnenwall“? – [Franz Enders](#) – 50

Deutschland und die Bundeswehr

- Geschenk für die Rüstungsindustrie – Finanzplanung bis 2030 – [Jürgen Wagner](#) – 52
- Wie konnte das denn passieren? – Zur Debatte um Ausreisegenehmigungen – [Reza Schwarz](#) – 53
- Neue französisch-deutsche Nuklearetappe – [Tobias Pflüger](#) – 56
- Dynamit Nobel Defence auf dem Vormarsch – [Jacqueline Andres](#) – 58
- „In Geld gegossenes Scheitern“ – Paradebeispiel Funkgeräte – [Jürgen Wagner](#) – 62
- Zeitenwende oder Zeitreise? – Strategisches Recycling der Abschreckung – [Kiflemariam Gebre Wold](#) – 64

Rüstungsgigant Rheinmetall

Wie der Konzern von der Zeitenwende profitiert und welche Funktion er in der deutschen Kriegswirtschaft einnimmt

von Jonas Uphoff

Der Düsseldorfer Konzern Rheinmetall zählt zu den größten Profiteuren der Kriegspolitik der letzten Jahre. Es ist nicht verwunderlich, dass ein Konzern, der sein Hauptgeschäft mit Kriegsgerät aller Art macht, von einer globalen Lage profitiert, in der laut dem SIPRI-Bericht 2025 so viel Geld für eben diese Waren ausgegeben wird wie noch nie zuvor. Auch nicht, dass der größte Rüstungskonzern des Staates, der nun mal den „stolzen“ vierten Platz in Sachen Rüstungsausgaben des vergangenen Jahres belegt, nochmal besonderen Aufwind bekommt.¹ Allerdings tut Rheinmetall mehr, als nur liefern und profitieren. Seit 2022 hat der Konzern, oft verkörpert durch seinen CEO Armin Papperger, eine maßgebliche, gestaltende Rolle beim Aufbau einer deutschen bzw. europäischen Kriegswirtschaft eingenommen. Der alte Industrieriese Rheinmetall war in der einen oder anderen Form schon seit dem Kaiserreich „systemrelevant“ für den deutschen Staat und seine Kriegspolitik.² Der Konzern nimmt in einer Phase, wo sich die Politik Deutschlands mehr und mehr am Primat des Krieges ausrichtet, nun wieder eine tragende Funktion ein. Um besser zu verstehen, wie schnell und dynamisch Rheinmetall in diese Funktion hineinwächst, lohnt es sich, einen genaueren Blick auf den Konzern zu werfen. Der folgende Artikel wirft Licht auf die Entwicklung Rheinmetalls der letzten Jahre, insbesondere seit der Inkraftsetzung der sogenannten „Zeitenwende“-Politik. Es soll dabei nicht nur ein Überblick über die wirtschaftliche Expansion des Konzerns, etwa durch Übernahmen kleinerer Unternehmen oder den Ausbau der eigenen Produktion, seine zahlreichen Aufträge erheblichen Ausmaßes und den Anstieg des Personals, Umsatzes sowie des Aktienkurses geschaffen werden. Auch die besondere politische Funktion, die Rheinmetall in der deutschen und internationalen Kriegspolitik einnimmt, wird beleuchtet.

Vom „Underdog“ zum Shootingstar

Sofort nachdem der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz im Frühjahr 2022 eine drastische Erhöhung der Rüstungsausgaben bekannt gegeben hatte, war Rheinmetalls CEO

Armin Papperger öffentlichkeitswirksam zur Stelle. Er beteiligte sich rege am neuen promilitärischen Diskurs, nicht nur darüber, wie die (damals noch als unvergleichlich hoch erscheinenden) 100 Mrd. Euro Sondervermögen einzusetzen wären und was sein Konzern dabei abdecken könnte. Auch zu anderen militärpolitischen Fragen wie der Etablierung eines Wehrdienstes oder weiterer finanzpolitischer Maßnahmen für die Aufrüstung meldete er sich zu Wort. Wie die Medien dem Konzern eine neue öffentliche Bühne einräumten und wie gekonnt dieser sie seitdem zu nutzen weiß, wurde bereits 2024 in einer Studie untersucht.³ Dieser Beliebtheitstrend hat sich seitdem fortgesetzt. Gemeinsame Auftritte Pappergers mit Politiker*innen, wie bei der Einweihung der neuen Munitionsfabrik⁴ in Unterlüß oder zuletzt auf der Hannover Messe 2026, die einen starken Fokus auf die Rüstungsindustrie setzte, sind mittlerweile die Regel.⁵ Diese inzwischen etablierte Diskursmacht hat eine materielle Basis: Durch viele langfristige staatliche Großaufträge und die Erweiterung seines „strategischen Portfolios“ auf nahezu alle Rüstungsbereiche hat der Konzern seine finanzielle Planungssicherheit für die nächsten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, sichergestellt. Der Umsatz betrug 2025 9,9 Mrd. Euro, ein Personalaufwuchs auf über 33.000 Angestellte war im selben Jahr zu verzeichnen.⁶ Auch dieses Jahr soll der Umsatz weiter steigen, wenn es nach den Wünschen des Konzerns geht: „Der Umsatz soll 2026 weiterhin um 40 bis 45 Prozent auf 14 bis 14,5 Mrd. Euro nach oben klettern. Die operative Ergebnismarge erwartet der Rüstungskonzern bei rund 19 Prozent.“⁷

Das macht sich auch am Aktienmarkt bemerkbar. Lag der Kurs im Dezember 2021 noch bei rund 70 Euro, befindet sich die Aktie mittlerweile zwischen 1.400 und 2.000 Euro, wobei jede kriegerische Eskalation auf der Welt weiterhin für Booms sorgen kann.⁸

Raus aus der zivilen Produktion, rein in den Seekrieg

Hierbei passt sich der Konzern, der bereits vor der Zeitenwende ein breit gefächertes Angebot an Kriegsgerät auf-

weisen konnte, dynamisch der Nachfrage der Kriegspolitik an. So wurde zeitgemäß Power Systems, die einzige Division, die mit Mobilität, Antrieben, Motoren und Kolben noch eine potentiell zivile Nutzbarkeit hatte, eingestellt. Aktuell gliedert sich der Konzern in fünf Geschäftsbereiche: „Vehicle Systems“, „Weapons and Ammunition“, „Air Defense“, „Digital Systems“ (letztere beiden gingen aus der Aufteilung von „Electronic Solutions“ hervor) und die jüngste Neugliederung vom 1. März 2026, „Naval Systems“.⁹ Somit deckt der Konzern über Land, Luft, See und den digitalen Raum alle Bereiche des modernen Krieges ab und besitzt daher eine ziemlich starke Verhandlungsbasis, wenn es um die Vergabe staatlicher Aufträge geht. Darüber hinaus wird wortwörtlich nach den Sternen gegriffen: In einem Joint Venture mit der finnischen Firma ICEYE plant Rheinmetall bald den Bau eigener Satelliten.¹⁰ Auch in die massenhafte Drohnenproduktion ist der Konzern eingestiegen, wie Papperger im Rahmen eines Großauftrags der Bundeswehr bekannt gab.¹¹ Die Gründung von Naval Systems folgte einer Übernahme der militärischen Abteilung der Lürssen-Gruppe, „Naval Vessels Lürssen“. Mit dieser Übernahme fielen Rheinmetall vier Werften in Norddeutschland (die Peene-Werft in Wolgast, Blohm&Voss, sowie die Norderwerft in Hamburg und die Jade-Werft in Wilhelmshaven) sowie einige internationale Standorte zu. Mit dieser industriellen Basis kommt Papperger dem Ziel, seinen Konzern zu einem „domäneübergreifenden Systemhaus“ zu machen, ein großes Stück näher.¹² Die im April 2026 begonnene Produktion unbemannter maritimer Scout-Fahrzeuge, sowie die erste Schiffstaufe des Konzerns am 29. April 2026 zeigen, dass der Konzern diese Infrastruktur sofort in sein Produktionsnetzwerk integriert und nichts stillliegen lässt.¹³

Obwohl der Lürssen-Deal in seinem Ausmaß hervorsteht und strategisch gesehen bedeutend ist, markiert er lediglich den jüngsten großen Schritt eines Trends der letzten Jahre. Rheinmetall expandiert, kauft kleinere zivile und militärische Unternehmen auf und übernimmt teilweise große industrielle Kapazitäten anderer Industrie-

konzerne. Diese Entwicklung bleibt nicht auf Deutschland beschränkt: Vor allem im osteuropäischen EU-Ausland hat der Konzern durch Joint Ventures und Zweigstellen einen dauerhaften Fuß in der Tür.¹⁴

Rheinmetall in der deutschen Militärstrategie

In die deutsche Militärstrategie ist Rheinmetall fest integriert, wie ein am 19. Februar 2025 bekanntgebener Vertrag zwischen Rheinmetall und der Bundeswehr, der den Konzern als „Full Service Partner bei der Verlegung von Kräften“ festlegt, zeigt. Im Friedens- wie im Kriegsfall übernimmt Rheinmetall logistische Leistungen wie „Flächenbereitstellung, Bereitstellung und Betrieb von Unterkünften, Sanitäreinrichtungen und Verpflegungseinrichtungen sowie Betrieb von Verkaufseinrichtungen und Betankungsmöglichkeiten, Energieversorgung, Abfallentsorgung, Bewachungsdienstleistungen“.¹⁵ All diese Bereiche sind essentiell in der von Bundeswehr und Politik beschriebenen Strategie der „Drehscheibe Deutschland“ eingebettet, bei der Deutschland im Falle eines Krieges gegen Russland durch seine geographische Position eine zentrale logistische Funktion einnehmen wird.¹⁶ Einerseits lässt sich diese Entwicklung natürlich auch dadurch erklären, dass Rheinmetall sich durch seine breite Aufstellung und Größe am Markt leicht durchsetzen konnte. Er führt den Wettbewerb gegenüber anderen europäischen Konzernen an und nimmt bei Kooperationen oft die führende Rolle ein. Ohne den Blick auf staatliches Eingreifen und eine massive Investitionspolitik wäre der Erfolg des Konzerns allerdings überhaupt nicht zu erklären.

Rheinmetall im Rüstungs-Keynesianismus?

Die kriselnde europäische Wirtschaft und der mangelnde Erfolg neoliberaler Wachstumsstrategien hat schon seit den 2010er Jahren zu mehr und mehr staatsinterventionistischer Wirtschaftspolitik geführt. Unter dem Begriff „Strategische Autonomie“ wurden Maßnahmen zusam-

Liste der größten Aufträge an Rheinmetall von Mai 2024 bis Mai 2026

- 24. Mai 2024: Nicht genannter „NA-TO-Kunde“ bestellt Artilleriemunition im Wert von 300 Mio. €.
- 20. Juni 2024: Bundeswehr schließt Rahmenvertrag über 155mm-Artilleriemunition für 8,5 Mrd. € ab. Größter Auftrag der Firmengeschichte.
- 24. Juli 2024: Die Ukraine bestellt komplette technische Ausstattung einer Munitionsfabrik für einen „dreistelligen Millionenbetrag“.
- 20. Januar 2025: Bundeswehr bestellt 568 Logistikfahrzeuge für 330 Mio. €.
- 19. Februar 2025: Bundeswehr schließt Rahmenvertrag über logistische Unterstützung durch den Konzern im Friedens- und Kriegsfall ab. Das Volumen beläuft sich auf 260 Mio. €.
- 3. Juli 2025: Nicht genannter „NA-TO-Kunde“ bestellt 155mm-Artilleriemunition im Wert von „mehreren hundert Millionen“. Es ist der bisher größte Auftrag für die Tochterfirma Rheinmetall Denel Munition aus Südafrika.
- 19. November 2025: Bundeswehr schließt Vertrag für die Modernisierung des „Gefechtsübungszentrums Heer“ über 61 Mio. € ab.
- 19. Dezember 2025: Bundeswehr bestellt 200 „Puma-Schützenpanzer“ bei Rheinmetall und KNDS für rund 4,2 Mrd. €.
- 2. Februar 2026: Dänemark gibt Rheinmetall Auftrag für Munitionsversorgung im dreistelligen Millionenbereich.
- 17. Februar 2026: Schweden bestellt Schiffswaffensystem „SeaSnake“ für 61 Mio. €. Erstmöglicher Erwerb des Waffensystems durch einen NA-TO-Kunden.
- 22. April 2026: Bundeswehr bestellt Drohnen „Loitering Munition FV-014“ im „Milliardenbereich“

mengefasst, welche die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit der EU angesichts zunehmender globaler Rivalität sicherstellen sollten. Seit der „Zeitenwende“ hat „Strategische Autonomie“ vor allem eine geopolitische und militärische Bedeutung erhalten.¹⁷ Die Notwendigkeit, eine eigene Kriegswirtschaft aufzubauen, wird zuletzt auch durch eine vermeintliche „Unzuverlässigkeit“ des NATO-Partners USA noch verstärkt. Sowohl auf europäischer als auch auf deutscher Ebene wurden daher massive finanzpolitische Maßnahmen getroffen, um die eigene Rüstungsindustrie zu fördern. Hierbei werden Strategien verfolgt, die nicht nur ein Wachstum der Kapazitäten, sondern auch eine Beschleunigung im Beschaffungswesen erwirken sollen.¹⁸ In diese politische Kerbe schlagen auch die Rüstungs- und Infrastrukturpakete der Bundesregierung, sowie das Ziel, künftig fünf Prozent des BIP (1,5 % für Infrastruktur und 3,5 % für direkte militärische Zwecke) für NATO-Ziele auszugeben.

Diese gewaltigen Staatsausgaben bei gleichzeitiger Einsparung im sozialen Bereich stellen eine Art einseitigen Rüstungs-Keynesianismus dar. Neben Finanzspritzen mischt sich die Industriepolitik weiter ein: Nach den strategischen Vorstellungen der EU-Kommission sollen die kleineren Rüstungsunternehmen unter der Führung der größten europäischen Rüstungskonzerne (die meisten davon deutsch und französisch) zusammengelegt werden, um Koordination zu erleichtern und Beschaffungswege zu verkürzen. Führende Kriegspolitiker*innen wie Verteidigungsminister Boris Pistorius sprechen sich überzeugt für eine staatliche Beteiligung an Rüstungsunternehmen aus. Ob diese Strategien letztendlich erfolgreich sein werden, kann an dieser Stelle nicht weiter untersucht werden. Fakt ist: Rheinmetall profitiert wie wenige andere europäische Konzerne gewaltig von dieser Politik. Nicht zufällig deckt sich Pappergers Vorstellung eines „Europäischen Systemhauses von 30 bis 35 Milliarden Euro Umsatz im Jahr“, welche er seit der Zeitenwende mehrfach äußerte, mit den strategischen Überlegungen der EU.¹⁹

Da Munitionsproduktion durch europäische Politik besonders gefördert wird und Rheinmetall im Vergleich zu anderen Konzernen bereits einige Kapazitäten in diesem Bereich besaß, die der Konzern bis heute immer weiter ausgebaut hat, sind Milliarden der europäischen und deutschen Sondervermögen in die Taschen des Konzerns gewandert. Auch die Aufhebung von gesetzlichen Maßnahmen, die den industriellen Wettbewerb sichern sollen, kommt vor allem Konzernen in der Größenordnung Rheinmetalls zugute. So hat das oben erwähnte Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz beispielsweise die losweise Vergabe für große Aufträge abgeschafft. Das bedeutet, dass sogenannte „wettbewerbsfördernde“ Maßnahmen, die bei der Vergabe auch kleinere Unternehmen berücksichtigen, für Rüstungskonzerne abgeschafft wurden. Stattdessen kann sich die Bundeswehr nun viel direkter an Unternehmen wenden, und Rheinmetall hat gerade im deutschen Kontext klare Wettbewerbsvorteile.

Übernahmen, Neubauten und Joint Ventures von Mai 2024 bis Mai 2026

- 29. November 2024: Rheinmetall und die litauische Regierung unterzeichnen ein Abkommen für den Bau einer Fertigungsanlage für 155mm-Artilleriemunition.
- 15. Oktober 2024: Joint Venture mit dem italienischen Panzerhersteller Leonardo, Ziel ist die Ausrüstung der italienischen Streitkräfte sowie späterer Export.
- 2. Dezember 2024: Rheinmetall kauft die US-amerikanische Firma Loc Performance. Mit dem Kauf der Firma, die Bestandteile für Militärfahrzeuge herstellt, erhöht Rheinmetall seine Reichweite auf dem US-amerikanischen Markt.
- 8. Mai 2025: Rheinmetall und das finnische, auf Überwachungstechnik spezialisierte Unternehmen ICEYE geben die Absicht bekannt, in einem Joint Venture zukünftig Satelliten zu produzieren.
- 27. August 2025: Rheinmetall und die rumänische Regierung unterzeichnen einen Vertrag zum Bau einer Schießpulverfabrik, geschätzte Investitionskosten belaufen sich auf 535 Mio. Euro.
- 1. Juli 2025: in Weetze wird die Produktionsstätte für Rumpfteile des F35-Bombers eröffnet, die der nuklearen Teilhabe Deutschlands dienen sollen.
- 5. September 2025: Rheinmetall eröffnet neues Munitionswerk am Hauptstandort Unterlüß, Kapazitäten für 500 neue Arbeitsplätze.
- 25. September 2025: Rheinmetall und die staatliche lettische Rüstungsfirma LLC unterzeichnen Vertrag für eine im Joint Venture zu produzierende Munitionsfabrik für 155mm-Munition.
- 14. Oktober 2025: Rheinmetall erhält Auftrag für mobile Sanitätseinrichtungen von der Bundeswehr über 300 Mio. Euro. Die Systeme sollen unter anderem von der „Brigade Litauen“ verwendet werden.
- 20. Oktober 2025: Rheinmetall und KNDS erhalten 4,7 Mrd. Euro schweren Auftrag über 222 „Schakal“-Panzer für die niederländischen und deutschen Streitkräfte.
- 10. Dezember 2025: Rheinmetall kauft die Munitionsfirma Muni Berka GmbH im Westfälischen Ochtrup und Deitersdorf in Sachsen Anhalt.
- 1. März 2026: Rheinmetall vollendet den Kauf der Naval Vessels Lürssen und erschließt sich neben dem Unternehmen mit rund einer Milliarde Jahresumsatz und über 2.100 Angestellten auch vier Werften und erweitert seine Produktpalette auf Kriegsschiffe. Und kündigt an, auch die Kieler Werft German Naval Yards zu übernehmen.
- 4. März 2026: Rheinmetall erwirbt mit 51 % den Mehrheitsanteil der kroatischen Firma DOK-ING. Diese stellt automatisierte Systeme her, die unter anderem in der Ukraine zum Einsatz kommen.
- Planung für 2026: Aufbau eines neuen Werks für Raketentriebwerke in Unterlüß im Joint Venture mit Destinus, Entwicklung von Laserwaffensystemen mit MDBA.



Die Symbiose von Konzern und Politik

Die Bundeswehr ist und bleibt der größte und verlässlichste Kunde des Konzerns. Gleich zweimal innerhalb der letzten Jahre brachte sie ihm den bis dahin jeweils größten Auftrag der Firmengeschichte ein: im Juli 2024 für Militärfahrzeuge für 3,5 Mrd. Euro und Anfang 2025 mit Inkrafttreten eines Rahmenvertrages über Munition für 8,5 Mrd. Euro. Die meisten dieser Verträge legen stückweise Lieferungen über jahrelange Zeiträume hinweg fest, erlauben dem Konzern also Planungs- und Einkommenssicherheit. Auch die langfristigen Joint Ventures im osteuropäischen EU-Ausland werden maßgeblich politisch unterstützt. Für Deutschland und die EU ist Rheinmetall also ein zentraler geostrategischer Faktor, während der Konzern sich durch die starke Zusammenarbeit mit der Politik seinen Wachstumskurs sicherstellt.

Bislang ist noch keine Beteiligung des deutschen Staates an Projekten oder Standorten von Rheinmetall bekannt. Angesichts der geschilderten strukturellen Verzahnung von Politik und Wirtschaft beim Aufbau der Rüstungsindustrie ist das aber auch gar nicht nötig, da Rheinmetall den Anforderungen der deutschen Rüstungspolitik auch ohne derlei direkte Eingriffe entspricht. Obwohl der Konzern in dieser Politik eine privilegierte Funktion innehat, wäre es trotzdem irreführend, hier von einem Monopol zu sprechen. In den andauernden Übernahmen kleinerer Konzerne zeigt sich eine Art Monopolisierungstendenz, allerdings betreibt Rheinmetall auch weiterhin eine rege Kooperationsstrategie mit anderen Konzernen und dies auf nationaler wie internationaler Ebene.

Dass die Interessen des Konzerns nicht immer mit den staatlichen Interessen Deutschlands zu vereinbaren sind, zeigt sich daran, dass Rheinmetall seinen Absatzmarkt in

den USA und auch die Kooperation mit US-amerikanischen Rüstungsunternehmen weiterhin ausbaut.²⁰ Für das durch Übernahmen und Kooperationen wachsende Produktionsnetzwerk benutzt Papperger oft den Begriff „System“. Dieser ist natürlich kritisch zu betrachten, da er die eindeutige Führungsrolle Rheinmetalls, auch in den meisten dieser Joint Ventures, verschleiert. Dennoch kommt er als Beschreibung der Funktion Rheinmetalls im aktuellen Aufbau der Kriegswirtschaft nahe: als einer der relevantesten Knotenpunkte im Netzwerk der privaten und staatlich kontrollierten Rüstungspolitik, der das Netzwerk beeinflussen kann wie kaum ein anderer Player, aber dennoch auf ein funktionierendes Netz und eine andauernde Nachfrage durch die Kriegspolitik angewiesen ist. Ob Rheinmetall über kurz oder lang eine noch eindeutigeren Führungsposition einnehmen wird, bleibt zunächst offen. Fest steht: Der Konzern ist für die deutsche und europäische Kriegspolitik unentbehrlich, gestaltet sie aktiv mit und wird dies auch tun, solange der Rüstungskurs als Ganzes nicht abgewendet wird.

Anmerkungen

- 1 „Die Militarisierung der Welt“, German Foreign Policy, 28.4.2026.
- 2 Siehe hierzu den Beitrag im Schwerpunkt zu „Rheinmetall im Faschismus“
- 3 „Von der Schmutzdecke in die Systemrelevanz“, IMI-Studie 1/2024, 16.4.2024.
- 4 „Neues Rheinmetall-Munitionswerk eröffnet – Lob aus der Politik“, WELT 27.8.2025.
- 5 „Pistorius: Deutschland muss mehr für Europas Sicherheit tun“, WELT 20.4.2026.
- 6 Rheinmetall Bilanzvorlage, Rheinmetall 11.3.2026.
- 7 Rheinmetall wächst schwächer als gedacht, Manager Magazin 5.5.2026.
- 8 Rheinmetall-Aktie, Finanzen.net Stand 3.5.2026.
- 9 Divisionen des Rheinmetall-Konzerns, Rheinmetall, 2026.
- 10 Pressemitteilung vom 8.5.2025, Rheinmetall.
- 11 Pressemitteilung vom 22.4.2026, Rheinmetall.
- 12 Pressemitteilung vom 15.9.2025, Rheinmetall.
- 13 Pressemitteilung vom 20.4.2026 und Pressemitteilung vom 29.4.2026, Rheinmetall.
- 14 Siehe hierzu die gesonderten Beiträge im Schwerpunkt.
- 15 Pressemitteilung vom 19.2.2025, Rheinmetall.
- 16 Vgl. „Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0 im militärischen Krisenfall. Eine Situationsbeschreibung, Analyse und Handlungsempfehlungen“ Bubendorfer-Licht, S., Eckert, L., Hahn, A., Krings, G., Schäfer, I. (2025) Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit, 30.9.2025.
- 17 Vgl. „Politische Ökonomie der Zeitenwende“, Etienne Schneider und Felix Syrovatka, 2024
- 18 Zur eingehenden Beschäftigung mit der deutschen und europäischen Kriegswirtschaft siehe: „Kriegswirtschaft in Deutschland und Europa“, Jürgen Wagner, Özlem Demirel (Hrsg.), 2.12.2025 www.imi-online.de.
- 19 „Offene Partnerschaft unter Waffenbrüdern“, Wirtschaftswoche, 10.6.2024.
- 20 Beispielsweise stellt der Konzern seine „globale Expertise“ zum Ausbau effektiver Munitionsproduktion auch in den USA zur Verfügung: Rheinmetall Story 11.12.2025.

Die Zeit des Nazi-Faschismus

Rheinmetalls „unmenschliche Leistung“

Rheinmetall Entwaffnen Rhein-Main

Rheinmetall verdankt seine Gründung dem Modernisierungsstreben des deutschen Heeres. Dem Auftrag zur Produktion von Mantelgeschossen für die Infanterie folgte am 7. Mai 1889 die Firmengründung in Düsseldorf. Die Rheinische Metallwaren und Maschinenfabrik AG war also, anders als andere metallverarbeitende Betriebe, vom ersten Tag an eine Waffenschmiede. Es folgte ein Jahrzehnt der Expansion. Die Konkurrenz zur Firma Krupp aus Essen, dem damals größten Waffenproduzenten und Ausstatter des deutschen Heeres, zwang Rheinmetall, vor allem für den Export zu produzieren. Waffen wurden nach Bulgarien, Belgien, England, Griechenland, Holland, Italien, Norwegen, Portugal, Rumänien, Russland, Serbien, in die Türkei und in die USA verkauft.

Kriegsgewinnler im Ersten Weltkrieg

Als Heeresausrüster (neben Krupp) lieferte Rheinmetall Geschütze jeglicher Art inklusive aller Munition. Ein Zitat aus den Rheinmetall-Borsig-Mitteilungen des Jahres 1936: „Als 1914 bis 1918 Mars die Stunde regierte, hatte das Werk Unmenschliches zu leisten“. Die Zahl der Beschäftigten stieg von 8.000 bei Kriegsbeginn auf 48.000 bei Kriegsende.

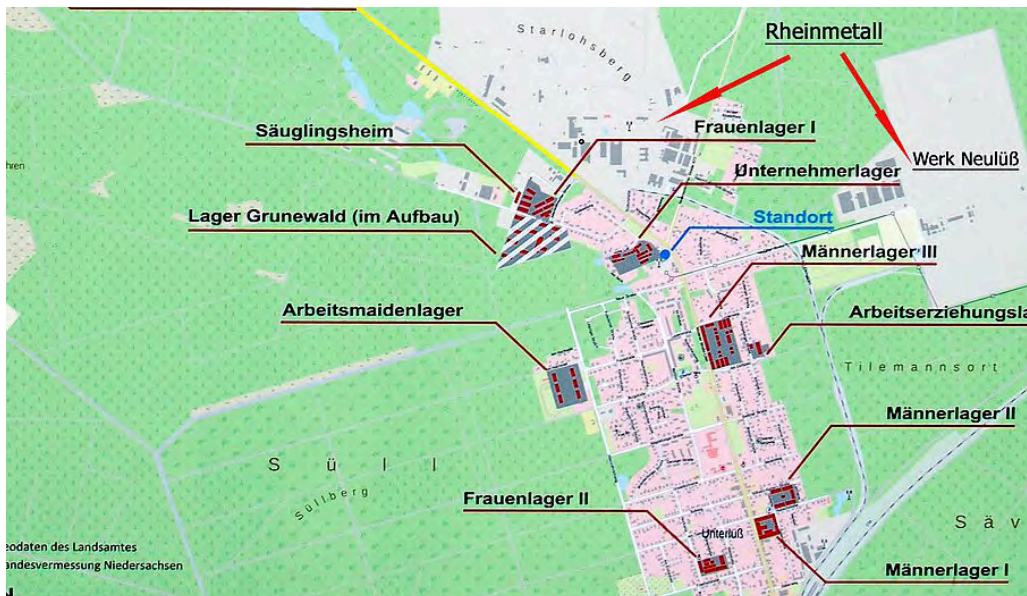
Der Niederlage Deutschlands und dem im Versailler Vertrag erlassenen Verbot von Kriegswaffen folgte die Demontage aller Rheinmetall-Werke. 1919 gelang es jedoch, illegal große Mengen Kriegsmaterial in die Niederlande zu schaffen. 1923 gingen diese Bestände in eine mit Rheinmetall verbundene niederländische Gesellschaft über. Rheinmetall war nie bereit, sein Rüstungsgeschäft aufzugeben, auch wenn die Siegermächte dem Konzern eine kurze Zeit der Konversion aufzwangen. Schon 1922 begann Rheinmetall, gegen die Auflagen der Siegermächte verstoßend, mit der Produktion von Artilleriewaffen. Der Konzern gehörte zu jenen Akteuren, die schon zu Beginn der Weimarer Republik die illegale Aufrüstung der Reichswehr (später Wehrmacht) betrieben. Das Geld der Rüstungsaufträge füllte rasch die Kasse. 1925 konnte Rheinmetall auch offiziell wieder in die Produktion von Kriegswaffen einsteigen.

Der große Aufschwung bei Rheinmetall

Schon lange vor der Machtübernahme suchte die Konzernspitze die Nähe zu den Faschisten. Zu Lesen in der Festschrift zum 25-jährigen Firmenjubiläum 1914, kurz vor Beginn des Ersten Weltkrieges: „Dem wohlverstandenen Ringen um Macht folgt das Gut der Rassengesundheit.“ 1933 konnte Rheinmetall sich bei der A. Borsig GmbH (Produktion von Torpedos und Minen) einkaufen und diese 1936 vollständig übernehmen. Ernst von Borsig war damals Vorsitzender des Dachverbandes der Arbeitgeber und schon seit 1922 Förderer der NSDAP.

Es folgte die Zeit der Verflechtung mit den faschistischen Machthabern. So saß der Vorstandsvorsitzende von Rheinmetall, H. Roenert, auch im Vorstand der Hermann-Göring-Werke und war Vorstandsvorsitzender der mit Göring eng verbundenen Junkerwerke. Zusätzlich war Roenert im „Rüstungsrat“ und pflegte enge Beziehungen zu Himmler und der SS. Er war zuständig für die Zuteilung von KZ-Insass:innen über das SS-Wirtschaftsverwaltungsamt in die Rheinmetall-Borsig-Werke. Und der Aufsichtsratsvorsitzende der Rheinmetall-Borsig AG war gleichzeitig Chef des Heereswaffenamtes. Mit dem Rückenwind solcher Gönner expandierte der Konzern. Die Hoesch-AG, die MannesmannRöhren-Werke und die Eisen-und-Metall AG wurden Teil der Rheinmetall-Borsig AG. Rheinmetall war, wie andere Großkonzerne auch, Mitglied des „Freundeskreises des Reichsführers SS“. Im Gegenzug für millionenschwere Spenden wurden gemeinsame Besuche von SS und Führern der Wirtschaft in Konzentrationslagern organisiert. Zum 50-jährigen Firmenjubiläum versah Göring die Festschrift mit einer persönlichen Widmung: „Sie haben sich einen Ruf erkämpft, der in der Welt Geltung hat. Ihre freudige Mitarbeit am Werk des Führers, des Schöpfers der neuen stolzen Wehrmacht, bedeutet ein Ruhmesblatt in ihrer Geschichte.“

Es folgt ein verheerender Einsatz der Waffen von Rheinmetall beim Überfall Nazi-Deutschlands auf Osteuropa. Die Waffen von Rheinmetall-Borsig bekamen Namen. Der Mörser, der 1942 Sewastopol dem Erdboden gleichmachte, hieß „Karl“. Beim In-Schutt-und-Asche-



Arbeitslager in Unterlüß, Foto des Übersichtsplans vor Ort. Foto: Hajotthu über Wikipedia CC 3.0.

Legen des jüdischen Ghettos in Warschau und der späteren nahezu vollständigen Zerstörung Warschaws kam das vollständige Mörsersortiment von Rheinmetall-Borsig zum Einsatz: „Adam, Eva, Thor, Odin, Loki, Ziu“.¹

Rheinmetall und Zwangsarbeit

Bereits vor 1939 fehlten in der Rüstungsindustrie Arbeitskräfte; der sich mit der Kriegswirtschaft verstärkende Mangel sollte nicht durch den Einsatz von Frauen kompensiert werden, dies widersprach dem faschistischen Frauenbild, und Frauen spielten bei den „Brotrevolten“ im Ersten Weltkrieg eine zentrale Rolle. Zwangsarbeit und Ausplünderung der besetzten Gebiete waren daher kriegswirtschaftlich essenziell. Zunächst wurden gefangene Soldaten und Zivilist:innen aus den überfallenen Ländern eingesetzt.

Aus Polen und der Sowjetunion wurden Kinder ab dem Alter von zehn Jahren zur Sklavenarbeit gezwungen. Philipp Engel, ein Zwangsarbeiter aus den Niederlanden, berichtet über seine Ankunft im Berliner Rheinmetall-Werk: „Am 1. März 1943 kamen wir in die Fabrik. [...] Ich wurde in eine Abteilung eingeteilt, in der große Maschinen, meist Drehbänke, standen. [...] Es arbeiteten auch Kinder aus Polen dort, zehn, zwölf Jahre alt, Jungs und Mädchen. Die Kinder [...] waren einfach bei ihren Familien weggeholt worden.“²

Nur ein sehr kleiner Teil der zivilen Arbeiter:innen kam freiwillig. Fritz Sauckel, der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz 1942 bis 1945, erteilte Rheinmetall die Genehmigung, im östlichen Teil Polens, dem sog. Generalgouvernement, in eigener Regie Arbeitskräfte zu rekrutieren. Aber nachdem sich die Arbeitsbedingungen in Deutschland herumgesprochen hatten, kam niemand mehr freiwillig. Dienstverpflichtungen bis hin zur Entführung von der Straße weg waren an der Tagesordnung. In Nordholland, bei einem in der faschistischen Ideologie sog. germanischen Brudervolk, wurden Orte von der

deutschen Wehrmacht umstellt; wenn Männer zwischen 17 und 40 Jahren der Verpflichtung zum Arbeitseinsatz nicht nachkamen, wurde geschossen.

In der damaligen Sowjetunion wurden 1942 Razzien auf Märkten durchgeführt und Jugendliche festgenommen, um in völlig überfüllten Viehwaggons mit Stroh am Boden über viele Tage und Nächte hinweg in Sammellager gebracht zu werden. Dort wurden sie „ausgestellt“ und die deutschen Herren wählten sich ihre Arbeiter:innen aus.³ Beim Rückzug der Wehrmacht ab 1943 wurden ganze Dorfgemeinschaften zur Zwangsarbeit deportiert oder gleich an Ort und Stelle ermordet.

Die Wehrmacht rekrutierte die Zwangsarbeiter:innen; die Deutsche Reichsbahn organisierte die Transporte: Personenzüge für westliche Arbeitskräfte, Viehwaggons für Menschen aus dem Osten, für sowjetische Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge gab es u.a. offene Waggons, die im Winter zum massenhaften Tod durch Erfrieren führten. Auch beim Transport war die faschistische, rassistische Hierarchie bestimmend.

In allen Rheinmetall-Borsig-Werken wurden Zwangsarbeiter:innen eingesetzt. Hier steht der Standort Unterlüß exemplarisch. 1899 pachtete Rheinmetall in Unterlüß große Flächen, um die produzierten Waffen zu erproben. Die Geschichte des Ortes Unterlüß ist vom Rüstungskonzern Rheinmetall als größtem Arbeitgeber seither nicht zu trennen. Schon im Ersten Weltkrieg wurden Kriegsgefangene aus Frankreich, England, Russland und Belgien zur Zwangsarbeit in Unterlüß gezwungen.

Während des Nazi-Faschismus organisierte Rheinmetall selbst die Zuweisung der Zwangsarbeitskräfte. Im Werk selbst lag der Anteil der Zwangsarbeitenden an der Belegschaft Ende September 1944 bei 56,5 %, in der Munitionsfüllanlage mit den schlimmsten Arbeitsbedingungen waren es bis zu 81 % Zwangsarbeiterinnen. Sie mussten im Schichtdienst über zwölf Stunden die Geschosse mit Schwefel befüllen. Viele bekamen bereits nach wenigen Tagen ein gelbes Gesicht und rotbraune Haare. Das

Glas Milch täglich, das die Arbeiterinnen in der Füllanlage zusätzlich bekamen, verhinderte die Vergiftung der Frauen nicht.

Rheinmetall-Borsig war im Deutschen Reich der Konzern mit dem größten Anteil an ausländischen (Zwangs-)Arbeiter:innen. Bestätigt ist auch der Einsatz von mindestens 5.000 KZ-Insass:innen. In Unterlüß gab es mehrere Lager: ein „Männerlager“ für italienische und später polnische Zwangsarbeiter, ein „Frauenlager“, ein weiteres sog. Polenlager; auf dem Gelände der Rheinmetall-Borsig AG zudem ab dem 4. November 1941 ein „Arbeitserziehungslager“ (AEL), das der Gestapo Lüneburg unterstand und das von der SS bewachte Außenlager des KZ Bergen-Belsen Tannenberg für jüdische Frauen. Die AEL waren Teil des Strafsystems, wenn Zwangsarbeiter:innen der „Arbeitsbummel“ oder anderer „Vergehen“ beschuldigt wurden. Ins AEL Unterlüß wurden mindestens 146 Häftlinge aus dem Gerichtsgefängnis Lüneburg verbracht. Während der letzten Kriegswochen verübte die Gestapo eine Massenerschießung an den AEL-Gefangenen.⁴

Im KZ-Außenlager Tannenberg für Frauen waren ab August 1944 zwischen 400 und 900 jüdische Frauen und Mädchen aus dem KZ Auschwitz inhaftiert; Frauen aus Polen, Ungarn, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Rumänien. Sie wurden im Straßenbau eingesetzt, verlegten Schienen oder mussten in der Munitionsfabrik Rheinmetall-Borsig Munition abfüllen, wobei sie durch Einatmen und Verätzungen schwere gesundheitliche Schäden erlitten.

Am 13. April 1945 flohen die SS-Bewacher des KZ-Außenlagers Tannenberg vor den anrückenden britischen Truppen, die Frauen kamen jedoch nicht frei; Angehörige des örtlichen Volkssturms und/oder des bewaffneten Werkschutzes von Rheinmetall brachten die etwa noch 500 Frauen in das KZ-Stammlager Bergen-Belsen, wo nur wenige den Hunger und die äußerst schlechten hygienischen Bedingungen bei Kriegsende überlebten.

Deutschlands Niederlage und die Befreiung vom Faschismus

Wie schon nach dem Ersten Weltkrieg war das Ziel der Alliierten Siegermächte eine vollständige Zerschlagung der deutschen Rüstungsunternehmen. Für Rheinmetall bedeutete das Beschlagnahme des Firmenvermögens und Demontage der Produktionsstätten. Doch der Kalte Krieg mündete in eine rasche Remilitarisierung der Bundesrepublik. Im November 1951 kam es zur Reprivatisierung von Rüstungsunternehmen. Rheinmetall firmierte nun unter Röchlinger Eisen und Stahl GmbH.

Ab 1956 wurden bei Rheinmetall wieder Kriegswaffen für die Bundeswehr und die westlichen Alliierten produziert. Im Aufsichtsrat von Rheinmetall saßen gleich zwei der in den Nürnberger Prozessen wegen Verschleppung und gesetzwidriger Bestrafung von Zwangsarbeitenden Verurteilte: Herman Röchling, der schon wegen Kriegs-

verbrechen im Ersten Weltkrieg zu zehn Jahren Zuchthaus in Abwesenheit verurteilt war; und Freiherr von Gemmingen-Hornberg, der es bei Rheinmetall in den 1950er Jahren zum Vorstandsvorsitzenden schaffte.

Ja, Mann ist stolz auf die Geschichte bei Rheinmetall!

Die Geschichte der Zwangsarbeitenden kehrten der Rüstungskonzern und auch die Gemeinde Unterlüß unter den Teppich. Auf dem Rheinmetall-Entwaffnen-Camp in Unterlüß 2018 wurde zum ersten Mal der Zwangsarbeiter:innen im Wald vor den überwachsenen Resten des ehemaligen Lagers gedacht, unterstützt von örtlichen Initiativen, die die Überreste zufällig entdeckt hatten. Der Zaun des Rheinmetall-Geländes wurde mit X-Zeichen markiert: „Krieg beginnt hier. Der Tod, den Rheinmetall bringt, zieht eine Spur vom Kaiserreich über den Nationalsozialismus bis nach Kurdistan.“

Beim nächsten Camp in Unterlüß im September 2019 nahmen an der Erinnerungsfeier für die 900 osteuropäischen Jüdinnen über 100 Antimilitarist:innen teil und setzten einen Gedenkstein mit einer Messingtafel: „In Erinnerung an die unzähligen für die Kriegsindustrie der Nationalsozialisten ermordeten Menschen.“ Ein Straßenschild mit der Aufschrift „Mahnmahl KZ Außenlager“ wies auf den vergessenen Ort hin. Der Weg, den die Frauen zum Rheinmetall-Werk zurücklegen mussten, wurde mit Bannern, Bändern sowie Schablonen und einer weißen Linie markiert, außerdem wurden Baumbinden mit den Namen von 53 der jüdischen Zwangsarbeiterinnen angebracht. Der „Weg der Erinnerung“ entstand. Jedoch nur kurz. In den folgenden Tagen wurden alle Baumbinden und Banner zerrissen, der einbetonierte Gedenkstein zerstört, die Gedenktafel gestohlen.

Die Initiativen des Rheinmetall Entwaffnen Camps brachten Bewegung in das von Überlebenden geforderte Gedenken (z.B. Edith Balas 2013 in einem offenen Brief an die Gemeinde). Der Ort Unterlüß und Rheinmetall sahen sich endlich zur Reaktion gezwungen, in Zusammenarbeit mit einem örtlichen Arbeitskreis wurden 2021 am Ortsrand Infotafeln aufgestellt. Immerhin ein erster Schritt und Ergebnis der Proteste auf den Camps und des Engagements antifaschistischer Menschen vor Ort.

Anmerkungen

- ¹ Hartmut Hoß: Der Rheinmetall-Konzern, Deutsche Friedensunion 1987.
- ² Stichting Hollanderei (Hrsg.): Na ja, das prägt einen eben, Utrecht 2003.
- ³ Gisela Schwarze: Die Sprache der Opfer, Essen 2005.
- ⁴ VVN-BdA Lüneburg: Kritik des „Friedenspfades“, 2016.

Nachhaltigkeit durch Sicherheit?

Wie ein zerstörerischer Konzern soziale Verantwortung inszeniert

von Jacqueline Andres

Rheinmetall lebt vom Geschäft mit Krieg und Grenzabschottung – und behauptet zugleich „die unverzichtbare Grundlage für Frieden, Freiheit und für nachhaltige Entwicklung“ zu schaffen – durch „Sicherheit.“ Auf der Firmenhomepage listet Rheinmetall unter dem Reiter „Corporate Citizenship“ sein bürgerschaftliches Engagement auf: „Von Sportsponsorings, über Spenden für Kultur und Bildung sowie Initiativen für Menschen in Not bis hin zur ehrenamtlichen Betätigung unserer Mitarbeiter vor Ort: Unser Engagement in der Gesellschaft ist vielfältig.“¹ Rheinmetalls Selbstdarstellung als sozial verantwortlicher Akteur erfüllt mehrere Funktionen: Sie präsentiert den Konzern als attraktiven und moralischen Arbeitgeber, rückt das Thema Sicherheit und den eigenen Namen in die Mitte der Gesellschaft sowie ins internationale Scheinwerferlicht. Und nicht zuletzt verschafft dieses Image Zugang zu vermeintlich grünen und sozialen Nachhaltigkeitsfonds.

Kampf ums Anlagegeld

Die Imagepflege hat auch wirtschaftliche Beweggründe – seit Jahren versuchen Rüstungsunternehmen vermehrt, Zugang zu ESG-Fonds und somit zu mehr Anlagegeldern zu erhalten. Nachhaltigkeit, Unterstützung der Zivilgesellschaft und eine gute Unternehmensführung – das sind die Zielsetzungen der ESG-Fonds, sogenannter grüner Fonds, die eine sozialverantwortliche Geldanlage ermöglichen sollen. Anlegen mit gutem Gewissen. ESG steht dabei für Environment (Umwelt), Social (Soziales) und Governance (verantwortungsvolle Unternehmensführung). Mit ihren 2024 überarbeiteten Leitlinien für ESG-Fonds sorgte die EU-Finanzmarktaufsichtsbehörde ESMA dafür, dass ESG-Fonds künftig auch in Rüstungsfirmen investieren. Nun dürfen diese 20% ihrer Anlagen frei investieren. Weiterhin eingeschränkt bleiben nur noch die Investitionen in Hersteller von geächteten Waffen wie Landminen oder Streumunition. Die Süddeutsche berichtet, dass nach den kürzlichen Entwicklungen in der EU auch in Deutschland die Vereinbarung der Finanzbranche,

nicht mit ESG-Fonds in die Rüstungsindustrie zu investieren, hinfällig wurde.²

Sicherheit als Voraussetzung für Nachhaltigkeit

Dass sich ausgerechnet ein Rüstungsunternehmen mit Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz in Verbindung bringt, ist alles andere als naheliegend. Schließlich sind die energieintensive Rüstungsindustrie und die zerstörerischen Kriege Beschleuniger des menschengemachten Klimawandels. Doch Diskurse lassen sich verdrehen. So betont Rheinmetall auf der eigenen Homepage: „Lange mussten sich Unternehmen der Verteidigungsindustrie für ihre Produkte rechtfertigen. Seit dem Ukrainekrieg und der wachsenden Bedrohung Europas durch Russland ist ihre Relevanz nicht mehr wegzudiskutieren. Die öffentliche Wahrnehmung hat sich stark gewandelt. Sicherheit wird zunehmend als eine Voraussetzung dafür gesehen, dass Staaten und Gesellschaften sich nachhaltig entwickeln können. Denn: Ohne stabile Rahmenbedingungen sind Klima- und Umweltschutz, Bildung und Wohlstand nicht möglich.“ Selbst die EU-Kommission förderte dieses Narrativ und erklärte in ihrer neuen europäischen Strategie für die Verteidigungsindustrie, „die Verteidigungsindustrie fördert die Nachhaltigkeit, da sie zu Widerstandsfähigkeit, Sicherheit und Frieden beiträgt.“³ Und Rheinmetall trägt mit seinem Kriegsgerät somit zur Nachhaltigkeit bei.

Vorausgegangen war eine intensive Lobbykampagne der Rüstungsindustrie, wie Lobbycontrol recherchierte. In Deutschland ist der diesbezüglich wichtigste Akteur der „Bundesverband der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ (BDSV), dessen Präsident Armin Papperger zugleich Vorstandsvorsitzender der Rheinmetall AG ist: „Seit 01.07.2024 müssen eingetragene Lobbyakteure im Register angeben, was ihre politischen Ziele sind und grundständige Stellungnahmen hochladen. Beim BDSV findet sich hier unter anderem das Ziel ‚Positive Inklusion von Rüstung in Nachhaltigkeitsregulatorik‘, das mit der folgenden Forderung konkretisiert wird: ‚Wir

fordern ein bindendes Regelungsvorhaben, das Rüstung für EU und NATO Streitkräfte als positiv nachhaltig kategorisiert, ähnlich der Kategorisierung von Kern-Energie in der Umwelt Taxonomie.‘ Dieses Ziel verfolgt der Verband unter anderem auch mit einer Kampagne unter dem Motto ‚Sicherheit ist die Mutter aller Nachhaltigkeit.‘“⁴

Im konzerneigenen Online-Magazin Dimensions behauptet Rheinmetall, sich für Nachhaltigkeit auch in der energieintensiven Produktion einzusetzen. Der Konzern verweist auf sinkende Emissionen durch den Einkauf von (erneuerbarem) Grünstrom, der künftig auf 100% ausgeweitet werden soll. Auch wurden Glühbirnen durch LEDs ersetzt. Rheinmetall betont ebenfalls, dass der Konzern aus militärischen Vorteilen heraus die Energieautarkie und Resilienz europäischer Streitkräfte durch Treibstoff auf E-Fuel-Basis ausweiten will – in der Umsetzung sind aber sowohl Rüstungsindustrie als auch Streitkräfte von solch einer unrealistischen Zukunftsvision weit entfernt. Die ganze Nachhaltigkeitskulisse scheint darüber hinwegtäuschen zu wollen, dass der Klimakollaps bereits stattfindet und Rheinmetall als Hersteller umweltzerstörenden Kriegsgeräts selbst an der Klimakatastrophe beteiligt ist.

Verantwortungsvolle Unternehmensführung

Den dritten Punkt der ESG-Fonds bildet die verantwortungsvolle Unternehmensführung. Hierbei geht es u.a. um Diversität und Inklusion, die Einhaltung der Frauenquote und die Einbindung von Mitarbeiter*innen mit Behinderungen. Im März 2017 unterzeichnete der Rüstungskonzern die Charta der Vielfalt und schaffte es 2021 beim europaweiten Ranking „Diversity Leaders 2022“ der Financial Times bis auf Platz 28.⁵ Diese progressive Schärpe trägt Rheinmetall öffentlichkeitswirksam zur Schau. In der Online-Zeitschrift Dimensions heißt es: „Bei Rheinmetall [...] ist Frauenförderung keine Worthülse, sie wird gelebt. Im Netzwerk Women@Rheinmetall finden Frauen ein konzerninternes Forum für Wissenstransfer, sie können sich austauschen und beraten. Inzwischen sind über 750 Rheinmetall-Mitarbeiterinnen verschiedenster Abteilungen und Hierarchiestufen aus insgesamt 33 Ländern in diesem Netzwerk integriert. Rheinmetall beweist: Technologische und wissenschaftliche Karrieren können für alle offenstehen. Gerade junge Frauen finden hier Inspiration und Förderung für ihre berufliche Zukunft.“⁶ Bei genauerem Blick zeigt sich schnell, dass die Karriere für Frauen nicht auf die höheren Leitersprossen führt und viel hiervon doch mehr Worthülsen sind als ernsthaft verfolgte Ziele. Auf der Firmenhomepage gibt es einen eigenen Reiter „Frauenquote“ mit ganzen sechs Unterseiten. Das wirkt auf den ersten Blick ambitioniert und umfangreich. Doch die Zahlen sind eher mau, in der Führungsebene eher im niedrigen zweistelligen Bereich. Die Zielsetzung im Vorstand entbehrt nicht einer gewissen Komik: Der verheißungsvolle Titel „Frauenquote im Vorstand der

Rheinmetall AG“ zeigt, wie die richtige Zielsetzung schnell zum Erfolg führen kann. So schreibt Rheinmetall: „Als Zielgröße für den Frauenanteil im Vorstand der Rheinmetall AG hat der Aufsichtsrat der Rheinmetall AG für den Zeitraum vom 01. Juli 2017 bis zum 30. Juni 2022 0 % festgelegt. Dieses Ziel wurde zum 30. Juni 2022 erreicht.“⁷

Sicherheit in die Mitte der Gesellschaft rücken

2024 schloss Rheinmetall mit dem BVB, dem zweitgrößten Fußballclub Deutschlands mit mehr als 230.000 Mitgliedern, ein Abkommen für eine zunächst dreijährige Zusammenarbeit: Rheinmetall zahlt für die Champion-Partnerschaft 20 Mio. Euro und der BVB gestattet Rheinmetall im Gegenzug u.a. Werbung für sich zu machen – mit Bandenwerbung in den Stadien, dann kann Rheinmetall ein ganzes Stadion mit dem eigenen Logo und Sprüchen wie „Taking responsibility in a changing world“ prägen, bei Pressekonferenzen und auf Displays an der Stadionfassade.⁸ Eines der großen ideologisch aufgeladenen vermeintlichen Ziele ist: „Gemeinsam setzen wir uns im Rahmen der Partnerschaft für Sicherheit, Demokratie und Gesellschaft ein.“⁹

Diese Partnerschaft stieß auf Protest und Widerstand, auch in der Fangemeinschaft des BVB, da sie zu einer Militarisierung der Fußballstadien führt und eben nicht für Sicherheit und Demokratie steht, sondern Profite mit Krieg und Zerstörung normalisieren soll. Es geht in der Partnerschaft auch darum, das Thema Sicherheit in die Mitte der Gesellschaft zu rücken und Rheinmetall als Unternehmen, das Verantwortung übernimmt, bekannter zu machen. In einem Interview mit dem Sportmagazin kicker erklärten Dr. Philipp von Brandenstein, Unternehmenssprecher der Rheinmetall AG und der Geschäftsführer vom BVB, Carsten Cramer, die Funktionen ihrer Zusammenarbeit. So hieß es vom Rheinmetall-Unternehmenssprecher: „Wir erfüllen unsere Partnerschaft mit Borussia Dortmund mit Leben, indem wir aktiv in den Dialog mit Medien, Wirtschaft und Gesellschaft treten. Immer mit dem Ziel, uns zu unserer Verantwortung für ein starkes und resilientes Gemeinwesen zu bekennen.“¹⁰ Rheinmetall kann sich dank der Zusammenarbeit als Unternehmen zeigen, dass für die Gesellschaft und ihren Schutz eintrete. Klarer wird Cramer, der betonte, „mit Diplomatie und Platzpatronen allein lasse sich unter den aktuellen geopolitischen Rahmenbedingungen kein Sicherheitsgefühl garantieren“. Wenn man seine Aussage weiterdenkt, braucht es mehr – auch echte Patronen. Er ergänzt: „Wenn wir durch unsere Partnerschaft mit Rheinmetall dazu beitragen können, das Bewusstsein dafür zu schärfen und dafür zu sensibilisieren, dann ist ein wesentlicher Teil unserer Kooperation erreicht.“¹¹ Den Protest in der Fangemeinschaft ordnet der Rheinmetall-Sprecher als Diskursöffnung ein: „Wir sind ja ganz bewusst in diesen Diskurs eingestiegen, um öffentliche Räume dafür zu

schaffen.“ Das Thema Sicherheit und auch Landesverteidigung sei lange stiefmütterlich behandelt worden. „Wir wollten es in die Mitte rücken. Und was wäre dafür besser geeignet als die Partnerschaft mit einem Klub wie dem BVB, der fest in der Region verankert ist und eine unglaublich breite Fanbasis hat, die repräsentativ ist für unsere Gesellschaft.“¹² Diese Aussagen erinnern an das erklärte Ziel des Verteidigungsministeriums, die Bundeswehr in die Mitte der Gesellschaft zu rücken und Protest rhetorisch aufzunehmen, auch wenn er unerwünscht ist und wenn möglich unterbunden wird, so etwa wenn Feldjäger Teilnehmende von Kundgebungen gegen den Tag der Bundeswehr nicht in die Kaserne lassen, um Protest präventiv zu verhindern. So lautet ein Spruch aus der Werbekampagne der Bundeswehr von 2015: „Wir kämpfen auch dafür, dass du gegen uns sein kannst“.

Erhöhte Sichtbarkeit und attraktiver Arbeitgeber?

Der CEO von Rheinmetall, Armin Papperger, möchte die Sichtbarkeit vom Rüstungskonzern erhöhen: „Rheinmetall ist in der Metropolregion Rhein-Ruhr tief verwurzelt und möchte seine Marke als führendes Systemhaus der Verteidigungsindustrie und als Treiber industrieller Innovationen in zivilen Märkten auch international noch bekannter machen.“¹³ Dazu dient auch das Sportsponsoring vom BVB – aber auch von Handball-, Basketball- und Motorsportvereinen. Doch die Zusammenarbeit scheint auch die Fußball- mit der Rüstungswelt zu vermischen. So veranstaltete Rheinmetall Ende März 2026 ein Bewerbungsevent für Ingenieur*innen im Stadion vom BVB unter dem Titel „Der Rheinmetall KARRIEREKICK für Ingenieurinnen und Ingenieure!“. Es geht zwar um Jobs an den Rheinmetall-Standorten, doch die Wortwahl und die angekündigte Stadionführung vermitteln den Eindruck, die angeworbenen Ingenieur*innen würden auch in die Welt des BVB aufgenommen werden.¹⁴

Rheinmetall nutzt Aktionen des sozialen Engagements offenbar auch, um den eigenen Mitarbeiter*innen einen Sinn in ihrer Arbeit vorzuspiegeln. So spendete der Rüstungskonzern 2023 und 2024 je 240 Schulrätze im Wert von 20.000 Euro an Schulkinder in der Ukraine. Gepackt wurden die Rucksäcke zusammen mit dem Verein Blau-Gelbes Kreuz e.V. aus Köln. Bereits nach der ersten Spendenaktion schickten Kinder aus der Ukraine Bilder und Fotos an die Konzernzentrale: „Kinder hatten sie während der Luftalarme im Schutzkeller gemalt und so ihre Dankbarkeit und Freude über die schöne Schulausstattung zum Ausdruck gebracht.“¹⁵ Beim gemeinsamen Packen der Schulrätze erfahren die Rheinmetall-Mitarbeiter*innen auch, dass ihre Arbeit von den Opfern des Krieges, die nach Köln flohen und nun im Verein Blau-Gelbes Kreuz e.V. aktiv sind, geschätzt wird: „Das Unterstützungsteam von Rheinmetall war berührt von so viel Dankbarkeit und Herzlichkeit“.¹⁶ Zeitgleich haben der Krieg, die Kriegstreiber und die Kriegsprofiteure den Schulbesuch in der

Ukraine stark eingeschränkt – Unterricht findet jetzt häufig zuhause statt, online oder unterirdisch in Kellern, Bunkern oder in U-Bahn-Stationen, wie z.B. in Charkiw. Kinder leiden unter Angstzuständen und müssen kriegsbedingte Lernrückstände aufholen. Da sind die 240 Schulrätze pro Jahr vom Kriegsprofiteur Rheinmetall anmaßend und beleidigend.

Fazit

Rheinmetall versucht einerseits, über die vermeintliche Erfüllung der ESG Ziele Anleger*innen zu täuschen und Zugang zu mehr Investitionen zu erhalten. Andererseits versucht der Konzern, Sicherheit in die Mitte der Gesellschaft zu rücken und Diskurse zu öffnen, um das eigene Image aufzupolieren: weg vom Bild der Bombenfabrik und Waffenschmiede, hin zum Verfechter von Demokratie, zum ehrenwerten Schützer der Gesellschaft und zum sinnstiftenden Arbeitgeber. Doch diese Versuche zeigen, dass sich Protest zum Anfechten dieses Narratives lohnt, um Rheinmetall nicht darüber hinwegtäuschen zu lassen, dass das Rüstungsunternehmen Tod und Zerstörung produziert. Die Widersprüche zwischen der Selbstdarstellung und den wirtschaftlichen Interessen Rheinmetalls sind immens und lohnenswert aufzuzeigen. Dass Protest nicht unbemerkt verpufft, zeigen etwa Reaktionen auf die Zusammenarbeit mit dem BVB.

Anmerkungen

- ¹ Corporate Citizenship. Unser Engagement, Rheinmetall.com.
- ² Markus Zydra: Wenn Panzer plötzlich „nachhaltig“ sein sollen, Süddeutsche, 4.11.2024.
- ³ A new European Defence Industrial Strategy: Achieving EU readiness through a responsive and resilient European Defence Industry, JOIN (2024) 10 final, 5.3.2024, S. 25.
- ⁴ Aurel Eschmann: Einfluss der Waffenlobby: EU-Kommission will Rüstungsanlagen als nachhaltig erklären, Lobbycontrol, 8.10.2024.
- ⁵ Prämierung für Chancengleichheit und Vielfalt, Rheinmetall.com, 18.11.2021.
- ⁶ Frauen für MINT, Dimensions Magazin, 15.8.2025.
- ⁷ Frauenquote im Vorstand der Rheinmetall AG, Rheinmetall.com.
- ⁸ Rheinmetall wird „Champion Partner“ des BVB, Rheinmetall.com, 29.5.2025.
- ⁹ Rheinmetall und der BVB, Rheinmetall.com.
- ¹⁰ Das Thema Sicherheit in die Mitte rücken, Rheinmetall.com.
- ¹¹ Ebd.
- ¹² Ebd.
- ¹³ Rheinmetall wird „Champion Partner“ des BVB, op. zit.
- ¹⁴ Instagram Account rheinmetall_careers, 27.2.2026.
- ¹⁵ Sabine Ritzkat: Schulrätze-Packen für den guten Zweck, Dimensions Magazin, 24.9.2024.
- ¹⁶ Ebd.

Keine Waffenproduktion in Berlin!

Proteste gegen Rheinmetall im Wedding

von Milla Mallikas und Lea Fittkow

„Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren: Es ist die Zeit der Monster.“

– Antonio Gramsci 1930

Erstmals seit 1945 sollen in Berlin wieder Waffen produziert werden. Der Autozulieferer Pierburg GmbH, seit 1986 Tochterunternehmen des Rüstungskonzerns Rheinmetall, soll ab dem Sommer 2026 in der Scheringstraße in Berlin-Wedding Komponenten der Artilleriemunition für ein Rheinmetall-Werk in Niedersachsen herstellen – „um die Arbeitsplätze zu sichern“. Bereits im Juli 2025 wurde der Standort zu „Rheinmetall Waffe Munition GmbH“ umbenannt.

„Die Umstellung unseres Werks auf die Produktion von Rüstungsgütern ist ein in die Zukunft gerichtetes positives Zeichen. Die Transformation läuft bei uns anders als gedacht, ist aber alternativlos“, sagte Bernd Benninghaus, Betriebsratsvorsitzender der Fabrik, in einem von der IG-Metall Berlin veröffentlichten Interview.¹

Seit 30 Jahren rüstet Deutschland auf und versucht, auch die Bevölkerung von der Notwendigkeit hierzu zu überzeugen. Nun scheint die Zeit gekommen zu sein: Der Stolz und die größte Branche der Nation, die Autoindustrie, hat den Anschluss bei Elektrofahrzeugen verpasst und wurde von chinesischen Herstellern auf dem Weltmarkt überholt. Auf die jetzige Krise des Kapitalismus und die Stagnation der deutschen Wirtschaft antwortet die Bundesregierung mit dem Aufbau der Kriegsindustrie und will die Bundeswehr mithilfe der Milliarden Sondervermögen zur größten Armee Europas hebeln.

„Es hebt die Stimmung enorm, dass Rheinmetall massiv in die Infrastruktur investiert. [...] Mit dem neuen Maschinenpark kommen auch Investitionen in den Standort und das ist für die Zukunft extrem wichtig. Das spüren die Kolleginnen und Kollegen,“ erzählt auch der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Martin Wolfgang Hoffmann in demselben Interview. Die beiden räumen aber ein, dass nicht alle Mitarbeitenden zufrieden mit der Entwicklung sind.

Gegen die Aufrüstung

Das „Berliner Bündnis gegen Waffenproduktion“ sieht Aufrüstung nicht als alternativlos. Kriegswirtschaft ist weder ökonomisch nachhaltig noch moralisch vertretbar. Im April 2025, gleich nach der Bekanntgabe des Umbaus, haben sich etwa 30 verschiedene linke Organisationen, Parteien, Gewerkschafter:innen sowie Einzelpersonen zu einem neuen Bündnis zusammengesetzt, um gegen die neue Militarisation anhand dieses Beispiels aus der unmittelbaren Nachbarschaft zu kämpfen. Bereits am 10. Mai hat das Bündnis die erste Demonstration mit ca. 1.500 Teilnehmenden organisiert, die unter anderem an dem Werk vorbeilief, um zeitnah ein klares Zeichen zu setzen. Eine weitere folgte am 12. Oktober durch den Stadtteil mit etwa 3.000 Demonstrierenden, um die Nachbarschaft auf das Thema aufmerksam zu machen.

Das Bündnis hält Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie nicht für zukunftsweisend, ganz im Gegenteil – setzt diese „Arbeitsplatzsicherheit“ doch einen ständigen Kriegs- und Konfliktzustand voraus. Wenn nun, wie angekündigt, in Berlin Wirtschaftsförderung in den Aufbau eines „Defense-Technology-Ökosystems“² reingepumpt wird, fehlt diese in anderen, tatsächlich zukunftsweisenden Bereichen, in denen neue Arbeitsplätze entstehen könnten. Auch die Arbeitsplätze im Wedding könnten durch Investitionen in klima- und sozialverträgliche Produktion gesichert werden.

Der Wedding ist historisch ein Stadtteil der ökonomisch benachteiligten Arbeiter:innenschaft, die – wie ganz Berlin – unter den explodierenden Mieten, erhöhten Lebenshaltungskosten und Unterfinanzierung der öffentlichen Infrastruktur sowie der sozialen Bereiche leidet.

Geld ist in dieser Gesellschaft aber da – reichlich. Mit dem Slogan „Geld für den Kiez statt Waffen für den Krieg“ stellt das Bündnis einen deutlichen Zusammenhang zwischen den massiven Kürzungen der schwarz-roten Koalition in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Bildung, Kultur, Mobilität und Klimawandel einerseits und der „Whatever it takes“-Rüstungsobsession andererseits her.

Auch die Arbeiter:innen des Pierburg-Werks hatten die innovative Idee gehabt, dort Wärmepumpen – gegen die Klimakrise – zu produzieren. Aber im Kapitalismus werden die Mitarbeiter:innen nicht danach gefragt, was produziert wird. Die Konzernführung setzt lieber auf Kriegsindustrie. Ein Finanzbericht des Unternehmens zitiert den Vorstandsvorsitzenden Armin Papperger: „Rheinmetall ist erfolgreich auf seinem Weg, ein globaler Rüstungschampion zu werden. Mittlerweile sind wir auch für US-Unternehmen ein ernstzunehmender Partner. Unsere Auftragsbücher sind voll und werden sich in Zukunft weiter füllen.“³

Die enormen Investitionen in die Rüstungsindustrie und die lukrativen Angebote für junge Menschen, sich „freiwillig“ für den Wehrdienst bereit zu erklären, können auf den ersten Blick alternativlos erscheinen. Die Geschichte hat aber gezeigt, dass mehr Aufrüstung und Soldat:innen nicht zu Frieden durch Abschreckung führen, sondern zu mehr Unsicherheit, Überwachung und Unterdrückung – sowie letztendlich zu Krieg und Sterben. Je mehr aufgerüstet wird, desto mehr steigt der Druck, von diesen Waffen Gebrauch zu machen. Daher müssen wir jetzt gemeinsam und entschlossen gegen diese Entwicklung kämpfen.

Die Zeit ist jetzt!

Die Zivilgesellschaft muss sich stärker zusammentun für eine große und schlagkräftige Antikriegsbewegung: für Investitionen für die Menschen statt Profite für wenige im zunehmend eskalierenden Kampf der imperialistischen Kräfte. Dazu möchte das Bündnis sowohl die Nachbarschaft im Wedding als auch die Arbeiter:innen des Werks mitnehmen und mit ihnen zusammenarbeiten, um gemeinsam Alternativen gegen Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit zu finden.

Neben Demonstrationen organisiert das Bündnis an jedem ersten Samstag im Monat ein „Nachbarschaftscafé gegen Krieg“, um Räume für weitere Organisierung der Nachbar:innen zu schaffen. Die enorme Militarisierung samt Einführung der Wehrpflicht, die mit massiven Kürzungen in allen anderen Bereichen einhergeht, betrifft uns alle auf unterschiedliche Art. Es ist wichtig, allen zuzuhören und alle mitzunehmen. Auch in dem Bündnis lernen alle mit- und voneinander, auch generationenübergreifend: Es werden sowohl Transparente und Stelltafeln als auch Social-Media-Posts produziert. Die Breite des Bündnisses spiegelt sich in den Aktionsformen wider: von Infoständen, Demos, Flashmobs bis hin zu Haustürgesprächen in der Nachbarschaft.

Das Bündnis versteht sich jedoch nicht als eine Kiezinitiative gegen eine einzelne Fabrik, sondern als Teil einer neuen antimilitaristischen Bewegung, die internationalistisch, generationen- und themenübergreifend ist. Im Bündnis gelingt der Schulterschluss zwischen Teilen der traditionellen Friedensbewegung und jungen sowie mi-



grantischen Menschen, die sich aus verschiedenen Kämpfen zusammengetan haben. Da in unserem kapitalistischen System Rheinmetall und andere Rüstungskonzerne mit Kriegen und Genoziden Milliardenumsätze erzielen, gehören die verschiedenen internationalen Kämpfe zusammen. Palästina-Solidarität, Antifaschismus und Protest gegen die Kürzungen waren von Anfang an ebenso feste Bestandteile des Themenrepertoires des Bündnisses wie der Kampf gegen die Wehrpflicht und den neu eingeführten „Veteranentag“ der Bundeswehr.

Die Lage ist ernst und die Zeit für einen breiten Widerstand ist jetzt: Vom 10. bis 12. Juli ruft das Bündnis bundesweit zu Aktionstagen gegen Rheinmetall im Wedding auf. An dem Freitag wird im Humboldthain ein Zirkuszelt Anlauf- und Ausgangspunkt für verschiedene Aktionen, Austausch und Programm sein. Für Samstag, 11. Juli, wird bundesweit zu einer Großdemonstration durch den Kiez mobilisiert.

Wir alle müssen einander unter die Arme greifen und nicht nur ein Werk, sondern das ganze System bekämpfen, das verschiedene Monster hervorbringt.



keinewaffenproduktionberlin.noblogs.org

www.instagram.com/berliner.buendnis.gegen.waffen

Anmerkungen

- ¹ Fünf Minuten für die Berliner Industrie, Aus Pierburg GmbH wird die Rheinmetall Waffen Munitions GmbH, IG-Metall Berlin, 6.6.2025.
- ² Kai Wegner und Franziska Giffey, Pressemitteilung der Stadt Berlin am 2.12.2025.
- ³ Halbjahresfinanzbericht, Rheinmetall.com.

Kooperation mit ICEYE

Rheinmetall erschließt sich den Geschäftsbereich Weltraum

von Ben Müller

Die Nutzung des Weltraums erfährt in der modernen Kriegsführung eine immer größer werdende Bedeutung. Vor allem verschiedene Arten von Satelliten liefern den Militärs Aufklärungsdaten und ermöglichen Navigation und Kommunikation in unbekanntem Gelände. Durch eine Kooperation mit dem finnischen Unternehmen ICEYE kann Rheinmetall seine Geschäfte seit 2024 auch auf den Bereich Weltraum ausweiten.

ICEYE entwickelt Miniatur-SAR

Radarsatelliten werden gerne zur militärischen Aufklärung eingesetzt, da das Erzeugen von Radarbildern nicht von Licht- oder Wetterverhältnissen abhängig ist. Im Gegensatz zur Fotografie mit optischen Sensoren können Radargeräte auch bei Nacht oder bei bewölktem Himmel Bilder aufzeichnen. Bei SAR („Synthetic Aperture Radar“) werden Signale aus hochfrequenten elektromagnetischen Wellen in kurzen Abständen auf die Erdoberfläche gerichtet. Aus der Laufzeit und Qualität der reflektierten Signale lassen sich dann Informationen über die Entfernung und Beschaffenheit von Objekten gewinnen und zu einem Bild zusammensetzen.

Klassische SAR-Geräte erfordern große und schwere Satelliten, was ihren Einsatz im Weltraum kostspielig macht. Ab 2012 aber entwickelten Studierende der finnischen Universität Aalto ein Verfahren, kleinere und leichtere SAR-Geräte zu bauen, die mit preisgünstigeren Satellitenstarts in den Weltraum gebracht werden können. Daraus entstand das Unternehmen ICEYE, das 2018 seine ersten SAR-Satelliten in Umlaufbahnen bringen ließ. Wie der Name andeutet, ging es ICEYE ursprünglich darum, die Ausdehnung von Meereis in der Ostsee zu beobachten. Seit dem Beitritt Finnlands zur NATO 2023 rücken die zivilen Anwendungen aber zugunsten militärischer Aufklärung immer weiter in den Hintergrund.¹

Rund 70 SAR-Satelliten von ICEYE wurden bisher in den Weltraum gebracht. Viele davon sind als sog. „Konstellation“ zusammengeschlossen und können zu einem großen Gebiet in kurzen Zeitabständen Aufklärungsdaten liefern. Bereits 2021 besaß ICEYE die größte SAR-Satel-

litenkonstellation der Welt. Heute verkauft das Unternehmen Satelliten und Aufklärungsbilder an die Streitkräfte von mehreren NATO-Staaten. Auch die Ukraine wird seit 2022 in großem Umfang mit hoch aufgelösten Satellitenbildern beliefert. Die neusten SAR-Satelliten der vierten Generation können laut ICEYE rund 500 Bilder pro Tag aufnehmen und erreichen eine Auflösung von bis zu 16 cm.²

SPOCK 1: Großauftrag der Bundeswehr

Rheinmetall kooperiert seit 2024 mit ICEYE. Anfänglich war der Düsseldorfer Konzern vor allem daran interessiert, Bilder aus der Satellitenaufklärung in seine Gefechtsfahrzeuge zu integrieren. Ein Großauftrag der Bundeswehr für das Projekt „SPOCK 1“ (SAR-Spacesystem for Persistent Operational Tracking, Stufe 1) führte 2025 aber zur Gründung der Rheinmetall ICEYE Space Solutions GmbH (RISS). Das Joint Venture, an dem Rheinmetall zu 60% und ICEYE zu 40% beteiligt ist, soll weltraumgestützte Aufklärungsdaten in einer hohen Anzahl von Bildern pro Tag an die Bundeswehr liefern.

RISS wird dafür am Rheinmetall-Standort Neuss in die Produktion von SAR-Satelliten einsteigen und damit eine eigene Satellitenkonstellation aufbauen und mitsamt Bodenstation betreiben. Auch die Erstauswertung der Bilder mit „künstlicher Intelligenz“ gehört zum Serviceangebot des Unternehmens. Im Gegensatz zu den Vorgängerprojekten „SAR-Lupe“ und „SARah“ betreibt die Bundeswehr bei SPOCK 1 keine eigenen Satelliten, sondern erhält nur exklusiven Zugang zu einer Satellitenkonstellation des Privatunternehmens RISS.

Das Projekt SPOCK 1 steht in der Kritik, da der Auftrag ohne öffentliche Ausschreibung direkt an RISS vergeben wurde. Als Kosten waren ursprünglich 1,76 Mrd. Euro bis Ende 2030 eingeplant sowie eine weitere Milliarde im Fall einer Verlängerung um drei Jahre. Ein vertrauliches Papier des Finanzministeriums, über das der Spiegel berichtet, rechnet aber noch vor Betriebsbeginn mit einer Kostensteigerung um 579,5 Mio. Euro.³ Die Bundeswehr sieht sich unter Zeitdruck, da sie die SAR-

Satellitenbilder schon ab Oktober 2026 zum Schutz der Brigade Litauen verwenden will.

Automatische Auswertung der Datenflut

Eine Konstellation besteht aus vielen Satelliten, jeder Satellit liefert in kurzen Zeitabständen Radarbilder, und jedes Radarbild kann ein großes Gebiet in hoher Auflösung darstellen. Dadurch entstehen gigantische Datenmengen. Die Analyse von einzelnen SAR-Bildern kann aber selbst für geschultes Personal sehr zeitaufwändig sein. Das bedeutet: Kein Mensch kann das umfangreiche Datenmaterial der Satellitenaufklärung annähernd sichten und auswerten. Rheinmetall und ICEYE kooperieren daher mit der polnischen Firma SATIM, die sich auf eine automatische Analyse von SAR-Bildern mittels „künstlicher Intelligenz“ spezialisiert hat.⁴

Mit etwa 40 Beschäftigten am Hauptsitz in Krakau entwickelt SATIM Software zur automatischen Bildanalyse. Das Produkt „OREC“ soll nach Firmenangaben in der Lage sein, auf SAR-Bildern Schiffe, Flugzeuge und Fahrzeuge zu erkennen und einer von 250 Schiffs-, 26 Flugzeug- und 11 Fahrzeugklassen zuzuordnen. Die Ergebnisse stünden in wenigen Minuten bereit und verfügten über eine Genauigkeit von bis zu 95%. Das Produkt „OREC-Intelligence“ könne darüber hinaus die Satellitenbilder aus einem bestimmten Gebiet selbständig verfolgen und bei relevanten Veränderungen automatisch Alarm schlagen.

Ob SATIM auch daran arbeitet, die mit OREC klassifizierten Objekte direkt als Zielkoordinaten in Waffensysteme einzuspeisen, geht aus dem Webauftritt nicht hervor. Grundsätzlich folgt die militärische Entwicklung aber dem Bestreben, die „Kill Chain“ von der Wahrnehmung einer Bedrohung über ihre Analyse bis zu ihrer Beseitigung immer weiter zu verkürzen. Softwaresysteme werden vernetzt und Entscheidungsabläufe zur Beschleunigung einer menschlichen Kontrolle entzogen. Je weniger Menschen aber die Möglichkeit haben, die von Sensoren gelieferten Daten zu hinterfragen, desto mehr Kollateralschäden und Kriegsverbrechen sind zu beklagen.⁵

Der Bundeswehr stehen im Rahmen von SPOCK 1 zwar die Original-Radarbilder zur Verfügung. Zur Vereinfachung der Auswertung wird sie sich aber im Wesentlichen auf die KI-Analyse von OREC stützen. Für zukünftige Entwicklungen möchte SATIM seine Software allerdings direkt auf den SAR-Satelliten installieren. Damit ließe sich die Bandbreite beim Transfer der Bilder zur Bodenstation verringern. Das hieße aber auch, dass das Militärpersonal nur noch von der KI gefilterte Aufklärungsdaten zu Gesicht bekommt.

Weltraumbahnhof Andøya

Auf der norwegischen Insel Andøya wurde 2023 ein Weltraumbahnhof eröffnet, der Satellitenstarts unabhän-

gig von den USA ermöglichen soll. Neben Startplätzen bietet Andøya auch ein 25.000 Quadratkilometer großes Sperrgebiet, in dem militärische Raketentechnik getestet werden kann. Einen Startplatz nutzt bisher das deutsche Unternehmen „Isar Aerospace“ für die Entwicklung seiner Trägerrakete „Spectrum“. Auch die deutsche Bundesregierung setzt große Hoffnung in den Weltraumbahnhof, wie sie bei einem Besuch von Kanzler Merz, Verteidigungsminister Pistorius und Raumfahrtministerin Bär im März 2026 deutlich gemacht hat.⁶

Rheinmetall Nordic AS, die norwegische Niederlassung des Konzerns, hat 2025 zusammen mit dem Weltraumbahnhof Andøya eine Absichtserklärung für eine Zusammenarbeit im Bereich ziviler und militärischer Weltraumoperationen unterzeichnet. Insbesondere sollen Lücken in der Wertschöpfungskette für Satelliten und Starts geschlossen werden, mit dem Ziel, sowohl regelmäßige Raketenstarts anzubieten als auch Kapazitäten für flexible Reaktionen vorzuhalten.⁷ Im April 2026 hat Rheinmetall Nordic außerdem sein Interesse bekundet, in der Nähe des Weltraumbahnhofs ein Satelliten-Testzentrum („integrierte Prozessanlage“) zu bauen.

In nur zwei Jahren hat Rheinmetall sein Geschäft um eine Weltraumsparte erweitert. Der Konzern beginnt mit der Herstellung von Satelliten und soll in Kürze eine eigene Satellitenkonstellation betreiben. Die Kooperation mit Andøya lässt vermuten, dass Rheinmetall darüber hinaus vielleicht sogar Interesse an Raketenstarts hat. Im Bereich der militärischen Nutzung des Weltraums ist viel Geld zu holen, insbesondere seitdem europäische Regierungen eine eigene Weltraumindustrie aufbauen möchten. Rheinmetall rechnet unterdessen schon mit dem nächsten Großauftrag der Bundeswehr. Gemeinsam mit Airbus und OHB will sich das Unternehmen um das Kommunikationssatelliten-Projekt „SATCOMBw, Stufe 4“ bewerben. Größenordnung: 10 Mrd. Euro.⁸

Anmerkungen

- ¹ Laurel Colless: How ICEYE moved from mapping the Arctic to war surveillance, 18.8.2025, arctictoday.com.
- ² ICEYE launches high-performance Gen4 satellite for commercial operations, 9.9.2025, iceye.com.
- ³ Matthias Gebauer, Christoph Seidler: Bundeswehr-Weltraumsystem „Spock“ wird teurer, 23.2.2026, spiegel.de.
- ⁴ Cezary Szczepański: Polish eyes in the sky: How Satim is transforming military satellite reconnaissance, 18.1.2026, xyz.pl.
- ⁵ Vgl. Kevin Baker: Kill Chain. On the automated bureaucratic machinery that killed 175 children, 21.3.2026, artificialbureaucracy.substack.com.
- ⁶ BMFTR: Deutsch-norwegische Partnerschaft: Ein Schlüssel für mehr Europa in der Raumfahrt, 13.3.2026, bmftr.bund.de.
- ⁷ Rheinmetall und Andøya Space stärken europäische Raumfahrtkapazitäten, 1.9.2025, rheinmetall.com.
- ⁸ SATCOMBw 4: Zusammenarbeit, IMI-Aktuell 2026/151, 10.3.2026, imi-online.de.

Drohnen von Rheinmetall

Waffen für die autonome Kriegsführung

von Franz Enders

Ende März 2026 machte Rheinmetall-CEO Papperger mit Aussagen aus einem Interview mit „The Atlantic“ Schlagzeilen. Dort wurde er mit der Äußerung zitiert, die ukrainische Drohnenproduktion wäre kaum mehr als mit Lego spielende ukrainische Hausfrauen.¹ Mediale wie politische Empörung folgte prompt. Doch unabhängig davon, ob Papperger den Satz tatsächlich so gesagt hat oder ob hier ein künstlicher Skandal produziert wurde, ist die Aussage symptomatisch für eine immer wieder aufbrechende Auseinandersetzung zwischen etablierten Rüstungskonzernen wie Rheinmetall und neueren Drohnenunternehmen. Ähnlich scharfe Kommentare wie die angeblich von Papperger über drohnenbauende Hausfrauen getroffenen lassen sich in enger Taktung aus den Reihen der aufkommenden Rüstungsstartups über Rheinmetalls angeblich vorsintflutliche Rüstungstechnik vernehmen. Umso überraschender kam es für viele, dass Rheinmetall kürzlich einen Großauftrag durch die Bundesregierung zur Beschaffung von Kamikazedrohnen erhielt.

Anfänge der digitalen Aufrüstung

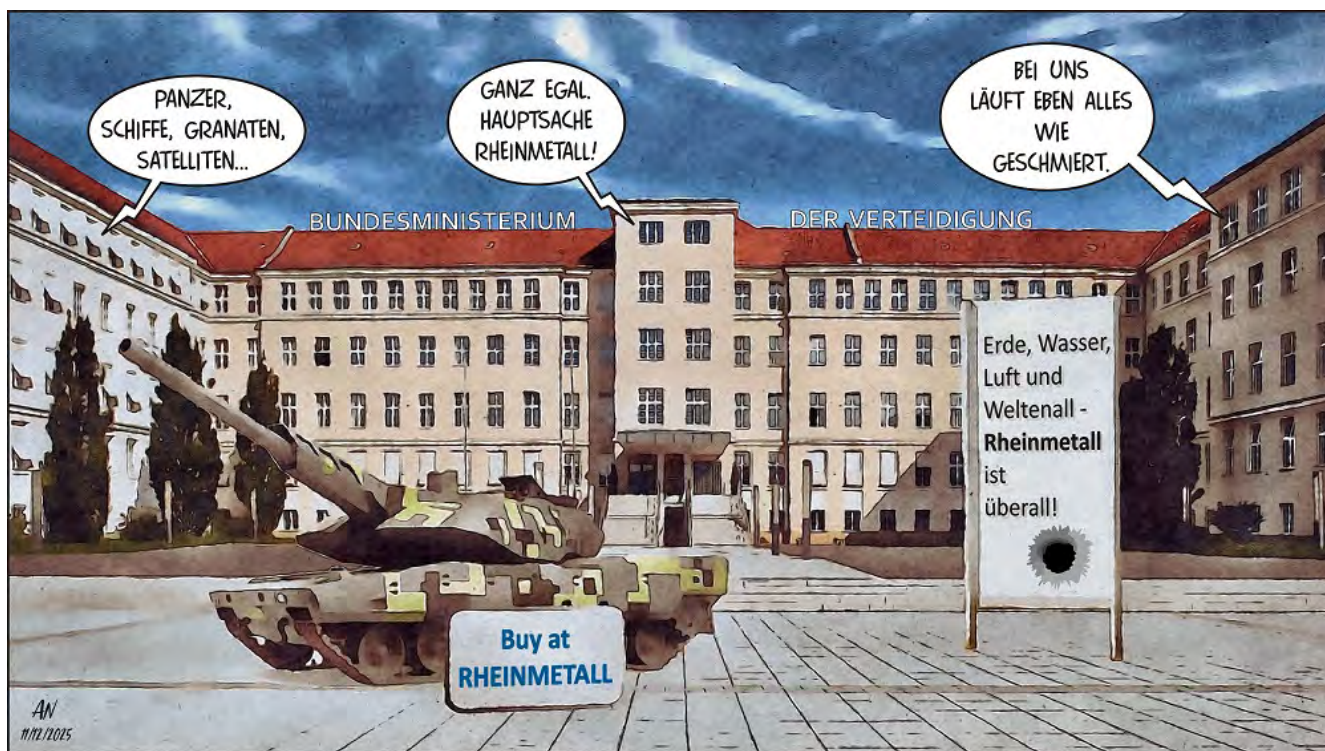
Der Einstieg Rheinmetalls in das Geschäft mit digitaler und autonomer Kriegstechnik begann jedoch wesentlich früher, nämlich bereits Ende der 1990er Jahre, als Rheinmetall² im Rahmen eines deutsch-französischen Konsortiums eine erste Aufklärungsdrohne zu entwickeln begann. Diese wurde unter dem griffigen Namen „Kleinfluggerät Zielortung“ (KZO) ab 2001 von der Bundesregierung bestellt und bis 2014 in insgesamt 61-facher Ausführung geliefert, außerdem war Rheinmetall für kurze Zeit für die Integration und das Leasing der israelischen Heron-Drohnen für die Bundeswehr zuständig. Währenddessen fand kontinuierlich die Forschung an algorithmusgesteuerter Kriegsführung (z.B. durch automatisierte Luftabwehr) oder diversen unbemannten Fahrzeugen statt, ohne dass dafür die heute üblichen Begriffe wie „künstliche Intelligenz“ eine Rolle spielten. Beispielsweise kaufte der kanadische Ableger von Rheinmetall 2019 das Unternehmen Provectus Robotics Solutions auf, das unter anderem auf autonomes Fahren spezialisiert ist und

diese Technik seit 2010 für Polizei, Militär und Weltraumforschung entwickelt.³

Eine neue Offensive in dieser Sparte lässt sich seit 2021 feststellen. Allgemein nimmt seit diesem Zeitpunkt – und besonders seit Eskalation des Russland-Ukraine-Krieges 2022 – die digitale Aufrüstung enorm an Fahrt auf. Das deutsche Rüstungsstartup Helsing beispielsweise gründete sich ebenfalls 2021. Rheinmetall kündigte in diesem Jahr an, das in Bayern angesiedelte insolvente Unternehmen EMT zu übernehmen. EMT stellte seit 1997 Aufklärungsdrohnen für die Bundeswehr her und arbeitete zum Zeitpunkt der Übernahme an einem Nachfolgemodell, das gleichermaßen die bisher von Rheinmetall betreuten KZO ersetzen sollte.⁴ Dies erfolgte laut Rheinmetalls Pressemitteilung zur Übernahme im Rahmen ihrer „Digitalisierungsstrategie“ und ist damit als gezielte Maßnahme zur allgemein verstärkten Relevanz dieser Sparte Rüstungsgüter zu verstehen.

Autonome Kriegsführung

Ebenfalls 2021 verkündeten Rheinmetall und das israelische Startup „UVision Air“ ihre Kooperation zur gemeinsamen Produktion von „Loitering Munition“, also Kamikazedrohnen, die über dem Ziel kreisen und dieses zu einem geeigneten Zeitpunkt angreifen. Bemerkenswert ist dabei, dass immer wieder (wie in der Rüstungsbranche üblich) damit geworben wird, dass die Drohnen bereits im Gefecht bewährt seien, was im Falle der Drohnen, Software und Trainingsdaten von UVision vermutlich den Einsatz in der Westbank und/oder in Gaza meint. Diese Kooperation dauert an: 2025, also zwei Jahre nach der Eskalation der genozidalen israelischen Kriegsführung in Gaza, teilten die beiden Unternehmen mit, nun einen gemeinsamen Produktionsstandort auf Sardinien eröffnet zu haben. Verschiedene Staaten innerhalb und außerhalb der NATO schlossen seitdem Kaufverträge mit dem Unternehmensduo ab. Neben der Kooperation mit Rheinmetall, die vor allem den europäischen Markt bedienen soll, verkauft UVision seine Technologie auch auf anderen Märkten über lokale Partner – z.B. in den USA, Indien und Australien.



Den bemerkenswertesten Auftrag zur Drohnenproduktion erhielt Rheinmetall, wie anfangs erwähnt, von der deutschen Bundesregierung. Bereits im Herbst 2025 machten Meldungen die Runde, nach denen zusätzlich zu den beiden Rüstungsstartups Helsing und Stark Defence auch Rheinmetall einen Auftrag zur Lieferung von Kamikazedrohnen bekommen sollte – für viele Beobachter:innen zu diesem Zeitpunkt überraschend, da das Unternehmen im bisherigen Verlauf des Ukrainekrieges in dieser Sparte nicht besonders aufgefallen war und vor allem über keine umfangreichen eigenen Entwicklungserfahrungen verfügte. Nachdem Rheinmetall nach ersten Meldungen zum Vertragsabschluss nicht mit bedacht werden sollte, wurde einige Zeit später öffentlich, dass nun doch auch mit Rheinmetall ein Vertrag geschlossen worden sei. Der Umfang umfasst zunächst ca. 300 Millionen Euro, wobei der Rahmenvertrag wohl Bestellungen im Umfang von bis zu einer Milliarde vorsieht und in Meldungen zur ursprünglich eingereichten Beschlussvorlage sogar von bis zu 2,4 Milliarden Euro die Rede war. Die Verträge mit Helsing und Stark bewegen sich in einem ähnlichen Rahmen.

Fazit

Es zeigt sich, dass auf den Rheinmetall-Chefetagen durchaus Klarheit darüber zu herrschen scheint, dass Drohnen und Drohnenproduktion mehr sind als etwas für legospielende Hausfrauen. Im bisher von eher jungen Startups dominierten Bereich der digitalen Rüstungs-

dustrie scheint Rheinmetall einen Fuß in die Tür bekommen zu haben. Auch wenn Armin Papperger immer wieder öffentlich die kriegsentscheidende Relevanz von militärischen Drohnen in Zweifel zieht und auf der Bedeutung von herkömmlichem und schwerem Kriegsgerät (wofür Rheinmetall bekannt ist) beharrt, scheint das Unternehmen auf aktuelle Erfahrungen aus den Kriegen in der Ukraine, Gaza, Libanon und Iran zu reagieren und dabei die Integration ihrer Drohnen in ihre eigenen Waffensysteme anzustreben – ein Wettbewerbsvorteil gegenüber den konkurrierenden Startups. Welchen Anteil Drohnen und Software an Rheinmetalls Produktpalette bilden werden und wie sich der Konzern im Vergleich zu den Startups durchsetzt, wird abzuwarten sein.

Anmerkungen

- ¹ Simon Schuster, Building tanks while the Ukrainians master drones, *The Atlantic*, 27.3.2026.
- ² Das heutige Rheinmetall Defense Electronics in Bremen, der Produzent des KZO geht auf die Firma STN Atlas Electronic zurück, ein ursprüngliches Joint-Venture von Rheinmetall und dem britischen Konzern BAE Systems. Bei der Aufteilung 2003 wurde der maritime Teil bei TKMS angesiedelt, der Rest kam zu Rheinmetall. Die komplexe Firmengenese lässt sich hier nur unzureichend darstellen.
- ³ Rheinmetall übernimmt kanadischen Robotik-Spezialisten Provectus. rheinmetall.com Pressemitteilung vom 27.7.2019.
- ⁴ Thomas Wiegold, DroneWatch: Rheinmetall übernimmt LUNA-Drohnen, Augengeradeaus.net, 23.11.2021.

Griff nach Marschflugkörpern

Mit Rheinmetall Destinus Strike Systems wird ins nächste Segment expandiert

von Jürgen Wagner

Anfang Mai 2026 kündigte die US-Regierung an, die für dieses Jahr geplante Stationierung diverser landgestützter Raketen- und Marschflugkörpersysteme zumindest vorläufig auszusetzen. Besonders die bis dahin vorgesehenen US-Tomahawk-Marschflugkörper eignen sich mit ihrer Lenkfähigkeit und mit Reichweiten zwischen 1.600 und 2.500km „bestens“ für Angriffe mit kurzen Vorwarnzeiten in der Tiefe des gegnerischen (russischen) Raums.

Für Hardliner, wie den medial überaus präsenten Christian Mölling von der Denkfabrik „European Defence in a New Age“ (EDINA), liegt gerade darin der „Wert“ dieser Waffen: „Das ist tatsächlich das zentrale Element einer Abschreckung, weil es hier um Raketen geht, die in der Lage sind, Russland schon im Aufmarsch – also nicht erst, wenn es an die Nato-Grenze kommt, sondern deutlich früher – zu stören und Kommandozentralen auszuschalten.“

Weil man bei derart „nützlichen“ Waffen nicht ewig auf die USA angewiesen sein will, befinden sich europäische Alternativen ohnehin bereits länger in der Entwicklung. Diese Bemühungen sollen nun vor allem im Rahmen des „European Long Strike Approach“, aber auch mit anderen Initiativen beschleunigt werden: „Die Abschreckungslücke endlich zu schließen und Erpressbarkeit durch russische Raketen zu vermeiden – das geht jetzt nur mit Schnellspur-Einführung von eigenen, in Deutschland produzierten und von den USA unabhängigen bodengebundenen Marschflugkörpern“, wird der ehemalige Leiter des Leitungsstabs im Bundesministerium der Verteidigung, Nico Lange, in der Welt zitiert.

Und fast schon standardmäßig ist auch der Rheinmetall-Konzern nicht weit, wo neue Rüstungsmilliarden locken. So auch in diesem Fall, in dessen Zusammenhang das niederländische Start-up Destinus interessant ist, das rund 2.000 Marschflugkörper jährlich in Serienproduktion herstellt, darunter laut defence-network.com folgende Modelle: „Der Marschflugkörper Ruta Block2 soll eine Payload von 250 Kilogramm autonom ins Ziel bringen können. Als Reichweite gibt Destinus mehr als 450 Kilometer an. Kryla ist hingegen ein kleinerer Marschflugkörper mit 50 Kilogramm Nutzlast und einer Reichweite von 800 Kilometern.“

Und noch „interessanter“ ist eine Rheinmetall-Pressemitteilung vom 13. April 2026, derzufolge mit dem Unternehmen ein Joint Venture namens „Rheinmetall Destinus Strike Systems“ eingegangen und in der zweiten Jahreshälfte 2026 gegründet werden solle: „Dieses wird fortschrittliche Raketensysteme herstellen, vermarkten und liefern. Dazu gehören Marschflugkörper und ballistische Raketenartillerie. Rheinmetall wird 51 Prozent der Anteile halten, Destinus 49 Prozent. Die Transaktion steht unter dem Vorbehalt der behördlichen Genehmigungen.“

Natürlich ist sich Rheinmetall völlig darüber im Klaren, dass es sich hier um Angriffswaffen handelt, wie aus der Pressemitteilung deutlich ersichtlich wird: „Diese Initiative spiegelt einen umfassenderen Wandel in der modernen Kriegsführung wider: Die Fähigkeiten für Angriffe aus der Distanz entwickeln sich von überwiegend drohnenbasierten Ansätzen hin zu schnelleren, widerstandsfähigeren und industriell skalierbaren Marschflugkörpersystemen. Mit diesem Joint Venture wollen Rheinmetall und Destinus die Lücke zwischen den Anforderungen Europas sowie der Ukraine und den Möglichkeiten der europäischen Verteidigungsindustrie schließen – und zwar in großem Maßstab und im industriellen Tempo.“ Zuletzt wurde gemeldet, dass Rheinmetall einen Marschflugkörper mit 250 kg Nutzlast und bis zu 2.000 km Reichweite entwickeln möchte (Ruta 3), dessen Flugtests schon 2027 beginnen soll und sowohl von Land wie von See eingesetzt werden kann.

„Rheinmetalls Griff nach dem Marschflugkörpermarkt“ (Die Welt) verspricht äußerst lukrativ zu werden: Unmittelbar seien „Tausende Systeme pro Jahr gefragt, im Laufe der Zeit potenziell zehntausende“, weshalb man „kurzfristig eine Marktchance im Bereich von Hunderten von Millionen Euro und langfristig ein Potenzial im niedrigen Milliardenbereich“ wittere, so die Rheinmetall-PM.

Gebaut werden soll das Ganze dort, wo Rheinmetall bereits eine Munitionsfabrik unterhält, meldet der Blog Sicherheit & Verteidigung: „Das neue Unternehmen wird seinen Sitz in Unterlüß, Niedersachsen, haben – einem Standort, in den Rheinmetall bereits erheblich investiert. Laut NDR fließen dort allein 35 Millionen Euro in den Aufbau neuer Produktionsanlagen, der Betrieb der Raketenanlagen soll spätestens 2027 starten.“

... zu Wasser

Einstieg ins Marinegeschäft

von Andreas Seifert

Der Kauf der NVL-Gruppe (Naval Vessels Lürssen) durch Rheinmetall wurde teils mit Überraschung zur Kenntnis genommen – ein Panzerbauer, der nun auch noch in das Marinegeschäft einsteigen will. Marineschiffe gehören mit zum Teuersten, was man sich in der Rüstung so vorstellt. Jedenfalls war das früher so. Und auch heute wird viel Geld für Marineschiffe eingeplant – allein die neuen Großschiffe werden Summen oberhalb von 20 Mrd. € verschlingen. Eine Fregatte der Klasse 126 (Niedersachsen-Klasse) kostet heute rund 1,5 Mrd. € bis 2 Mrd. €, es soll sechs Schiffe von diesem Typ geben. Eine kleinere MeKo-Fregatte (Mehrzweck-Kombination), wovon die Bundeswehr plant, bis zu acht Schiffe anzuschaffen, hat einen Stückpreis von rund 1 Mrd. €. Bis das letzte Schiff ausgeliefert ist, wird noch ein Jahrzehnt vergehen und die ein oder andere Milliarde hinzukommen. Angesichts solcher Umsätze und Perspektiven könnte es lukrativ sein, eine Werft zu betreiben.

Werftindustrie in Deutschland

Blickt man in die 1990er Jahre zurück, so gab es schon damals einen Rückgang der Zahl der schwimmenden Einheiten der Bundesmarine und die wenigen geplanten Neuananschaffungen wurden aufgrund neuer Anforderungsprofile kleiner dimensioniert und auf internationale Einsatzszenarien zugeschnitten. Die hohen Anforderungen an die Ausstattung machten ein einzelnes Schiff oder U-Boot zwar unfassbar teurer, aber die geringen Stückzahlen, die es zu produzieren galt, erforderten keine umfangreiche Schiffbauindustrie wie vorher vorhanden. Da die deutsche Schiffbauindustrie auch im zivilen Schiffbau schon in den 1980er Jahren einem massiven Strukturwandel unterworfen war, schrumpfte der Anteil europäischer oder deutscher Werften am Weltmarkt deutlich. Dominierende Fertigungsstandorte lagen mehr und mehr in Ostasien – zum Teil sogar mit der deutschen Werfttechnik, die man z.B. in Bremen demontiert hatte. Die aktuelle Prognose des weltweiten Schiffsbaus für 2027 vom Verband für Schiffbau und Meerestechnik in Hamburg sieht dort 92,7 % aller gebauten Schiffstonnagen (61 % VR China, 22 %

Südkorea, 9,7 % Japan).¹ Auf Europa entfallen demnach noch 4,7 %, auf den Rest der Welt dann nur noch 2,9 %. Je spezifischer und je teurer einzelne Schiffe werden, wird sich diese Aufteilung anders darstellen – so sind es nach wie vor auch europäische Werften, die hochwertige Kreuzfahrtschiffe, Spezialschiffe z.B. für die Forschung oder eben High-Tech-Marineschiffe bauen. Weltmarktführer für konventionelle U-Boote ist die deutsche Thyssenkrupp Marine Systems.

Gegen Ende der 2010er Jahre stand erneut ein Ausverkauf der Werftreste in Deutschland an – und selbst der Bund verlor das Interesse daran, Deutschland als Standort einer eigenen Marineschiffbauindustrie zu erhalten. Die Erfahrungen mit der Korvette K130 (Braunschweig-Klasse) ab 2001, die sich um Jahre verzögerte, wesentlich teurer wurde und am Ende doch noch mit Mängeln behaftet war, haben zudem das Vertrauen in die Kompetenzen der deutschen Werften beschädigt.² Hierin liegt auch einer der Gründe, warum 2018 nicht eine deutsche Werft zum Generalunternehmer der Fregattenklasse 126 (F126) auserkoren wurde, sondern die niederländische Damen Shipyards. Gebaut werden sollten die Schiffe dann auf deutschen Werften.

Das finanzielle Füllhorn der Zeitenwende schafft den Raum, wieder viele schwimmende Einheiten zu planen und an Unternehmen in Deutschland zu verteilen, statt über ggf. kostengünstigere Bestellungen im europäischen Ausland nachzudenken. Damit wittern auch die verbliebenen Akteure in der Werftindustrie frischen Wind und es wird eine neue Runde in der Konzentration eingeläutet.³ Die Straffung von Werftkapazitäten und der Zuschnitt auf den militärischen Bedarf sind z.B. ausschlaggebend für Thyssenkrupp gewesen, die Thyssenkrupp Marine Systems auszulagern und eigenständig an die Börse zu bringen. Auch für die German Naval Yards in Kiel bedeutet dies mehr Aufträge im Marinesegment und damit einen Anlass, die historischen Wurzeln im deutschen Marineschiffbau in ihrer Webseitenpräsentation in den Vordergrund zu stellen. Ob dies allerdings reicht, die Eigenständigkeit zu bewahren, darf bezweifelt werden – sowohl TKMS, wie auch Rheinmetall äußerten zuletzt Interesse

an einer Übernahme – der ursprüngliche Werftverbund bestehend aus drei Werften an der Ostsee ist inzwischen auf den Standort Kiel reduziert.

Eine weitere Werft, die in der Lage ist, größere Schiffe zu bauen, ist die Bremer Werft Lürssen, die bereits 2021 ihr militärbezogenes Marinegeschäft in der NVL (Naval Vessels Lürssen) zusammengefasst hat. Die NVL hat dabei die für Großschiffe geeigneten Werften in Wilhelmshaven (Neue Jadewerft), Hamburg (Norderwerft und Blohm+Voss) übernommen. Insbesondere Blohm+Voss ist zum Bau großer Einheiten noch in der Lage. Die Zusammenfassung des militärischen Geschäftes in einem Unternehmen erlaubte es Lürssen, das militärische Standbein von dem ansonsten auf reiche Kundschaft ausgerichteten Yachtgeschäft zu trennen und den Namen Lürssen als Luxusmarke sauber zu halten. Zum anderen hat die Trennung auch den Zuschnitt der von Lürssen vorher bzw. von der NVL ab 2021 vorgenommenen Internationalisierung des Geschäftes ermöglicht. So z.B. die Gründung der Naval Technology Bulgaria 2021, die am Schwarzen Meer angesiedelt für die bulgarische Marine eine Multipurpose Modular Patrol Vessel (MMPV) entwickelte, von denen inzwischen schon zwei vom Stapel gelaufen sind. Auch in Kroatien, in Rijeka, wurde ein Unternehmen aus der Taufe gehoben, das seltsam unspezifisch „internationale Kunden mit maritimer Expertise“ versorgen soll: NVL d.o.o. in Opatija dient dem Ausbau des Defense-Exportgeschäfts.

2022 wurde die Tochter NVL Egypt eingerichtet, die als Gesellschaft den Bau von zehn Küstenbooten für die ägyptische Marine durchführen, aber auch einen ersten Fußabdruck in die Region setzen soll, um ggf. weitere Aufträge abwickeln zu können. Dass NVL Egypt ein Joint Venture mit lokalen Konzernen darstellt, sichert eine gewisse Unabhängigkeit von der deutschen Mutter ab, was wiederum für weitere Exportgeschäfte von Vorteil ist. Auch das Joint Venture mit einem Staatsfonds in Brunei ist unter diesem Gesichtspunkt zu erwähnen. Mit Muara Maritime Services ist die NVL 2018 aktiv in die Betreuung von Kriegsschiffen im Ausland eingestiegen. Die NVL hat überdies in Singapur ein lokales Büro. Deutlich wird, dass sich die NVL lokale Zugänge über das Angebot von Kooperation und Zusammenarbeit erarbeitet, statt nur einfach in ein Land zu verkaufen.

Rheinmetall als Anbieter maritimer Kompetenzen

Das ist durchaus auch eine Strategie, die die NVL für einen Anbieter wie Rheinmetall attraktiv macht – denn schließlich besteht ein Marineschiff nicht nur aus einer Hülle, sondern auch aus der Technik und den darauf installierten Waffensystemen. Die NVL hat Erfahrungen als Schiffbauer wie auch als Ausrüster für die deutsche Marine gesammelt. Rheinmetall bringt seinerseits ebenfalls Erfahrungen als Systemintegrator mit, auch wenn ein größeres Kriegsschiff eine höhere Komplexität darstellt, als

Landfahrzeuge. Aber nicht nur die Integration von Feuerleitsystemen, Sensorik, Mechanik und Waffensystemen ist auf der Seite von Rheinmetall vorhanden. Rheinmetall ist über die Bereitstellung spezifischer Bordwaffen bereits heute in der Marinerüstung aktiv. Die SeaSnake-Reihe, Oerlikon Millennium, Searanger und Natter sind auf die Marine zugeschnittene Kanonen.⁴ Auch im Bereich der Sensorik hat Rheinmetall einiges für die Marine zu bieten, da es auch Schutzsysteme passiver wie aktiver Art im Portfolio hat. Rheinmetall hat mit der Benntec Systemtechnik zudem eine Tochter, die bereits jetzt Simulationen und E-Learning-Programme auch für die Marine anbietet. Kurzum, mit dem Erwerb von NVL ergänzt Rheinmetall sein Portfolio um eine konkrete Werft und sichert potentiell so auch einen Teil seines bestehenden Geschäfts.

Dieses Geschäft weist aber auch in die Zukunft. Autonome Systeme spielen auch auf See absehbar eine größere Rolle. Auch hier bringt sich Rheinmetall als ein Anbieter, der in allen Feldern (Schiffbau, Drohnenhersteller, Sensorproduzent, Systemintegrator und Ausbildungsanbieter) aktiv ist, in eine gute Position, wenn er suggeriert, er hätte in allen Bereichen tatsächlich Kompetenzen. Zudem entwickelt Rheinmetall derzeit zusammen mit dem Raketenbauer MBDA eine Laserwaffe, die allein aufgrund ihrer Größe vorerst noch auf Marineschiffe beschränkt bleiben wird.⁵ Auch hier wird deutlich, dass Rheinmetall im Anspruch ein Vollanbieter für das gesamte Militärrepertoire zu sein, auch nicht anders kann, als sich auch im Marinebau zu engagieren.

Vor allem teuer: F126

Das in den 2010er Jahren aufgelegte Projekt einer neuen Fregattenklasse, der F126, wurde Ende des Jahrzehnts an die niederländische Damen Shipyards vergeben. Mit Kosten von rund 1,5 Mrd. €/Schiff für anfänglich vier, später sechs Schiffe, ist es das größte Schiffbauprojekt nach 1989. Geplant war, das erste Schiff bereits 2028 der Marine zu übergeben. 2025 wurde klar, dass Koordinations- und Technikprobleme zu Verzögerungen führen würden und frühestens 2031 mit dem ersten Schiff zu rechnen ist. Inzwischen steht das gesamte Projekt auf der Kippe und es ist unklar, ob überhaupt die geplanten sechs Schiffe gebaut werden, oder das Ministerium sich dazu entscheidet, preiswertere Schiffsmodelle (z.B. die MeKo-Fregatten) als Brückenlösung anzuschaffen und auf eine Zukunft mit der schon in Planung befindlichen F127 zu setzen.⁶

Rheinmetall, über den Kauf der NVL auch am Projekt F126 beteiligt, hat in dieser Situation ein neues Angebot unterbreitet. Der Konzern bietet an, die Schiffe als Generalunternehmer im Alleingang zu bauen – dafür würde Rheinmetall auch die German Naval Yards übernehmen. Der Preis, den der Konzern in den Ring wirft, beträgt satte 12,8 Mrd. € für sechs Schiffe, die sich für den Steuerzahler zu bereits ausgegebenen rund 2 Mrd. € addieren würden.⁷ Der Preis, so die Fußnote, wäre allerdings an die In-

flation gekoppelt. Das erste Schiff, so die Prognose, könnte 2032 im Becken schwimmen – also mit vier Jahren Verspätung zum eigentlichen Plan.

Letztlich wird sich an dem Projekt zeigen, ob der Ausbau Rheinmetalls zum Vollanbieter dem Ministerium in Bonn und Berlin so viel wert ist, dass es den Pfad eines überbeuerten Fregatten-Baus weiterverfolgt, oder ob die „Vernunft“ siegt und eine größere Anzahl MeKo-Fregatten vom Konkurrenten TKMS gekauft und neue Planungen für die F127 beschleunigt werden.⁸ Vieles spricht dafür, dass Politik und Bundeswehr weder das eine noch das andere lassen, sondern alles gleichzeitig tun werden.⁹ Der Geldsegen ermöglicht es dem Ministerium, weiter an den Unsummen für Marineprojekte festzuhalten.

Abseits vom Geld

Die grundlegende Frage, welche Form von Marinerüstung man wirklich bräuchte, geht angesichts der fiskalischen Möglichkeiten unter – man ist scheinbar schon ernst zu nehmender Kritiker, wenn man hier und da darauf drängt, eine Milliarde zu sparen. Hier sei darauf verwiesen, dass die überaus rüstungsfreundliche Beratergruppe um Jeannette zu Fürstenberg in ihren Forderungen an die Politik die Marinerüstung weitgehend ignoriert: Einzig autonome Unterwasserfahrzeuge sind hier zu priorisieren.¹⁰ Die scheinbar kritische an den Kosten ausgerichtete Debatte an dieser Stelle übersieht die immer noch vorhandenen globalen Ambitionen der Marine, die sich z.B. auch mit Aufgaben im Indo-Pazifik betraut sieht.

Fazit

Für Rheinmetall ist der Expansionskurs nicht auf das vertraute Feld der gepanzerten militärischen Fahrzeuge beschränkt. Die massive Ausdehnung und teilweise noch fehlende Verknüpfung der verschiedenen neu hinzugetretenen Unternehmensteile – wie z.B. die NVL – wirken vielleicht jetzt noch für manche erratisch und unzusammenhängend. Um optimal von der Zeitenwende profitieren zu können, so scheinbar das Kalkül aus Düsseldorf, muss das Unternehmen jedes Feld selbst besetzen und den späteren Zukauf einzelner Komponenten reduzieren. Dass dabei Rheinmetall seine realen Kompetenzen überschreitet und auch in Feldern aktiv sein wird, in denen es über keine eigenen Erfahrungen verfügt, wird in Kauf genommen, solange der Käufer – vor allem also die Bundeswehr, wo das Geld locker sitzt – es bevorzugt, einen „Generalunternehmer“ anzusprechen, als sich selbst Wissen und Kompetenzen anzueignen. Rheinmetall inszeniert sich vollmundig als Vollanbieter und die Bundeswehr bestellt große Pakete. Der Bundestag hat so oder so den Überblick verloren und nickt ab, was vorgelegt wird: Auch hier hilft der „große Name Rheinmetall“ und die scheinbar unterstellte „Kompetenz“, um nicht zu sehr ins Detail zu gehen. Kurzum, es besteht das Risiko, dass sich

die Übernahme von NVL durch Rheinmetall als verteuertes Element entpuppt, statt die erhofften technologischen und finanziellen Synergieeffekte zu zeitigen. Rheinmetall hat bisher noch selten nur pünktlich und im Kostenrahmen abgeliefert. Angesichts der Budgetkürzungen in anderen Bereichen mutet es seltsam an, dass hier ein Anbieter regelrecht mit Geld zugeworfen wird, obwohl es Fragen zu Kompetenz und Kosteneffizienz gibt.

Anmerkungen

- ¹ Verband für Schiffbau und Meerestechnik e.V., Jahresbericht 2025-2026, Hamburg 2026.
- ² Der Rüstungsbericht 2016 (3. Bericht des Bundesministeriums für Verteidigung zu Rüstungsangelegenheiten) fasste die Verzögerung im Beschaffungsprojekt mit 54 Monaten zusammen – sowohl ein nicht funktionsfähiges Getriebe wie auch Schimmelbildung in der Lüftung und technische Probleme der Integration haben das Projekt in die Länge gezogen. Insgesamt wurden die fünf Schiffe des ersten Bauloses rund 117 Mio. € teurer als gedacht. Das zweite Baulos mit weiteren fünf Korvetten befindet sich noch im Bau.
- ³ Siehe Jahresbericht, op. Zit.
- ⁴ 2022 versuchte Rheinmetall, den italienischen Bordkannonenanbieter OTO Melara zu übernehmen – eine Übernahme hätte das Portfolio ergänzen können und Rheinmetall auch in der Produktion von Schiffsmunition zu einem noch größeren Player gemacht. Die Übernahme scheiterte und die Firma verblieb im Leonardo-Konzern.
- ⁵ Das Projekt erhielt zuletzt einen Dämpfer, nachdem selbst der Bundestag über die hohen Kostenforderungen gestolpert war: Haushälter bremsen Laserwaffenprojekt – erst Marktsichtung, Handelsblatt, 9.2.2026.
- ⁶ Ausführlicher siehe hierzu Jürgen Wagner, Beschaffung außer Rand und Band, IMI-Analyse 31/2025, Oktober 2025.
- ⁷ Rheinmetall will Fregatten-Debakel der Bundeswehr für 12 Milliarden Euro übernehmen, Manager Magazin, 6.5.2026.
- ⁸ Clemens Speer, F 126: Rheinmetall fordert zwölf Milliarden Euro – Zweifel am Sinn des Projektes wachsen, Sicherheit & Verteidigung, 7.5.2026. Ein besonderer „Vorteil“ der F127 zum augenblicklichen Stand ist, dass das Schiff in der Lage sein soll, das US-System Aegis für Luftverteidigung aufzunehmen – eine interessante Perspektive angesichts aktueller Autonomiedebatten, die die USA als Waffenlieferanten umgehen wollen.
- ⁹ Z.B. Uwe Mergener, Kostenexplosion bei F126?, Europäische Sicherheit und Technik, 8.5.2026.
- ¹⁰ Dr. Jeannette zu Fürstenberg/Prof. Dr. Moritz Schularick/Nico Lange/ Rene Obvermann/Dr. Thomas Ender-s/u.a., Der Weg zu europäischer Verteidigungsautonomie: Ein Leitfaden zur Überwindung kritischer Abhängigkeiten, Kiel Institut für Weltwirtschaft, Mai. 2026.

Wechselnde Winde im Panzergeschäft

Wie Panzer von Rheinmetall am Rüstungsboom teilhaben

von Malte Lühmann

Im Kontext der Aufrüstung ist der Name Rheinmetall in aller Munde. Das Unternehmen befindet sich seit dem Beginn des großangelegten russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auf einem ungebremsen Expansionskurs. Den Kern dieser Entwicklung macht neben dem Geschäft mit Munition der Bau und Verkauf von diversen Panzerfahrzeugen aus. Armin Papperger, der Vorstandsvorsitzende von Rheinmetall, sieht in der Aufrüstung eine klare Mission für sein Unternehmen: „Wir müssen und werden liefern. Dabei erleben wir ein Wachstum, wie wir es im Konzern noch nie hatten und kommen unserem Ziel, ein globaler Defence-Champion zu werden, näher.“¹ Rheinmetall ist an zahlreichen aktuell in Europa eingesetzten Panzermodellen ebenso beteiligt wie an zentralen Entwicklungsprojekten – von Pionier- über Schützenpanzer bis hin zu ausgewachsenen Kampfpanzern. Mit dem selbstentwickelten Kampfpanzer KF51 „Panther“ schickt sich das Unternehmen zudem an, dem ewigen Rivalen und Hauptproduzenten des Leopard 2, der deutsch-französischen Firma KNDS, auf dem europäischen Panzermarkt Konkurrenz zu machen.²

Totgesagte leben länger – Panzerboom im Drohnenzeitalter

Noch vor einigen Jahren sah die Lage ganz anders aus. 2012 war Rheinmetall ein Unternehmen mit zwei Geschäftsbereichen: eine Hälfte Rüstungsproduzent, eine Hälfte Autozulieferer. In der Panzersparte Rheinmetall Landsysteme GmbH arbeiteten ca. 1.500 Beschäftigte an vier Standorten in Unterlüß, Kassel, Kiel und Gersthofen bei Augsburg. Die Stimmung unter der Belegschaft war schlecht, denn das Unternehmen erwog nicht nur Entlassungen, sondern die Schließung ganzer Standorte.³ Die Bundeswehr hatte zuletzt die Bestellungen der neuen Schützenpanzer Puma reduziert und auch das Exportgeschäft für Panzer von Rheinmetall lief nicht gut genug. Der zuständige IG-Metall-Bevollmächtigte in Kassel kommentierte: „Die stehen schließlich nicht kurz vor der Pleite, sondern ihnen ist schlicht die Marge nicht hoch genug.“⁴ Doch wie wir wissen, kam es anders. Als der Kon-

flikt in der Ukraine nach und nach bis hin zum russischen Angriffskrieg ab dem 24. Februar 2022 eskalierte, schalteten die Regierungen in Europa – und insbesondere in Deutschland durch die von Kanzler Olaf Scholz ausgerufene „Zeitenwende“ – auf massive Aufrüstung um. Anstatt das Panzergeschäft aufzugeben, tat Rheinmetall das Gegenteil und in sukzessiven Umstrukturierungen wurde die Automobilierteil praktisch vom Rüstungsgeschäft geschluckt.⁵ Im nunmehr fast ausschließlich auf die Rüstungsproduktion konzentrierten Unternehmen macht der für militärische Rad- und Kettenfahrzeuge verantwortliche Geschäftsbereich „Vehicle Systems“ etwa die Hälfte des Konzernumsatzes aus. Der Umsatz in diesem Bereich stieg außerdem 2025 im Vergleich zum vorherigen Geschäftsjahr überdurchschnittlich um ganze 32% auf knapp 5 Mrd. Euro.⁶

Dieser Panzerboom mag für manche auch aus technischer bzw. militärischer Sicht überraschend erscheinen. Denn aus dem Ukrainekrieg erreichten uns zeitweise täglich Bilder und Videos von teuren Panzerfahrzeugen, die durch billige Drohnen scheinbar mühelos zerstört wurden. In der öffentlichen Debatte wurde daraufhin immer öfter argumentiert, dass Panzer angesichts KI-gestützter Drohnenschwärme auf dem Schlachtfeld nicht mehr überlebensfähig und damit überholt seien. Auch wenn die Entwicklung hier noch keineswegs abgeschlossen ist und die Debatte anhält, sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass angesichts des Gegenrüstens und der Entwicklung von neuen Abwehr- und Schutzmaßnahmen ein Verschwinden der Panzer vom modernen Schlachtfeld unwahrscheinlich ist.⁷ Viel wichtiger mit Blick auf Rheinmetall ist aber, dass die verantwortlichen Rüstungsbeschaffer in den großen westlichen Armeen unabhängig von allen Drohnen-Programmen am Panzer festhalten und in den letzten Jahren große Stückzahlen bestellt haben.

Rivalität der Systemhäuser – Rheinmetall vs. KNDS

Rheinmetall hat mit seinen Produkten erheblichen Anteil am massiven Wachstum der Fuhrparks europäischer Ar-



meen. Dabei ist die Bundeswehr zentraler Auftraggeber für den Konzern mit einem deutschen Umsatzanteil von 34 Prozent über alle Konzernsparten hinweg (2025).⁸ Die Bundeswehr allein ist gerade dabei, 123 neue Leopard-2-Kampfpanzer, 200 neue Schützenpanzer Puma, Hunderte neue Radpanzer Boxer (Projekt „Arminius“), über 350 neue Spähpanzer Luchs 2 und viele andere neue Fahrzeuge zu beschaffen. Rheinmetall hat diese Panzer entweder zusammen mit KNDS entwickelt und teilt sich die Produktion (Boxer, Puma), oder liefert wichtige Komponenten, wie Turm, Waffenanlage bzw. Kanone (Luchs 2, Leopard 2). Auch andere europäische Armeen setzen bei der Aufrüstung oft auf deutsche Produkte von Rheinmetall oder KNDS. Angesichts der Rivalität zwischen den beiden Herstellern sind dabei vor allem Aufträge für den Schützenpanzer KF41 „Lynx“ und den Kampfpanzer KF51 „Panther“ beachtenswert, die Rheinmetall in Eigenregie entwickelt hat, um mit dem gemeinschaftlich gebauten Schützenpanzer Puma bzw. dem von KNDS vertriebenen Kampfpanzer Leopard 2 zu konkurrieren. Zuletzt ist es Rheinmetall gelungen, sich mit diesen beiden Fahrzeugen bei der Ausstattung der Streitkräfte in Ungarn, Italien und der Ukraine durchzusetzen. In allen drei Ländern baut der Konzern Produktionsstandorte für seine Panzer in Kooperation mit lokalen Partnerunternehmen auf.

Wie eingangs zitiert, befindet sich Rheinmetall auf dem Weg zum selbstgesetzten Ziel, ein „globaler Defence-Champion“ zu werden. Natürlich wollen alle Unternehmen wachsen, aber das Rüstungsgeschäft hat besonders starke strukturelle Anreize zur Unternehmenskonzentration. Da die Entwicklungskosten für neue Panzermodelle ausgesprochen hoch und die Entwicklungszeiten sehr lang sind, steigt der mögliche Gewinn in diesem Bereich stark mit den gebauten Stückzahlen. Hohe Profite hängen also von großen Aufträgen ab, und weil diese von relativ wenigen Abnehmern ausgehen, nämlich meist einer Armee pro Land, sind Rüstungsunternehmen

besonders daran interessiert, erstens ein Monopol auf ihrem Heimatmarkt zu erreichen, um alle Aufträge auf sich zu vereinen, und zweitens ihre dort entwickelten Produkte an möglichst viele weitere Armeen im Ausland zu verkaufen. In Deutschland ist der Panzermarkt seit Jahrzehnten im Wesentlichen zwischen zwei Akteuren aufgeteilt: Rheinmetall und KNDS (früher KMW). Als sogenannte Systemhäuser hatten sie in der Vergangenheit jeweils einzeln die Führung bei großen Panzerprojekten, konnten aber den jeweils anderen aus politischen Gründen und wegen der hohen Entwicklungskosten einzelner Komponenten bei komplexen Projekten wie dem Leopard 2 nicht gänzlich ausschließen. Auch um aus einer starken Position heraus in Konkurrenz mit anderen Panzerbauern in Europa treten zu können, drängte die Politik in Deutschland schon vor gut zehn Jahren auf eine Fusion von Rheinmetall und KMW.⁹ Stattdessen schloss sich KMW mit dem französischen Konzern Nexter zur deutsch-französischen KNDS zusammen. KNDS ist allerdings mit einem zuletzt gemeldeten Umsatz von 3,8 Mrd. Euro (2024) im Vergleich zu Rheinmetall mit 9,94 Mrd. Euro (2025) weiterhin deutlich kleiner.

Noch unterscheiden sich die beiden Unternehmen auch in den Besitzverhältnissen: Rheinmetall ist als Aktiengesellschaft in privatem Streubesitz. Dagegen gehört KNDS zur Hälfte dem französischen Staat und zur Hälfte der privaten deutschen Wegmann-Gruppe. Das soll sich allerdings jetzt ändern: Nachdem es schon länger Gerüchte in diese Richtung gab, schreibt das Handelsblatt, dass der Börsengang von KNDS für Juni/Juli 2026 geplant sei.¹⁰ Das Unternehmen lässt offenbar sogar in Vorbereitung auf den Börsengang einen bisher nicht aufgearbeiteten Korruptionsvorwurf im Zusammenhang mit Rüstungsgeschäften in Katar untersuchen. Mit dem Börsengang von KNDS werden die Karten neu gemischt. In den letzten Jahren wurde für einen solchen Fall immer wieder eine Staatsbeteiligung Deutschlands bei dem Unternehmen ins

Spiel gebracht. Armin Papperger wirbt nun wohl in Berlin für ein Modell, in dem Rheinmetall bei KNDS einsteigen und die Bundesregierung ihrerseits Anteile von Rheinmetall erwerben würde.¹¹ So würde Rheinmetall zu einem Rüstungsgiganten mit direkter deutsch-französischer Staatsbeteiligung, der den Panzer- bzw. Rüstungsmarkt in Europa dominieren würde und im globalen Waffenhandel eine noch größere Rolle spielen könnte.

Den Fuß in jeder Tür beim Kampfpanzer von Morgen

Während der Fusionspoker in die Verlängerung geht, spielt sich die nächste Runde im Streit der deutschen Systemhäuser bei der Entwicklung eines europäischen Kampfpanzers der nächsten Generation ab. Dieser sollte nach ursprünglichen Planungen ab den 2030er Jahren den Leopard 2 und seine Artgenossen in Europa ablösen. Unter anderem, um bei dieser Entwicklung aus einer starken Position gegen die Konkurrenz antreten zu können, hatten deutsche Politiker:innen zur Fusion von Rheinmetall und KMW gedrängt.¹² Stattdessen gibt es heute mehrere konkurrierende Projekte, in denen europäische Panzerbauer in wechselnder Zusammensetzung und aus Steuergeldern finanziert neue Technologien entwickeln.¹³

Da ist zum einen das Main Ground Combat System (MGCS), ein Entwicklungsprojekt unter französisch-deutscher Führung, das nach einigen Jahren Planung seit 2017 an Fahrt aufgenommen hatte und mit Entwicklungskosten von mindestens 8 Mrd. Euro einen neuen europäischen Kampfpanzer entwickeln soll.¹⁴ Doch ähnlich wie das mittlerweile praktisch gescheiterte Flugzeug-Projekt FCAS geriet auch MGCS bald ins Stocken.¹⁵ Auch hier liegt es wieder an Streitigkeiten darüber, welche Technologie aus welchem Land beigesteuert und damit weiterentwickelt werden soll. So steht zum Beispiel die neue 130mm-Panzerkanone von Rheinmetall gegen das 140mm-Konkurrenzprodukt aus dem französischen KNDS-Teilkonzern. Daneben gibt es das mit rund 20 Mio. Euro aus dem EU-Verteidigungsfonds (EDF) finanzierte Projekt MARTE (Main ARMoured Tank of Europe).¹⁶ In dem Konsortium arbeiten gut 40 Unternehmen aus 12 EU-Staaten, darunter Rheinmetall und KNDS, am Design eines neuen europäischen Kampfpanzers. Das zweijährige Projekt begann offiziell im Dezember 2024 und kann eher als konzeptionelle Zuarbeit betrachtet werden.

Angesichts der Streitigkeiten und vagen Aussichten der genannten Projekte, machen sich die europäischen Panzerbauer daran, bestehende Kampfpanzer weiterzuentwickeln, um sich für die Zukunft zu positionieren. KNDS baut den neuen Leopard 2 A8 und Rheinmetall hat nicht nur den modernen KF51 Panther (auf Basis des Leopard 2) im Portfolio, sondern arbeitet über das Gemeinschaftsunternehmen RBSL auch am neuen britischen Challenger 3 und zusammen mit dem Leonardo-Konzern am nächsten italienischen Kampfpanzer (IMBT). Rhein-

metall hat damit praktisch bei allen europäischen Entwicklungsprojekten in diesem Bereich einen Fuß in der Tür.

Den Gegenwind organisieren

Es wird deutlich, dass sich der Wind in den letzten Jahren stark zum Vorteil der Panzerproduktion bei Rheinmetall gedreht hat. Das Unternehmen macht große Umsätze und riesige Gewinne, stellt Arbeiter:innen ein und eröffnet neue Standorte. Finanziert durch die massiv gestiegenen Rüstungsausgaben der Regierungen in Deutschland und Europa, baut Rheinmetall nicht nur Panzer für den aktuellen Krieg in der Ukraine, sondern auch für kommende Kriege mit europäischer Beteiligung. Dabei ist es noch keine Ewigkeit her, dass die Lage der Panzersparte etwas ganz anderes nahelegte. Noch leben wir nicht in einer Kriegswirtschaft, in der sich ein militärisch-industrieller Komplex so verfestigt hätte, dass diese Entwicklung unumkehrbar wäre. Es sind politische Entscheidungen über Ausgabenprioritäten, aber auch über die Grundsätze der Außenpolitik, die das alles erst möglich machen. Sorgen wir also dafür, dass aus dem Rückenwind wieder Gegenwind wird, der Rheinmetall und Co. kräftig ins Gesicht bläst.

Anmerkungen

- ¹ Aktienrückkäufe, Dividenden und neue Ziele: Wie die Deutsche Bank ihre Anleger bei Laune halten will, [businessinsider.com](#), 16.5.2025.
- ² Nels, Anton: Kampfpanzer KF51 Panther. „Game Changer“, Rohrkrepierer oder Rauchsignal?, IMI-Studie 2022/7.
- ³ Rheinmetall stellt Panzersparte auf den Prüfstand, [cz.de](#), 8.8.2012.
- ⁴ Rheinmetall prüft Panzersparte, [n-tv](#), 7.8.2012.
- ⁵ Rheinmetall löst seine Automotive-Sparte auf, [automobil-produktion.de](#), 8.2.2021.
- ⁶ Rheinmetall: Bilanzvorlage: Rheinmetall treibt Expansion voran und bleibt auf Erfolgskurs, [Pressemitteilung](#), 11.2.2026.
- ⁷ Ausführlich dazu: Ralf Raths (Panzermuseum Munster) im „Sicherheitshalber“-Podcast #106 vom 8.4.2026.
- ⁸ Rheinmetall auf Rekordkurs – Umsatz mit Panzern steigt um 28 Prozent, [handelsblatt.de](#), 6.11.2025.
- ⁹ Wagner, Jürgen: Airbus für Panzer. Die Fusion von KMW und Nexter – Auftakt einer neuen Rüstungsexportwelle?, IMI-Analyse 2015/024.
- ¹⁰ KNDS lässt Panzer-Deal mit Katar wegen Korruptionsverdacht prüfen, [handelsblatt.de](#), 26.4.2026.
- ¹¹ KNDS: Rheinmetall-Einstieg?, IMI-Aktuell 2025/658.
- ¹² Wagner, Jürgen: Duell der Panzerbauer: Rheinmetall vs. KMW, IMI-Analyse 2024/42.
- ¹³ Molina, José: EU tank standardization: Current situation and future. Success or a bridge too far?, [Universidad de Navarra](#), 27.12.2024.
- ¹⁴ Wagner 2024 a.a.O.
- ¹⁵ Deutschland auf Abbruch von MGCS vorbereitet, [hartpunkt.de](#), 26.2.2026.
- ¹⁶ Halbzeit bei MARTE: Wichtige Meilensteine erreicht, [Europäische Sicherheit & Technik](#), 26.3.2026.

Der aufhaltsame Aufstieg der Rheinmetall AG-RWM auf Sardinien

von Kampagne Stop RWM (Sardinien)

Die Geschichte der Rheinmetall-RWM-Fabrik, die auf Sardinien Bomben herstellt, ist ein Lehrbuchbeispiel dafür, wie der militärisch-industrielle Komplex Krisensituationen nutzt, um neue Geschäftsfelder zu erschließen. Wo zivile Wirtschaftsaktivitäten in die Krise geraten, werden sie aufgegeben und durch militärische ersetzt; ganze Regionen werden umgekrempelt – mit der Komplizenschaft von Politik und Verwaltung. Ein Alptraum-Szenario, dem wir uns nicht fügen müssen – und gegen das Widerstand möglich und notwendig ist.

Vom Bergbau zur Rüstungsindustrie

Sulcis, im Südwesten Sardinien gelegen, gehört zu den ärmsten Regionen Europas. Bis in die 1970er Jahre lebte die Region vor allem von Bergbau und Stahlindustrie, später gerieten diese Sektoren in die Krise, bis die Produktion im vergangenen Jahrzehnt schließlich vollständig eingestellt wurde. Infolgedessen grassieren Arbeitslosigkeit und Abwanderung, und noch immer befinden sich rund 3.000 Arbeiter der Stahlindustrie in Kurzarbeit.

Im Sulcis gab es auch ein Werk der SEI (Società Esplosivi Industriali - Gesellschaft für industrielle Sprengstoffe) an der Grenze zwischen den Gemeinden Domusnovas und Iglesias. Seit 1974 wurden dort zivile Sprengstoffe für den Bergbau hergestellt. Nach der Schließung der Bergwerke beantragte die SEI 1999 die Genehmigung zur Eröffnung neuer Produktionslinien für Sprengstoffe und militärische Sprengkörper – und begründete dies mit der Notwendigkeit, die Produktion zu diversifizieren und eine wichtige militärische Einrichtung im Sulcis zu versorgen: den Truppenübungsplatz bei Capo Teulada, der auch von NATO-Streitkräften genutzt wird.

Die Bevölkerung lehnte die militärische Produktion entschieden ab und demonstrierte, um die Region Sardinien aufzufordern, die Genehmigung nicht zu erteilen. Die Regionalbehörden versicherten, sie würden der SEI niemals die nötigen Genehmigungen erteilen – nur um ihr Wort anschließend zu brechen und sogar einen öffentlichen Zuschuss für die Errichtung der neuen militärischen Produktionslinien im Werk Domusnovas Iglesias zu ge-

währen. Eine heuchlerische Haltung, an der die Institutionen bis heute festhalten.

Im Jahr 2010 wurden die SEI-Werke in Ghedi und Domusnovas-Iglesias vom multinationalen Rüstungskonzern Rheinmetall übernommen, und zwar über dessen Tochtergesellschaft RWM (Rheinmetall Waffe Munition), die sich zu 100 Prozent im Besitz von Rheinmetall befindet. Innerhalb weniger Jahre stellte Rheinmetall-RWM die zivile Produktion ein – 2012 wurde sie endgültig aufgegeben – und richtete die gesamte Produktion auf den militärischen Bereich aus.

Auf Sardinien produziert, im Jemen eingesetzt

Das RWM-Rheinmetall-Werk in Domusnovas-Iglesias produziert verschiedene Arten militärischer Sprengstoffe (Tritonal, PBX usw.) sowie Sprengkörper (Flugzeugbomben, Seeminen, Artilleriegeschosse, Sprengköpfe für Raketen und Drohnen usw.), die in zentrale Kriegsgebiete exportiert werden. Einer der wichtigsten Verträge wurde 2015 mit Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten geschlossen, als diese ihren Angriff auf den Jemen begannen. Der Vertrag im Wert von 400 Millionen Euro sah die Lieferung von etwa 20.000 Fliegerbomben vor, die anschließend bei der Zerstörung des Jemen eingesetzt wurden. Einige NGOs (darunter das ECCHR, Mwataana for Human Rights und die Rete italiana Pace e Disarmo) haben Belege dafür gesammelt, dass auf Sardinien produzierte Bomben bei Angriffen auf die jemenitische Zivilbevölkerung eingesetzt wurden, und die Nachricht wurde von der internationalen Presse aufgegriffen.

Eine der Folgen war, dass der Protest gegen die Herstellung von Sprengkörpern auf Sardinien neuen Auftrieb erhielt und die Kampagne „Stop-RWM“ ins Leben gerufen wurde, die bis heute aktiv ist. Eine weitere Folge war, dass das Unternehmen die Produktionskapazitäten seines Werks in Domusnovas-Iglesias ausgeschöpft hatte und beschloss, es zu erweitern: durch den Bau neuer Abteilungen, Straßen, Lagerhallen und sogar eines neuen Testgeländes für Sprengstoffe, mit dem Ziel, die Produktion von Sprengkörpern zu verdreifachen.

Corteo verso – ein Protestzug der Kampagne Stop RWM auf dem Weg zum Rheinmetall Werk. Foto: Kampagne Stop RWM.



Widerstand gegen die Ausweitungspläne von RWM

Die Expansionspläne des Unternehmens stießen jedoch auf Schwierigkeiten, da die Erweiterung des Werks in einem Waldgebiet hätte erfolgen sollen, in dem der Bau von Industrieanlagen nicht zulässig war – unter anderem wegen hoher hydrogeologischer Risiken, Nähe zu Naturschutzgebieten und bestehender Landschaftsschutzaufgaben.

Die STOP-RWM-Kampagne hat sich zum Ziel gesetzt, die Aktivitäten des Rheinmetall-RWM-Werks in Domusnovas-Iglesias zu stoppen. Sie ist breit aufgestellt und wird von Organisationen und Einzelpersonen getragen, die aus unterschiedlichen Beweggründen handeln (darunter Antimilitarist*innen, Umweltschützer*innen, Pazifist*innen, Basisgewerkschaften, religiös inspirierte Gruppen, usw.) und ebenso unterschiedliche Aktionsformen wählen (Demonstrationen, Blockadeversuche, rechtliche Schritte, Gegeninformation und anderes).

Seit 2015 wurden im Rahmen der STOP-RWM-Kampagne zahlreiche Aktionen organisiert, darunter Demonstrationen mit dem Ziel, den Zugang zur Fabrik zu blockieren und die Produktion zu behindern. Vor allem in der ersten Phase der Kampagne waren diese durchaus von Erfolg gekrönt. Unternehmen und Polizei reagierten ihrerseits mit Gegenmaßnahmen und versuchten, die Demonstrant*innen von der Fabrik fernzuhalten beziehungsweise den Arbeiter*innen den Zugang zu den Anlagen über alternative, unwegsame Wege, auch durch Felder, zu ermöglichen. Da sich die Fabrik auf freiem Feld befindet, fanden allerdings auch die Demonstrant*innen alternative Wege, sodass die Gegenmaßnahmen von Unternehmen und Polizei mitunter ins Leere liefen. Zudem gab es Versuche, den Transport der Bomben zu Häfen und Flughäfen zu behindern. Darauf reagierte das Unternehmen mit einer verstärkten Geheimhaltung der Transporte, die dadurch immer schwerer nachzuverfolgen waren.

Rechtliche Schritte

Schließlich wurden auch wichtige rechtliche Schritte gegen die Waffengeschäfte von Rheinmetall-RWM eingeleitet. Auf internationaler Ebene führte die Anprangerung der Bombardierungen des Jemen mit auf Sardinien hergestellten RWM-Rheinmetall-Bomben im Juli 2019 dazu, dass die dem Unternehmen erteilten Ausfuhrgenehmigungen gesperrt wurden. Nach dem italienischen Gesetz 185/90 ist der Export von Waffen in Kriegsgebiete eigentlich verboten. Diese Bestimmung wurde von den Regierungen jedoch fast vollständig ignoriert, sodass die Sperrung der RWM-Rheinmetall-Bomben im Jahr 2019 den ersten Fall darstellte, in dem das Gesetz 185/90 tatsächlich zur Einschränkung von Waffenexporten angewendet wurde. Im Juni 2023 wurde die Genehmigung dann von der Regierung Meloni ausschließlich für Saudi-Arabien wiederhergestellt (die Emirate hatten inzwischen darauf verzichtet), mit der Begründung, die saudischen Bombardements im Jemen seien vorübergehend eingestellt worden.

Weitere rechtliche Schritte richteten sich gegen die Erweiterung der Fabrik, die Rheinmetall-RWM unter offensichtlich rechtswidrigen Umständen vorangetrieben hatte. Seit 2018 wurden sowohl verwaltungsrechtliche Beschwerden als auch Strafanzeigen gegen das Unternehmen eingereicht, begleitet von Protestkundgebungen vor den lokalen Institutionen (Gemeinden, Regionalverwaltung, Präfektur), die die aggressive Expansion des Unternehmens stets geduldet und geschützt haben. Die Strafjustiz griff die Anzeigen teilweise auf und leitete ein Verfahren ein, in dem einigen öffentlichen Bediensteten und Führungskräften des Unternehmens geringfügigere Delikte zur Last gelegt wurden, allerdings nicht das, was ihnen von den Aktivist*innen vorgeworfen wurde. Das Verfahren wurde 2023 verhandelt und endete mit dem Freispruch aller Angeklagten. Der Weg der verwaltungsrechtlichen Klagen war lang und steinig: Eine Klage wurde 2020 in erster Instanz vom Regionalen Verwaltungsgericht Sardinien (TAR) abgewiesen; im November 2021 gab der Staatsrat ihr jedoch in zweiter Instanz statt. Das rechtskräftige Urteil erkannte an, dass die Er-

weiterung vorschriftswidrig durchgeführt worden war, ohne Umweltverträglichkeitsprüfung (VIA) und durch Aufsplitterung des Gesamtprojekts in eine Vielzahl einzelner Maßnahmen (rund hundert an der Zahl), die als voneinander getrennt und unabhängig eingereicht worden waren. Dies hatte zur Folge, dass die Inbetriebnahme der neu errichteten Abteilungen gestoppt wurde; diese Sperre dauert bis heute an.

Neue Kriege, neue Märkte

Auch wenn es uns nicht gelungen ist, die Schließung des RWM-Werks in Domusnovas-Iglesias zu erreichen, hat die Summe all dieser Aktionen eine erhebliche Krise ausgelöst. Das Unternehmen reagierte mit der Entlassung sämtlicher prekär Beschäftigten und machte sich auf die Suche nach neuen Aufträgen. Die Kriegsschauplätze, die seit 2022 hinzugekommen sind, haben ihm leider neue Absatzmöglichkeiten für sein todbringendes Geschäft eröffnet. Heute produziert und liefert das RWM-Werk große Mengen Artilleriemunition für den Krieg in der Ukraine. Zudem wurde mit dem israelischen Unternehmen Uvision Air Ltd. eine wichtige Vereinbarung über die Produktion von Killer-Drohnen (sogenannten Loitering Munition) der HERO-Serie geschlossen. Damit ist RWM-Rheinmetall inzwischen auch tief in die aggressive und genozidale Politik des israelischen militärisch-industriellen Komplexes verstrickt. Deshalb hat sich auch die Palästina-Solidaritätsbewegung der STOP-RWM-Kampagne angeschlossen und beteiligt sich mit Nachdruck an ihr.

Wie sich die Regionalregierung aus der Verantwortung zieht

Das Unternehmen wollte sich nicht einmal mit dem Abriss der unrechtmäßig errichteten neuen Werksteile abfinden. Stattdessen beantragte es 2022 bei der Region Sardinien eine nachträgliche Umweltverträglichkeitsprüfung für die bereits fertiggestellten Bauwerke (eine VIA-Ex post), um die rechtswidrig errichteten Anlagen im Nachhinein flugs zu „legalisieren“. Auch diesmal brachen die Regionalbehörden ihr Wort: Sie ließen das Verfahren zu und trieben es trotz anhaltender Proteste bis 2025 beharrlich voran. Die derzeit amtierende Regionalregierung (eine Mitte-Links-Koalition unter Führung der Fünf-Sterne-Bewegung) hat sich wiederholt gegen die Aufrüstungspolitik der EU ausgesprochen, doch als sie sich zur Rechtmäßigkeit der RWM-Erweiterung äußern musste, vermied sie eine klare Ablehnung und zog es vor, die Frist für eine Entscheidung verstreichen zu lassen. So konnte das Verwaltungsgericht Sardiniens einen Sonderbeauftragten, einen sogenannten *commissario ad acta* ernennen, der aus dem Apparat der nationalen Regierung kam und wenig überraschend die Umweltverträglichkeit der neuen Werksteile im Rheinmetall-RWM-Werk bestätigte, womit deren Inbetriebnahme nichts mehr im Wege stand.

Waffenproduktion schafft kaum Arbeitsplätze

Die Untätigkeit der regionalen Behörden führte zu einem absehbaren Ergebnis. Denn die nationale Regierung drängte seit Jahren auf die Eröffnung neuer Produktionsbereiche im RWM-Werk, die nach ihrer Darstellung dazu dienen sollten, die krisengeschüttelte Wirtschaft des Sulcis wieder anzukurbeln indem die Produktion der Stahl- und Bergbauindustrie auf den militärischen Bereich umgestellt wird. Ein absurdes Versprechen: Denn Waffenproduktion schafft kaum Arbeitsplätze, und der Fall des Rheinmetall-RWM-Werks zeigt das deutlich. Laut Jahresabschlüssen beschäftigte das Werk in Domusnovas-Iglesias im Jahr 2014 70 Beschäftigte und erzielte einen Umsatz von 40 Millionen Euro, während im Jahr 2024 bei einem versechsfachten Umsatz (ca. 230 Millionen) lediglich 102 Mitarbeiter Beschäftigte ausgewiesen wurden. Dieser lächerliche Zuwachs von rund 30 Stellen soll nun also die Lösung für die systemische Industriekrise im Sulcis sein, wo Tausende Arbeiter*innen in Kurzarbeit sind. In Wirklichkeit greift Rheinmetall-RWM systematisch auf prekäre Arbeitskräfte zurück, um den Produktionsbedarf zu decken: Hunderte Beschäftigte werden kurzzeitig über Zeitarbeitsfirmen reingeholt und ebenso schnell wieder vor die Tür gesetzt, sobald die Nachfrage nach Sprengkörpern zurückgeht.

Der Widerstand geht weiter

Müssen wir uns folglich damit abfinden, dass das Sulcis zu einem Produktions- und Testgebiet für Waffen wird? Auf keinen Fall. Der Ausgang dieses langwierigen Konflikts ist weiterhin offen. Die Protestkundgebungen gehen weiter, ebenso die Versuche, die Tätigkeit und den Ausbau des Rheinmetall-RWM-Werks auf Sardinien zu behindern. Dabei suchen sie den Schulterchluss mit den Bewegungen, die Rheinmetall in Deutschland stoppen und den Kurs der EU in Richtung Aufrüstung und Krieg blockieren wollen. Auch juristisch ist das letzte Wort noch nicht gesprochen: Ende April 2026 haben mehrere Umwelt-, Friedens- und Gewerkschaftsorganisationen die vom Sonderbeauftragten der Regierung erteilte positive Umweltverträglichkeitsprüfung angefochten, die den Weg für die Inbetriebnahme der illegal errichteten neuen Anlagen freimachen könnte. Die erste Anhörung vor dem Verwaltungsgericht ist für den 27. Mai angesetzt; vor dem Gerichtsgebäude wird es eine STOP-RWM-Demonstration geben. Der Widerstand geht weiter.

Übersetzung aus dem Italienischen durch Jacqueline Andres und Sven Wachowiak: La Resistibile ascesa di Rheinmetall – RWM in Sardegna

Rheinmetall in Osteuropa

Panzerfabriken, Munitionsproduktion und Instandsetzungswerke

von Ben Müller

Seit der proklamierten „Zeitenwende“ 2022 ist die Rheinmetall AG weltweit auf dem Vormarsch. Das Unternehmen wächst, der Aktienkurs steigt, und die produzierten Güter sorgen in ihren Einsatzgebieten für Tod und Zerstörung. Auch wenn Rheinmetall sich widerwillig von seinem Russland-Geschäft trennen musste,¹ befand sich der Konzern bereits vor 2022 in Osteuropa auf Expansionskurs. Durch den Krieg in der Ukraine und die Aufrüstung der NATO-Staaten hat sich diese Entwicklung stark beschleunigt.

Strategischer Absatzmarkt

2004 hat Rheinmetall sein erstes Werk in Osteuropa gegründet.² Die Pierburg s.r.o. in Ústí nad Labem im Nordwesten der **Tschechischen Republik** war vor allem in der Entwicklung und Herstellung von Steuerungsteilen für den Automobilbereich tätig. Zusammen mit dem benachbarten Werk in Chabařovice beschäftigt sie heute rund 400 Personen. In Trmice, in unmittelbarer Nähe der beiden Werke, befindet sich seit 2018 auch eine Tochtergesellschaft der Rheinmetall Landsysteme GmbH. Das Unternehmen möchte so die Infrastruktur der Industrieregion nutzen, um „technische und logistische Leistungen für die tschechischen Streitkräfte“ zu erbringen.³

Osteuropa wird erstmals im Rheinmetall-Geschäftsbericht 2016 als strategischer Markt für die Rüstungssparte erwähnt.⁴ In den Folgejahren nimmt dessen Bedeutung kontinuierlich zu, und 2020 wird Osteuropa sogar noch vor Großbritannien und Australien aufgeführt: „In Osteuropa werden zahlreiche NATO-Staaten in den kommenden Jahren ihre teilweise noch aus russischer Fertigung stammende Ausrüstung modernisieren und sie an die Standards im westlichen Verteidigungsbündnis anpassen. Diese Entwicklung eröffnet für Rheinmetall in den kommenden Jahren neue Chancen, sich als langfristiger Partner insbesondere bei der Ausrüstung der Heeresstreitkräfte zu etablieren.“⁵

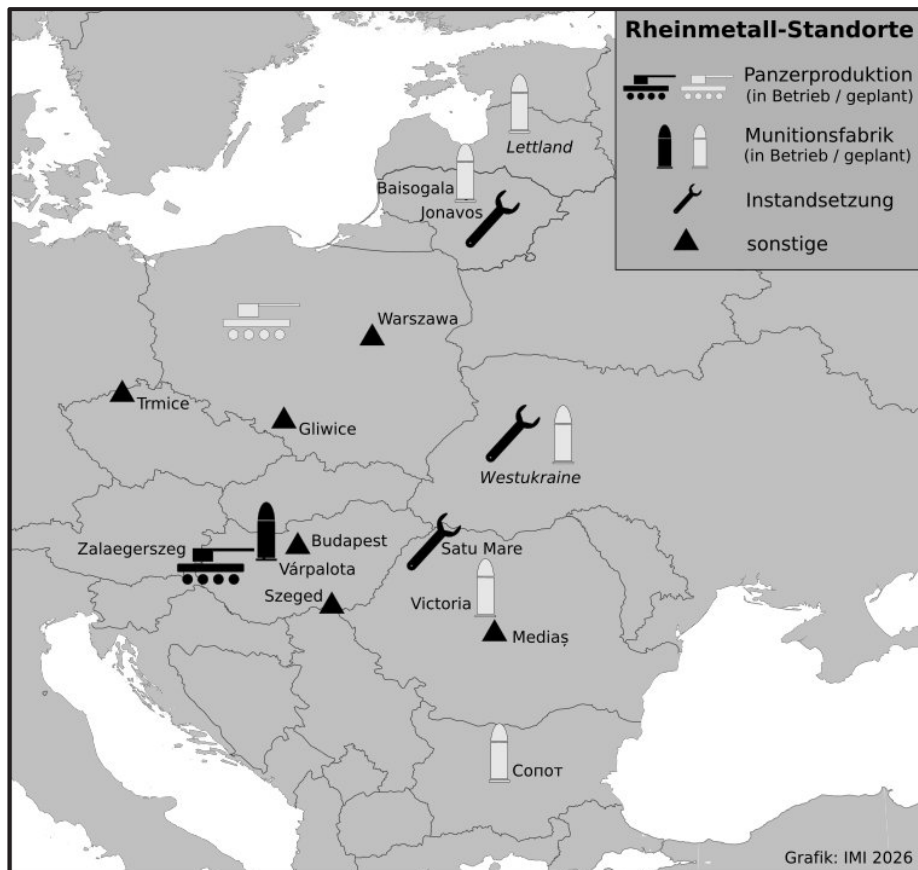
Diesen Aufschwung verdankt Rheinmetall vor allem dem ungarischen Aufrüstungsprogramm „Zrínyi 2026“.⁶ **Ungarn** hatte 2020 beschlossen, für 2 Mrd. Euro Schützenpanzer vom Typ „Lynx“ zu kaufen. Teil der Vereinba-

rung war, dass Rheinmetall dafür Produktionsanlagen in Ungarn errichtet. 2024 wurde dann der erste „Lynx“ aus „heimischer Fertigung“ an das ungarische Militär übergeben,⁷ und etwa zeitgleich konnte Rheinmetall in Ungarn eine Munitionsfabrik für die dazu passende 30mm-Munition in Betrieb nehmen.⁸ Außerdem wurde Rheinmetall von Ungarn beauftragt, den Kampfpanzer „Panther“ bis zur Serienreife zu entwickeln.⁹

Heute unterhält Rheinmetall vier Standorte in Ungarn. In Zalaegerszeg im Westen befindet sich die Produktions- und Entwicklungsstätte für den Schützenpanzer „Lynx“. Zu dem 33 Hektar großen Firmengelände gehört auch eine Testanlage für Ketten- und Radfahrzeuge inklusive Schießkanal. Das Werk ist für bis zu 350 Beschäftigte ausgelegt. Die Munitionsfabrik liegt weiter östlich in Várpalota und umfasst ein 150 Hektar großes Gelände. Mit rund 200 Beschäftigten will Rheinmetall hier neben der Munition für den „Lynx“ auch Artilleriegranaten und andere Geschosse herstellen. In Kooperation mit der ungarischen IT-Firma 4iG baut Rheinmetall außerdem ein Software-Entwicklungszentrum in Budapest auf.¹⁰ Und Ende 2025 wurde in Szeged ein Werk eröffnet, das die wehrtechnischen und zivilen Aktivitäten des Konzerns unter einem Dach vereinigt.¹¹

Profite aus dem Ukraine-Krieg

Seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine 2022 profitiert Rheinmetall von dem andauernden Gemetzel und sorgt durch die kontinuierliche Lieferung von Waffen und Munition dafür, dass Krieg und Zerstörung weitergehen können. Bereits im ersten Kriegsjahr hat Rheinmetall in sog. „Ringtausch“-Geschäften Panzer vom Typ „Leopard 2“, „Büffel“ und „Marder“ sowie militärische Lkw an Tschechien, die Slowakei, Griechenland und Slowenien geliefert, damit diese Staaten aus ihren Beständen Militärmaterial abgeben können, mit dem die Ukraine bereits vertraut ist.¹² Diese Lieferungen, die Rheinmetall gleichzeitig neue Absatzmärkte in den belieferten Ländern erschlossen, wurden durch die Bundesrepublik Deutschland finanziert.



Neben den Ringtausch-Geschäften beliefert Rheinmetall die **Ukraine** aber auch direkt. Bis Oktober 2024 wurden insgesamt rund 200 Gefechtsfahrzeuge geliefert, darunter viele „Marder“-Schützenpanzer, die von der Bundeswehr ausgemustert und von Rheinmetall überholt wurden.¹³ Hinzu kommen ein Feldhospital, mobile Rettungstationen, automatisierte Aufklärungssysteme, Flugabwehr und große Mengen an Munition. Rheinmetall bezeichnet sich selbst als „die einzige Lieferquelle für die Versorgung der ukrainischen Streitkräfte mit größeren Stückzahlen neuer Mittel- und Großkalibermunition“.¹⁴ Von der 155mm-Artilleriemunition, die in der Ukraine massenhaft verschossen wird, kosten mehrere zehntausend Geschosse bereits einen dreistelligen Millionenbetrag.¹⁵

In einem Interview mit der Rheinischen Post hatte Rheinmetall-Chef Armin Papperger im März 2023 in Aussicht gestellt, eine Panzerfabrik in der Ukraine zu errichten. Für rund 200 Mio. Euro könnten dort jährlich bis zu 400 Kampfpanzer vom Typ „Panther“ gebaut werden. Gleichzeitig rechnete er vor, die Ukraine brauche 600 bis 800 Panzer für einen Sieg, so dass die Produktion schnell anlaufen solle.¹⁶ Das im Oktober 2023 gegründete Joint Venture Rheinmetall Ukrainian Defense Industry LLC kümmert sich aber vorerst nur um Wartung und Instandsetzung des Bestands. Dazu wurde im Juni 2024 an einem nicht genannten Ort in der Westukraine ein Instandsetzungswerk für „Marder“-Schützenpanzer eröffnet.¹⁷ Auch die US-Schützenpanzer „Bradley“, die von den ukrainischen Streitkräften eingesetzt werden, sollen in Zukunft „näher an den Einsatzgebieten“ repariert werden.

Rheinmetall wurde 2025 beauftragt, dafür Verfahren zur Schadensbewertung und -reparatur zu entwickeln,¹⁸ um beschädigtes Gerät schnell wieder auf dem Schlachtfeld verfügbar zu haben. In der Ukraine soll außerdem eine Produktionsstätte für 155mm-Artilleriegranaten entstehen. Das Werk, das Rheinmetall zusammen mit einem ukrainischen Partner betreiben will, soll pro Jahr bis zu 200.000 Geschosse inklusive entsprechender Treibladungen herstellen.¹⁹

Panzer und Munition für die NATO-Ostflanke

Ähnlich wie in Ungarn und perspektivisch vielleicht auch in der Ukraine möchte Rheinmetall auch in **Polen** in die Fertigung von Panzern einsteigen. Bereits seit 2016 ist Rheinmetall an zwei Standorten in **Polen** präsent. In Warschau befindet sich ein Verbindungsbüro und in Gliwice ein Werk, das Rheinmetall in Kooperation mit dem polnischen Rüstungsunternehmen ZMBL nutzt, um Polens „Leopard 2“-Panzer zu modernisieren.²⁰ In einer 2025 unterzeichneten Absichtserklärung kündigt Rheinmetall zusätzlich den Bau von gepanzerten Unterstützungsfahrzeugen in Polen an. In einem noch zu gründenden Joint Venture sollen Bergepanzer, gepanzerte Minenräumer und Brückenlegefahrzeuge hergestellt werden.²¹

Seit 2022 ist Rheinmetall auch in **Litauen** vertreten. Die UAB „Lithuania Defense Services“ (LDS) ist ein Joint Venture von Rheinmetall und der deutsch-französischen Panzerschmiede KNDS, das in Jonava ein Wartungszentrum für Gefechtsfahrzeuge betreibt. Das Werk ist nur wenige Kilometer von Rukla entfernt, dem größten

Militärstandort Litauens. Neben den litauischen Mannschaftstransportern „Vilkas“ soll es auch die Gefechtsfahrzeuge der von Deutschland geführten Litauen-Brigade instandsetzen, die teilweise ebenfalls in Rukla stationiert ist.²² LDS soll außerdem im Auftrag von KNDS in Kaunas die Montage moderner „Leopard 2“ für Litauen übernehmen.²³

Mit einem anderen Joint Venture baut Rheinmetall zurzeit eine Munitionsfabrik in Litauen. In Baisogala soll auf einem 340 Hektar großen Gelände ab 2027 Artilleriemunition des Kalibers 155mm produziert werden. Das Werk ist für bis zu 150 Beschäftigte geplant und soll pro Jahr mehrere zehntausend Geschosse herstellen. Laut Pressemitteilung will Papperger damit einen Teil zur „Einsatzbereitschaft [...] an der Ostflanke der NATO“ beitragen.²⁴ Anscheinend rechnet Rheinmetall mit einem massiv steigenden Munitionsbedarf an der NATO-Ostflanke, weswegen der Konzern 2025 auch den Bau von drei neuen Munitionsfabriken in Lettland, Bulgarien und Rumänien angekündigt hat.

Die Produktionsanlage in **Lettland** soll als Joint Venture mit der lettischen State Defence Corporation betrieben werden. Ähnlich wie in Baisogala sollen dort ab 2027 mit rund 150 Beschäftigten mehrere zehntausend Stück Artilleriemunition pro Jahr hergestellt werden.²⁵ Das in **Bulgarien** im Raum Sopot entstehende Werk ist für eine größere Produktionskapazität ausgelegt. Etwa 1.000 Menschen sollen dort pro Jahr rund 100.000 Artilleriegranaten, Treibladungen für bis zu 150.000 Geschosse und rund 1.300 Tonnen Treibladungspulver herstellen. Die Produktion der Geschosshüllen soll 2027 starten.²⁶ Auch in **Rumänien** plant Rheinmetall ein Werk für Treibladungen und Treibladungspulver. Das Joint Venture Rheinmetall Victoria SA soll am gleichnamigen Standort etwa 700 Personen beschäftigen. Als Produktionskapazität werden rund 300.000 modulare Treibladungen sowie 200 Tonnen Treibladungspulver angegeben. Die Pressemitteilung hebt hervor, dass Rheinmetall damit auch seine „Präsenz an der NATO-Ostflanke“ stärken.²⁷

Fazit: Blutige Geschäfte

Rheinmetall profitiert unmittelbar von den blutigen Kämpfen in der Ukraine. Die Instandsetzung von Panzern und die Lieferung von Waffen und Munition befeuern den Krieg und sorgen dafür, dass weiterhin Infrastruktur zerstört, Ortschaften verwüstet und Menschenleben ausgelöscht werden. Rheinmetall setzt dabei sowohl auf die Steigerung der Produktionsmenge als auch auf die Verkürzung der Lieferwege und baut neue Waffen- und Munitionsfabriken direkt an der Ostflanke der NATO. Vielleicht wünscht sich die Managementebene des Konzerns einen größeren Krieg mit Russland. Für ihre blutigen Geschäfte wäre das auf jeden Fall profitabel.

Anmerkungen

- 1 2014 stoppte die deutsche Bundesregierung den Export von Bauteilen für mehrere Gefechtsübungszentren nach Russland, woraufhin Rheinmetall erfolglos Schadensersatz forderte. Vgl. Arnd Henze: Geplatze Milliardenträume, 3.3.2024, tagesschau.de.
- 2 Rheinmetall: About us – Our Pierburg, pierburg.cz.
- 3 Rheinmetall Česká Republika s.r.o., rheinmetall.com.
- 4 Rheinmetall AG: Geschäftsbericht 2016, 23.3.2017, S.31.
- 5 Rheinmetall AG: Geschäftsbericht 2020, 18.3.2021, S.36.
- 6 Vgl. Martin Kirsch: Ungarische Aufrüstungspolitik, IMI-Analyse 2021/33, 9.7.2021, imi-online.de.
- 7 Pressemitteilung: Rheinmetall übergibt den ersten Lynx aus ungarischer Fertigung, 26.7.2024, rheinmetall.com.
- 8 Pressemitteilung: Feierliche Übergabe der neuen Munitionsfabrik in Ungarn, 30.7.2024, rheinmetall.com.
- 9 Pressemitteilung: Rheinmetall erhält Entwicklungsauftrag von Ungarn für den Kampfpanzer Panther KF51, 15.12.2023, rheinmetall.com.
- 10 Pressemitteilung: Rheinmetall erschließt sich neue Technologiefelder, 25.11.2021, rheinmetall.com.
- 11 Pressemitteilung: Rheinmetall eröffnete neues Hybridwerk in Szeged in Ungarn, 19.12.2025, rheinmetall.com.
- 12 Pressemitteilungen: Ringtausch: Rheinmetall liefert Kampfpanzer Leopard 2 und Bergepanzer Büffel an Tschechien, 11.10.2022, rheinmetall.com, Ringtausch: Rheinmetall liefert Slowakischer Republik Kampfpanzer Leopard 2 A4, 16.11.2022, rheinmetall.com, Ringtausch: Rheinmetall liefert Schützenpanzer Marder an Griechenland, 23.11.2022, rheinmetall.com, Ringtausch: Rheinmetall liefert hochmoderne Wechsellader-Lkw an Slowenien, 14.12.2022, rheinmetall.com.
- 13 Pressemitteilung: Lieferung weiterer Marder Gefechtsfahrzeuge an Ukraine, 25.10.2024, rheinmetall.com.
- 14 Rheinmetall: Ein starker Partner an der Seite der Ukraine, 10.2.2025, rheinmetall.com.
- 15 Pressemitteilung: Abruf aus Rheinmetall-Rahmenvertrag: Ukraine erhält Artilleriemunition, 18.12.2023, rheinmetall.com.
- 16 Rüstungskonzern: Rheinmetall will Panzerfabrik in der Ukraine bauen, 7.3.2023, deutschlandfunk.de.
- 17 Pressemitteilung: Rheinmetall Ukrainian Defense Industry Repair Hub, 11.6.2024, rheinmetall.com.
- 18 Pressemitteilung: American Rheinmetall erhält Auftrag im Wert von 31 MioUSD zur Schadinstandsetzung des Bradley Schützenpanzers, 30.10.2025, rheinmetall.com.
- 19 Martin Murphy, Roman Tyborski: Produktion von Artilleriemunition in der Ukraine in Planung, 20.2.2024, handelsblatt.com.
- 20 Rheinmetall Polska Sp. z o.o., rheinmetall.com.
- 21 Pressemitteilung: Polska Grupa Zbrojeniowa S.A. und Rheinmetall unterzeichnen strategische Vereinbarung über Unterstützungsfahrzeuge, 13.10.2025, rheinmetall.com.
- 22 Pressemitteilung: Rheinmetall und KMW gründen Joint Venture zur Wartung von NATO-Fahrzeugen im Baltikum, 8.6.2022, rheinmetall.com.
- 23 Pressemitteilung: KNDS erweitert seine LEOPARD 2 Produktion mit neuem Werk in Litauen, 11.12.2025, knds.com.
- 24 Pressemitteilung: Spatenstich für Munitionswerk in Litauen, 4.11.2025, rheinmetall.com.
- 25 Pressemitteilung: Lettland bestellt Munitionsfabrik von Rheinmetall, 25.9.2025, rheinmetall.com.
- 26 Pressemitteilung: Rheinmetall und VMZ gründen Joint Venture in Bulgarien, 28.10.2025, rheinmetall.com.
- 27 Pressemitteilung: Rheinmetall und Rumänien produzieren gemeinsam Treibladungspulver, 3.11.2025, rheinmetall.com.

Rheinmetall verdient mit Grenzschutz

von Jacqueline Andres

In den letzten Jahrzehnten konnte Rheinmetall mit Migrationsbekämpfung millionenschwere Projekte an Land ziehen. Das Rüstungsunternehmen produziert u.a. für den Grenzschutz und liefert Überwachungsequipment – auch außerhalb der EU. Der Konzern ist damit ein zentraler Akteur, der stetigen Militarisierung von Migration und verwandelt nicht nur damit ganze Grenzregionen in Testräume militärischen Geräts.

Rheinmetall militarisiert den Grenzschutz

Lange war es für Rüstungsunternehmen in der Zeit nach dem Kalten Krieg hilfreich, durch die Deklaration von Produkten für die Migrationsabwehr Gelder von der EU für die Forschung, Entwicklung und den Verkauf akquirieren zu können. Rheinmetall profitierte hiervon, wie u.a. Mark Akkerman in seiner 2018 veröffentlichten Studie „Expanding the Fortress“ für das Transnational Institute in Amsterdam hervorhob.¹ So setzen Algerien und Jordanien seit mehr als zehn Jahren Rheinmetall Panzer des Typs Marder und Fuchs (an den Grenzen) ein – zur Bekämpfung von Terrorismus und zur Sicherung der Grenzen.² Der Grenzschutz in Turkmenistan nutzt ebenfalls seit mehr als zehn Jahren das gepanzerte Sonderfahrzeug Survivor von Rheinmetall.³

EU finanziert die Migrationsabwehr

Die EU-Ausgaben für Grenzsicherungstechnologien steigen – so verdreifachte sich der Betrag, den der EU-Haushalt von 2028 - 2032 für die Bereiche Migration und innere Sicherheit bereitstellt und liegt nun bei 81 Mrd. Euro.⁴ Wohin die Militarisierung des EU-Grenzregimes technologisch führt, zeigt eine Pressemitteilung von Frontex, die erklärt, auf welche Schlüsselbereiche Frontex seinen Fokus legt: fortschrittliche Überwachungsplattformen (u.a. Drohnen und Hochfliegende Plattformsysteme, wie z.B. Solarsegler, stratosphärische Ballons oder Luftschiffe), die wachsende Nutzung von Satelliten zur Datenübertragung, Multisensoren-Netzwerke, autonome Systeme und KI basierte Anwendungen zur Auswertung der Daten – für Frühwarnsysteme.⁵ Dies sind Bereiche, die auch bei Rheinmetall eine wachsende Rolle spielen, nicht zuletzt für die Drohnenerkennung und -abwehr u.a. in der Ukraine.

Aktuell stattet Rheinmetall den ukrainischen Grenzschutz aus. Erst im April 2025 trafen sich hierfür Mitarbeiter*innen und der Generaldirektor von Rheinmetall

Landsystems GmbH mit dem ukrainischen Grenzschutz zu einem Arbeitstreffen in der Ukraine. Ziel war es, zu erfahren, was von Rheinmetallprodukten benötigt wird.⁶

Zusammen mit dem estländischen Unternehmen DefSECIntel stattet Rheinmetall die Ukraine bereits mit dem SurveilSPIRE Überwachungssystem aus. Dieses automatisierte Überwachungssystem besteht aus mobilen Türmen, die auf mitgelieferten Fahrzeugen montierbar sind und über eine tag- und nachtsichtsfähige Kameraüberwachung verfügen, sowie über autopilotgesteuerte Mini-Aufklärungsdrohnen, die für Patrouillen- oder Missionsflüge ausschwärmen und einem mobilen Kontrollsystem, indem die gesammelten Daten via Funk (4G oder Starlink) zusammgeführt und ausgewertet werden. Das Überwachungssystem ist zudem mit Solarzellen ausgestattet, wodurch es unabhängig von einer Stromversorgung ist.⁷

Grenzgebiet wird zum Testfeld

Die Militarisierung der Migrationskontrolle verwandelte die Grenzregionen in Räume, in denen militärisches Gerät zum Einsatz kam und auch getestet werden konnte, so ermöglichte der Einsatz von Drohnen zur Migrationsüberwachung im Mittelmeer und über Libyen europäischen Militärs und Polizeibeamten*innen, Drohnenflüge durchzuführen, die in der EU im zivilen Raum nicht leicht umsetzbar sind. Es liegt nahe, dass Rheinmetall auch den Krieg in der Ukraine nutzt, um neue Technologien zu testen, die zukünftig sowohl für die Grenzsicherung als auch für das Gefechtsfeld nützlich und vermarktbare sein werden – und damit auch lukrativ.

Anmerkungen

- ¹ Mark Akkermann: Expanding the fortress, tni.org, 11.5.2018
- ² Jacqueline Andres: Rheinmetall und der menschenfeindliche Grenzschutz, IMI-Standpunkt 2019/05, 25.11.2019.
- ³ Rheinmetall's MAN-at-arms, on a crimefighting mission, Motor India Online, 23.2.2022.
- ⁴ Europa schützen, Europäische Kommission.
- ⁵ Frontex and 16 EU science chiefs stress the role of research in future-proofing Europe's borders, Frontex, 30.4.2026.
- ⁶ Head of the State Border Guard Service Holds Working Meeting with General Director of Rheinmetall Landsysteme GmbH, Government Website of Ukraine, 10.4.2025.
- ⁷ Rheinmetall liefert automatisierte Aufklärungssysteme an die Ukraine, Rheinmetall.com, 28.2.2023.

Rheinmetall organisiert den Aufmarsch nach Osten

Convoy Support Center (CSC) und der Operationsplan Deutschland

von Jonathan Jokisch

Ein zentraler Aspekt der gegenwärtigen Kriegsvorbereitungen besteht in der schnellen Verlegung von Truppen an die Grenze zu Russland. In diesem Zusammenhang ist die zentrale Lage Deutschlands in Europa, zwischen Alpen und Ostsee und als einzige Landverbindung nach Skandinavien, von entscheidender Bedeutung für die NATO.

Für eine möglichst reibungslose Verlegung Richtung Osten ist der „Operationsplan Deutschland“ zuständig¹ – um welche Dimensionen es dabei geht, lässt sich bei der Bundeswehr nachlesen: „Entsprechend der Planungen der NATO müssen hierbei Hunderttausende Soldatinnen und Soldaten mit unterschiedlichen Bereitschaftsgraden durchgängig logistisch und medizinisch versorgt sowie geschützt werden. [...] Dies umfasst Unterstützungsleistungen bei Schutz und Sicherung, Verkehrsleitung, Transport und Umschlag auf Straße, Schiene sowie in See- und Flughäfen, Unterbringung und Verpflegung, Betankung und Instandhaltung, medizinischer Versorgung bis hin zur Rechtsberatung.“² Kurz gefasst: Deutschland wird Autobahn, Bahnlinie und Hafen für die Verlegung von unzähligen Armeen sein.

Zivil-militärische Raststätten

Ein großer Teil der Erfordernisse wird durch die Convoy Support Center (CSC) – militärische Raststätten - gewährleistet. Sie können in der Regel mindestens die Verpflegung und das Auftanken ermöglichen, aber stellen häufig auch Schlafräume und Reparaturmöglichkeiten für die Fahrzeuge bereit. Umgeben sind diese Gelände von Sicherheitspersonal, das vor Sabotage oder Spionage schützen soll.³

Mit dem Beginn des Krieges in der Ostukraine rückte die Logistik für einen Krieg an der Ostfront und damit auch die Rolle Deutschlands als Drehscheibe in den Vordergrund der NATO-Planungen. Seitdem wird der Ausbau der Convoy Support Center (CSC) vorangebracht. Der erste konkrete Schritt erfolgte bereits im Zuge der Durchführung der Großübung „Defender Europe 20“, in deren

Rahmen 37.000 Soldaten aus der ganzen NATO in kürzester Zeit an die Ostfront verlegt werden sollten. Das umfangreiche Großmanöver wurde zwar im Zuge der Covid-Lockdowns verkleinert, trotzdem waren allein 1.200 Bundeswehrsoldaten im Einsatz, um Convoy Support Center einzurichten und zu betreiben.⁴ Spätestens bei diesem großen Personalaufwand nur für die Versorgung der durchreisenden Truppen hat sich die Bundeswehr dafür entschieden, dass sie ihre Soldaten eher an der Front im Osten braucht als im eigenen Land, um die Logistik zu organisieren.

Vier Jahre später führte die Bundeswehr das erste Großmanöver durch, bei dem sie ein CSC mit zivilen Organisationen einrichtete. In Alsfeld in Hessen band das Territorialkommando Hessen die Feuerwehr und das THW in die Umsetzung eines CSC ein. Nach diesem Testlauf zur Einbindung von zivilen Firmen wurde wenige Monate später eine Ausschreibung für zivile CSC veröffentlicht⁵. Mit 220 bis 260 Mio. Euro sollte der Betrieb von mehreren CSCs von 2025 bis 2027 (mit zwei Verlängerungsoptionen bis Ende 2029) bezahlt werden. Die Aufgaben umfassen auch hier die Bereitstellung von Verpflegung, Sanitäreinrichtungen, Betankung und Sicherung des Geländes. Die hohen Anforderungen in der Ausschreibung, etwa der Nachweis eines Sicherheitsbescheid vom Wirtschaftsministerium, führten dazu, dass die Rheinmetall AG als vertrauter Partner der Bundeswehr für den Auftrag ausgewählt wurde.

Sichtlich erfreut, den Auftrag an Land gezogen zu haben, schrieb Rheinmetall in einer Pressemitteilung: „Der Konzern erweitert sein Portfolio damit um den Bereich der logistischen Unterstützung bei der Verlegung von Kräften. [...] Mit dem Auftrag übernimmt die Rheinmetall Project Solutions GmbH als erster industrieller Partner im Rahmen des ‚Operationsplans Deutschland‘ der Bundeswehr die Aufgabe des Aufbaus und des Betriebs von Rast- (Convoy Support Center – CSC) und Sammelräumen entlang von Marschrouten.“⁶



Foto von Filip Andrejevic über Unsplash.

CSC-Übungen

Beim Manöver „Quadriga 2025“ wurde dann im August und September 2025 mit 8.000 Soldaten der Bundeswehr und unter Beteiligung von 13 weiteren Staaten „unter den Bedingungen Krise und Krieg“ die „Verlegung von Truppen und Gerät auf dem See-, Land- und Luftweg nach Litauen“ geübt.⁷ Im Rahmen des Quadriga-Teilmanövers „Grand Eagle“ wurde dabei das erste vollständig „zivile“ CSC von Rheinmetall betrieben. Der Rastplatz wurde innerhalb von 14 Tagen errichtet und war in der Lage, 500 SoldatInnen gleichzeitig mit Essen, Duschen und Diesel für ihre Fahrzeuge zu versorgen.⁸ In der Manöverbeschreibung zitiert die Bundeswehr den Rheinmetall-Mitarbeiter Sascha T. zur Leistungsbeschreibung des Unternehmens: „Für den Aufbau eines CSCs brauchen wir knapp zwei Wochen. [...] Grundsätzlich hängt das aber immer davon ab, welche Leistungselemente benötigt werden. [...] Wir können Unterkünfte bereitstellen und betreiben, kümmern uns um Sanitäreinrichtungen und Verpflegungseinrichtungen sowie den Betrieb von Verkaufseinrichtungen und Betankungsmöglichkeiten. [...] Natürlich können wir uns auch um die Energieversorgung, die Abfallentsorgung und um jegliche Bewachungsdienstleistungen kümmern.“⁹

Bemerkenswert ist, dass die hohe Summe von 220-260 Mio. Euro für die Convoy Support Center ausgegeben werden soll. Das ist eine Dienstleistung, die bisher durch einfaches Biwakieren oder Schlafen in den vorhandenen Kasernen gelöst wurde.

Zudem zeigt die vollständige Auslagerung ganzer CSC an zivile Firmen, dass das Verteidigungsministerium an ein Industrieunternehmen eine Kernaufgabe der Bundeswehr abgibt. Diese Privatisierung von Aufgaben im Krieg ist eine seit einigen Jahrzehnten in den USA beobachtete Praxis. Dort wurde der Krieg des Staates zu einem privatwirtschaftlichen Investitionsobjekt gemacht. Eine Folge davon ist, dass Konzerne, die direkt von einem Krieg profitieren, in der Politik immer größeren Einfluss gewinnen.

Anmerkungen

- ¹ Siehe zum OLAN Kirsch, Martin: Operationsplan Deutschland. Was Militärs und Behörden für die Heimatfront planen, in: AUDRUCK (März 2026), S. 21-23.
- ² Operatives Führungskommando der Bundeswehr: Operationsplan Deutschland. Ein militärisches Kernelement an der Gesamtverteidigung, bundeswehr.de, o.J.
- ³ Convoy Support Center, bundeswehr.de, 23.9.2025.
- ⁴ Wienand, Lars: Hunderte US-Panzer rollen durch Deutschland, t-online.de, 14.1.2020.
- ⁵ Wiegold, Thomas: Planungen für NATO-Aufmarsch durch Deutschland: 260 Mio Euro für zivile Dienstleister, augengeradeaus.net, 16.7.2024.
- ⁶ Rheinmetall: Rheinmetall wird Full-Service-Partner der Bundeswehr bei der Verlegung von Kräften – sowie im Bündnisfall, Pressemitteilung, 19.2.2025.
- ⁷ Quadriga 2025, bundeswehr.de, o.J.
- ⁸ Wie Rheinmetall in 14 Tagen mobile Kasernen aufbaut, handelsblatt.de, 9.9.2025.
- ⁹ Grand Eagle 2025: Erstes zivil betriebenes Convoy Support Center im Testbetrieb, bundeswehr.de, 23.9.2025.

Im Schatten des Rüstungsbooms

Kritischer Blick auf die Aktionärsversammlung von Rheinmetall

von Charlotte Kehne

Die weltweite Hochrüstung beschert der Waffenindustrie Einnahmen in Rekordhöhe. 23 der 26 größten europäischen Rüstungsunternehmen verzeichnen laut dem Friedensforschungsinstitut SIPRI steigende Umsätze; die Rheinmetall AG sogar einen gravierenden Anstieg um 47 Prozent.¹ Die Rüstungsindustrie gilt mittlerweile Vielen gar als Retter einer schwächelnden deutschen Wirtschaft. Die Schattenseiten der Branche geraten darüber schnell aus dem Blick. Deshalb braucht es eine Zivilgesellschaft, die genau hinschaut – zum Beispiel als Kritische Aktionärinnen und Aktionäre.

Wer auch nur eine Aktie eines Unternehmens besitzt oder diese vertritt, hat ein Rede-, Frage- und Stimmrecht auf dessen jährlichen Hauptversammlungen. Diesen Umstand machen sich die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zunutze und kaufen Aktien (beziehungsweise bitten um Stimmrechtsübertragungen), um Vorstand und Aufsichtsrat öffentlich mit ihren Forderungen zu konfrontieren. In Redebeiträgen und Gegenanträgen holen sie so die Schattenseiten der Konzerne ans Licht. Ohne Rüstung Leben ist Mitglied im Dachverband Kritische Aktionärinnen und Aktionäre und seit Anfang der 1990er-Jahre aktiv dabei. Bis heute sind wir jedes Jahr gemeinsam mit Partnerorganisationen bei Hauptversammlungen von Rüstungsunternehmen präsent. In diesem Jahr fokussierten wir uns auf Daimler Truck (6. Mai), Hensoldt (22. Mai) und Deutschlands Rüstungsprimus Rheinmetall (12. Mai 2026).

Rheinmetall ist einer der größten Profiteure der sogenannten Zeitenwende. Sie ermöglicht es dem Konzern, zum großen Systemhaus zu wachsen, das bei Geschäften für alle Dimensionen mitmischen will: zu Land, Luft, See, im Weltraum und Cyberspace. Seine rasante Wachstumsstrategie bekräftigte der Konzern abermals auf seiner Hauptversammlung 2026. Mit seiner Vision 2030 plant der Konzern einen Umsatz von 50 Milliarden Euro im Jahr 2030. 2025 belief sich der Umsatz des Defence-Geschäfts von Rheinmetall auf 10 Milliarden Euro, bereits heute hat sich dieser seit 2021 somit verdoppelt.

Fern jeder Kontrolle

Während Rheinmetall gerne über seine Geschäfte mit der Bundeswehr oder der Ukraine spricht, vertritt der Konzern andere Geschäftsbereiche bei Weitem nicht ebenso öffentlichkeitswirksam. Deshalb haben wir auf der Hauptversammlung 2026 nachgehakt. Denn selbst die vollen Auftragsbücher zuhause halten Rheinmetall nicht davon ab, die Internationalisierungsstrategie weiter voranzutreiben. So nutzt der Konzern sein südafrikanisches Tochterunternehmen RDM weiterhin, um nicht nur Munition, sondern auch Produktionsmaschinen bis hin zu ganzen Munitionsfabriken in die ganze Welt zu exportieren. Der Schwerpunkt liegt dabei – neben Südafrika – auf Asien, dem Mittleren Osten und Südamerika.² Wohin genau, bleibt weiterhin unklar, denn auf unsere Fragen zu den Empfängerländern des südafrikanischen Tochterunternehmens zog sich der Vorstand auf die Position zurück, dass aus vertraglichen Gründen nichts zu den Kunden gesagt werden dürfe, auch weil die Kunden dies nicht wollten.

Manchmal sind diese Kunden jedoch durchaus auskunftsfreudiger. Medienberichten zufolge soll RDM an ein indonesisches Rüstungsunternehmen Maschinen zur Herstellung von Geschossen geliefert haben – laut Kundenangaben ohne Auflagen für den Export der damit hergestellten Geschosse.³ RDM lieferte in den vergangenen Jahren sogar ganze Munitionsfabriken nach Saudi-Arabien, Ägypten und in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Damit gibt Rheinmetall jegliche Form der Kontrolle aus der Hand und scheint keine Hemmung zu haben, selbst Autokraten und brutalen Herrschern beim Aufbau eigener Rüstungskapazitäten zu helfen.

Indien als lukrativer Markt

Auch in Indien soll Rheinmetall die Strategie verfolgen, Anlagen zu liefern, die eine eigenständige Produktion vor Ort erlauben. Das südafrikanische Joint-Venture soll auch dorthin Medienberichten zufolge Anlagen zum Test und zur Herstellung von Munition liefern; die Produktion vor



Ort soll über das indische Rüstungsunternehmen SMPP laufen.⁴ Indien ist für Rheinmetall offensichtlich ein attraktiver Markt. Zumal eine verstärkte Rüstungskoope- ration zunehmend politisch flankiert wird. Die Bundesre- gierung hofft, das Land durch erleichterte Exporte von Russland zu lösen. Angesichts der großen militärischen Abhängigkeit Indiens von Russland und einer strategi- schen Autonomiepolitik Delhis, erscheint diese Hoffnung jedoch unrealistisch und riskiert vielmehr eine Aushöh- lung internationaler Normen.⁵ Denn die Kooperation ist aus unterschiedlichen Aspekten heraus kritisch zu bewer- ten. Vor dem Hintergrund bestehender Kriterien für den Export von Rüstungsgütern ist Indien ein problematisches Empfängerland. Es liegt beispielsweise im ständigen Konflikt mit zwei Atommächten, auch bestehen bewaff- nete Konflikte in mehreren Bundesstaaten. Zudem strebt Indien danach, Waffenexporte auszubauen, ist aber nicht einmal Teil des Arms Trade Treaty (ATT), der Mindest- standards für den Waffenhandel formuliert. Die Strategie, Anlagen nach Indien zu liefern, die eine eigenständige Produktion vor Ort erlauben, ist eine fahrlässige Ge- schäftsstrategie. Denn was mit der Munition passiert, die mit Rheinmetall-Anlagen vor Ort produziert werden soll, ist nicht mehr kontrollierbar. Dabei darf nicht in Verges- senheit geraten, dass Indien auch mit Russland enge Be- ziehungen pflegt. Über den aktuellen Stand der Koopera- tion äußerte sich der Vorstand auf der Hauptversammlung nicht; über einzelne Länder sei keine Aussage möglich.

USA: Völkerrechtswidriger Krieg als Potenzial

Bereits im letzten Jahr warnten wir, dass der Einstieg Rheinmetalls in die US-amerikanische Rüstungsprodukti- on enorme Risiken birgt und bekräftigten auf der Haupt- versammlung 2026 diese Warnung erneut. Angesichts der politischen Unberechenbarkeit der Trump-Administration bleibt völlig offen, wie, wo und zu welchen Zwecken die von Rheinmetall mitproduzierten Güter künftig zum Ein- satz kommen. Dass die Trump-Administration ein durch- aus risikobehafteter Partner ist, zeigt sich einmal mehr im

Iran-Krieg. Doch für Rheinmetall stellt dies augenschein- lich kein Risiko dar, sondern vielmehr ein Geschäftspo- tential! Während der Angriff der USA auf den Iran von Expert*innen als klar völkerrechtswidrig benannt wird, heißt es in der Präsentation der Bilanzpressekonferenz: „Rheinmetall ist in einer hervorragenden Position, um die USA bei der Auffüllung ihrer Raketenvorräte zu unter- stützen, bspw. durch die Lieferung kritischer Raketenmo- toren“⁶. Auf unsere Frage hin, inwiefern Rheinmetall zu der Position gekommen ist, dass eine Belieferung der USA angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffs auf den Iran keine Risiken im Hinblick auf unternehmerische Sorgfaltspflichten in puncto Menschenrechte und Völker- recht beinhaltet, antwortete der Vorstand lapidar: Unge- achtet aktueller Diskussionen sei die USA weiterhin NA- TO-Partner und alle Regeln würden eingehalten.

Die genannten Entwicklungen zeigen: Rheinmetall entwickelt sich zum globalen Waffenproduzenten ohne Grenzen - bereit, die Nachfrage überall dort zu bedienen, wo der Preis stimmt. Und auch wenn sich Rheinmetall gerne als Kämpfer für Demokratie und Freiheit präsent- ert, zeigen Geschäfte mit Autokraten und/oder mens- chen- und völkerrechtsverletzende Staaten einmal mehr, um was es Rheinmetall schlussendlich geht: um's Ge- schäft.

Zum Weiterlesen: In unserem Briefing Im Schatten des Rüstungsbooms stellen wir diese und weitere Kritikpunk- te – auch zu Daimler Truck und Hensoldt – umfassend dar: www.ohne-ruestung-leben.de.

Anmerkungen

- ¹ SIPRI Top 100 arms producers see combined revenues surge, SIPRI, 1.12.2025.
- ² Rheinmetall Denel Munition Ltd., Rheinmetall.com.
- ³ Attila Kalman/Nico Schmidt, Die diskreten Geschäfte von Rheinmetall, Die Zeit, 4.3.2025.
- ⁴ Ebd.
- ⁵ GKKE Rüstungsexportbericht 2025.
- ⁶ Rheinmetall Bilanzpräsentation 2025, 11.3.2026.

Rheinmetall Entwaffnen!

Kämpferisch gegen den Militarismus – Bericht und Ausblick

Bündnis Rheinmetall Entwaffnen

Das Camp unseres antimilitaristischen Bündnisses in Köln 2025 war das größte, welches wir jemals veranstaltet haben. Zu Hochzeiten waren an die 2.000 Menschen auf dem Gelände, an Aktionen beteiligten sich Hunderte, und auf der antimilitaristischen Parade, die den krönenden Abschluss unseres Camps bilden sollte, fanden sich über 3.500 antimilitaristisch gesinnte Menschen und Friedensbewegte ein.

Für rund eine Woche war unser Camp im Kölner Grüngürtel ein Ort sichtbaren Widerstands gegen den scheinbar so alternativlosen Kriegskonsens. Dass dieser nicht so fest im Sattel sitzt wie manchmal befürchtet, zeigten uns die Reaktionen der Anwohner*innen und Parkbesucher*innen: Nie zuvor haben wir so viel positive Rückmeldung, so viel Interesse und Zuspruch für unser Handeln wahrgenommen. Natürlich gab es, getreu unserem Anspruch, auch viele offene Fragen und Diskussionen, die ausgehandelt wurden. Dennoch denken wir, dass inzwischen mehr Menschen die Notwendigkeit sehen, der Kriegsertüchtigung der Gesellschaft etwas entgegenzusetzen. Ein sichtbares Camp, zentral in einer Großstadt, war in diesem gesellschaftlichen Klima also genau das, was es gebraucht hat.

Aber auch inhaltlich hatten wir uns weiterentwickelt, sowohl was das Camp-Programm als auch die Aktionsziele anging. Während die Rüstungsindustrie natürlich immer noch einer unserer wichtigsten Gegner ist, haben wir uns schon in den letzten Jahren, vor allem seit 2022, mehr und mehr auf die Militarisierung der Gesellschaft als Ganzes konzentriert. Deswegen gab es dieses Jahr unter anderem Veranstaltungen über die Militarisierung des Krankenhauswesens, über Rüstungskonversion und natürlich über die Wehrpflicht. Am gleichen Tag, an dem im Bundestag über das Wehrdienstgesetz, welches inzwischen gemachte Sache ist, abgestimmt wurde, wurde das Karrierecenter in Köln blockiert, nur einen Tag später ein Büro der SPD. Die Slogans „Ihr kriegt uns nicht!“, „Kein Mensch, kein Cent der Bundeswehr!“ und „Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft!“ drücken klar aus, was viele, insbesondere junge Menschen, angesichts der Kriegspolitik der Regierung fühlen: In ihrem Interesse ist das alles nicht. Und eben dieser herrschenden Seite ist eine Bewegung, die den Widerstand dagegen ausdrückt, verständlicherweise ein Dorn im Auge.

So erklärt sich auch der Versuch im letzten Jahr, das

Camp schon im Voraus zu verbieten. Da dies nicht erfolgreich war und da unter der Woche jede Aktion den Behörden immer wieder ein entscheidendes Stück voraus war, wurde die Abschlussdemo, die antimilitaristische Parade, brutal zerschlagen. Der über elf Stunden dauernde Kessel und die vielen Verletzten waren für uns aber Anlass, solidarisch zusammenzurücken, uns nicht einschüchtern zu lassen und uns gegen diese Repression zu wehren. Niemand ist mit dem Erlebten, oder den darauffolgenden Gerichtsverfahren allein gelassen worden. Und die Klage gegen das Vorgehen der Polizei wurde unmittelbar nach der Campwoche aufgenommen.

Ein Zeichen dafür, dass wir uns nicht haben einschüchtern lassen ist, dass wir im September 2026 unser Camp ein weiteres Mal in Köln veranstalten werden! Um aus unserem Aufruf zu zitieren: „Es sind noch Rechnungen offen.“ Wir haben 2026 unseren antimilitaristischen Kampf noch weiter und auf unterschiedliche Weise intensiviert: Anlässlich des syrischen Angriffs auf Rojava gab es bundesweit Aktionen, zusammen mit der DFG-VK organisierten wir im April den „Verweigert!“-Kongress gegen den Wehrdienst und die Wehrpflicht. Ende Mai verbanden wir den Kampf gegen den Krieg mit dem Kampf für Klimagerechtigkeit, indem wir uns an den Aktionstagen von Ende Gelände im Ruhrgebiet beteiligten. Am 10. und 11. Juli wird es in Berlin Aktionstage gegen die Eröffnung des neuen Rheinmetall-Werks in Berlin-Wedding geben. Wir werden dagegen kämpfen, dass in Berlin erstmalig seit dem Zweiten Weltkrieg wieder Kriegsgerät produziert wird! Und neben dem Camp und Aktionstagen in der ersten Septemberwoche in Köln unter dem Motto „Kampf den Kriegstreibern – Für unsere Zukunft!“, bei denen wir genau wie letztes Jahr wieder mit großem Interesse und einem spannenden Programm rechnen, wird es vom 24. bis zum 26. September in Hamburg ein Störmanöver gegen die NATO-Übung „Red Storm Charlie“ geben. Im Fokus dieser Übung steht die sogenannte „Zivilmilitärische Zusammenarbeit“, das heißt, dass auch zivile Bereiche kriegstüchtig gemacht werden sollen. Unser Anti-Manöver hat klar zum Ziel, das zu verhindern und Hamburg kriegsuntauglich zu machen.

Es wird wie immer viele Möglichkeiten geben, sich an unseren Aktionen und Veranstaltungen zu beteiligen. Wir laden alle Antimilitarist*innen und Friedensbewegten ein: Werdet mit uns aktiv! Jetzt ist es wichtiger denn je!

Aus Völkerrechtsbrüchen lernen?

Studie zu deutsch-israelischer Militärkooperation

von Melchior Grabowski

Im Februar 2022 verkündete Olaf Scholz die „Zeitenwende“, woraufhin große Summen zur Aufrüstung Deutschlands aufgewendet wurden. Im Oktober 2023 griff die Hamas Israel an, welches seitdem fast ununterbrochen Militäroperationen vorgenommen hat. Dabei hat die israelische Armee immer wieder das Völkerrecht missachtet. Die Studie „Aus Völkerrechtsbrüchen lernen? – Deutsch-israelische Militärkooperationen im Zeichen der Zeitenwende“ betrachtet vor diesem Hintergrund die militärische Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten. Darin werden außerdem die Fragen gestellt, welche Interessen der deutsche Staat in der militärischen Partnerschaft verfolgt, für die er bereit ist, Internationales Recht zu missachten? Und was verspricht sich Israel von der Kooperation?

*Wir dokumentieren im Folgenden gekürzte Auszüge der Studie, die sich mit der technischen Kooperation befassen. Die vollständige Studie kann auf unserer Homepage heruntergeladen oder im Print bestellt werden. In ihr wird z.B. auch auf das Abkommen vom Februar 2026 zwischen dem deutschen Heer und den israelischen Landstreitkräften eingegangen, bei dem es u.a. um die Rekrutierung und verbesserte Einbindung von Reservist*innen und eine engere Einbindung des Militärs in die Gesellschaft insgesamt geht.*

2. Technologien aus dem Testlabor der Waffenindustrie

Das deutsche Interesse an israelischer Militärtechnologie zeigt sich an großen Rüstungsbeschaffungen der Bundeswehr aus israelischer Produktion. Sie weisen darauf hin, dass die deutsch-israelischen Rüstungsoperationen sich zu einem intensiven Austausch an Militärtechnologie, -industrie und -forschung hin entwickeln. Dieser Austausch ist im Kern nicht neu. Schon in den 50er Jahren, während der deutschen Wiederaufrüstung nach dem Zweiten Weltkrieg, begannen Rüstungsoperationen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel. Damals schon befand sich Israel immer wieder in Kriegen mit seinen arabischen Nachbarstaaten, welche von Moskau mit so-

wjetischen Waffensystemen beliefert wurden. Eben diese Waffensysteme waren für die BRD von großem strategischem Interesse in dieser brodelnden Phase des Kalten Kriegs gegen die Staaten des Warschauer Paktes. Israel lieferte also erbeutetes Kriegsmaterial, aber auch andere Rüstungsgüter, wie Munition und Uniformen, während Deutschland dringend benötigte Waffen an die IDF lieferte.¹

Diese Tradition wird nun auf andere Weise fortgeführt, denn der Krieg in der Ukraine zeigt, dass moderne Schlachtfelder hoch technologisiert sind. Um sich erfolgreich an der Rüstungsspirale zu beteiligen, reicht daher für die Rüstungsindustrie der Zeitenwende nicht nur eine große, auf Waffen umgestellte Industrie, sondern sie benötigt auch ein Testfeld, dass die Erprobung der entwickelten Militärtechnologien ermöglicht. Israel bietet vor diesem Hintergrund attraktive Bedingungen für die Entwicklung von Waffensystemen, denn kaum eine andere Nation der Welt besitzt die Kombination hochmoderner Rüstungsforschung, ständiger Kriegsbeteiligung und Überwachung, wie der Staat Israel. Hinzu kommt die asymmetrische Kriegsführung der IDF, die laut dem Journalisten Antony Loewenstein den Gazastreifen in ein Testlabor für Rüstungskonzerne verwandelt hat.² Israelische Rüstungsunternehmen stellen diesen Umstand bei der Vermarktung ihrer Produkte bewusst in den Vordergrund. So bewerben israelische Unternehmen ihre Produkte mit Schlagwörtern, wie „herausragende Kampfbilanz“³, „erweiterte Tödlichkeit“⁴ oder sogar mit Videos aus dem Gazastreifen, die ihr Kriegsgerät bei der Ermordung scheinbar unbewaffneter Menschen zeigen.⁵

Die von Deutschland gekauften Waffensysteme aus Israel erfordern die Ausbildung deutscher Soldat*innen, was aktuell sowohl am IDF-Luftwaffenstützpunkt Tel Nof⁶ als auch auf deutschem Boden geschieht⁷. Es ist dabei nicht unwahrscheinlich, dass diese Ausbildung durch IDF-Soldat*innen geschieht, die an Kriegsverbrechen im Gazastreifen beteiligt waren.

Besonders interessiert ist die Bundeswehr an Waffen des Herstellers Israeli Aerospace Industries (IAI). Dabei

handelt es sich um das größte staatliche Rüstungsunternehmen Israels, welches auch in direkter Verbindung zur IDF steht. Ein Blick auf die wichtigsten Beschaffungen der Bundeswehr an israelischen Rüstungsgütern gibt indirekt Auskunft über die Ziele der gemeinsamen Kooperation zwischen den beiden Staaten.

Im März 2022 flogen zehn Abgeordnete des Bundestags nach Israel. Finanziert wurde ihre Reise von Elnet.⁸ Elnet (European Leadership Network) ist eine israelische „gemeinnützige“ Lobbyorganisation, die sich nach eigenen Angaben der Stärkung der europäisch-israelischen Beziehungen und dem Kampf gegen den Antisemitismus verschrieben hat. Tatsächlich fungiert Elnet allerdings vor allem als einflussreicher Vermittler von Rüstungskoooperationen zwischen Israel und den Europäischen Staaten und versucht, Kritik an Israel in Europa zu unterbinden.⁹ Die zehn Bundestagsabgeordneten durften bei ihrem Besuch ein buntes Programm wahrnehmen, inklusive Besuch des Luftabwehrsystems Arrow 3 und der Drohne Heron TP. Eine Woche nach der Reise standen beide Waffensysteme auf der Tagesordnung des Verteidigungsausschusses und wurden nur wenig später für die Bundeswehr beschafft. Die Beschaffung des Luftverteidigungssystems Arrow 3 durch Deutschland stellt den größten Rüstungsdeal in der Geschichte Israels dar.¹⁰

2.1. Arrow 3

Im Rahmen der European Sky Shield Initiative (ESSI) bildet das Arrow System durch seine hohe Reichweite die oberste Schicht der zwiebelförmig aufeinander aufbauenden Abfangsysteme.¹¹ Mit einer Abfanghöhe von über 100 km und einer Reichweite von 2400 km erreicht das System Ziele oberhalb der Grenze zum Weltall.¹² Auf dieser Höhe ist Arrow 3 in der Lage, Mittel- und Langstreckenraketen abzufangen. Laut dem Hersteller soll das Arrow-System sogar in der Lage sein, Raketen mit nuklearen Sprengköpfen abzufangen.¹³ Angesichts der Größe des russischen Arsenalns an Atomwaffen, kann das Arrow-System ein falsches Gefühl von Sicherheit zu vermitteln. Zudem zeigt das Beispiel der israelischen Gesellschaft, wie ein solches Gefühl von Sicherheit vor Luftangriffen die eigene militärische Aggressivität erhöht.¹⁴

Mit Blick auf Russland erklärt sich die Arrow-Beschaffung durch die Oreschnik, eine ballistische Hyperschallrakete in russischem Besitz, die in der Ukraine bereits zweimal zum Einsatz gekommen ist und der die ukrainische Luftverteidigung machtlos gegenüberstand. Westliche Rüstungsexpert*innen schätzen die Anwendung der Oreschnik-Rakete vor allem als Testlauf und Drohgebärde ein, denn bisher wird sie nicht in Serie produziert.¹⁵

Außerdem kommt hinzu, dass Arrow 3 durch seine cutting-edge (dt. topaktuelle) Technologie, insbesondere die hohe Abfanghöhe von 100 km, tiefkreisenden Satelliten im Erd-Orbit durch seine manövrierfähigen Gefechtsköpfe (engl. kill-vehicle) bedeutend näherkommt. Damit reiht

sich Arrow 3 in einen Rüstungstrend ein, der den Weltraum oberhalb der Stratosphäre zunehmend militarisiert. Auch wenn ein solcher Abschuss, insbesondere von hochfliegenden Militärsatelliten, mit dem aktuellen System wohl noch nicht im Bereich des Möglichen ist, ist diese Entwicklung mit Besorgnis zu beobachten, da die Ausweitung von Krieg in den Weltraum auch die zivile Raumfahrt und Satellitenwelt großer Gefahr aussetzt.¹⁶

2.2. Heron TP

Auch die Drohne Heron TP gilt als hochmodern und bietet eine Plattform für die Erprobung von Softwareprogrammen zwecks Datensammlung und Datenauswertung zur Bestimmung von Angriffszielen, Überwachung und Aufklärung. Viele dieser Funktionen werden dabei auch im Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz genutzt.¹⁷ Im Gegensatz zu ihrem Vorgängermodell, Heron 1, ist die Heron TP größer, schneller, leistungsfähiger und vor allem kann sie bewaffnet werden.¹⁸ Bereits im Jahr 2019 leaste die Bundeswehr gleich sieben Exemplare der Drohne.¹⁹ Im Zuge der NATO-Operation „Baltic Sentry“, die im Januar 2025 beschlossen wurde, kommt die Heron TP über der Ostsee zum Einsatz²⁰. Nach Bundeswehr Angaben soll sie den Ostseeraum überwachen und helfen, NATO-Infrastruktur zu beobachten.

Für die IDF ist die Heron TP im Vergleich zur Bundeswehr deutlich häufiger im Einsatz. Mitte März 2026 wird die Drohne beispielsweise im völkerrechtswidrigen²¹ Angriffskrieg gegen den Iran verwendet. Hier kreist sie, nach Eroberung des Luftraums durch die israelische Luftwaffe, über dem Land und ermittelt Orte, die als Ziele für Luftschläge geeignet sind. Dabei soll sie ihre Zieldatenbank durchgehend aktualisieren, um „im Rahmen ‚kontinuierlicher, massiver Angriffe‘ Einrichtungen in Teheran und Ischfahan“ anzugreifen.²²

Auch beim genozidalen Vorgehen der IDF in Gaza soll die Heron TP eine zentrale Rolle gespielt haben. So kommt die sie auch in der Anklage Nicaraguas gegen Deutschland wegen Beihilfe zum Völkermord vor, denn zwei Exemplare, die von Deutschland geleast wurden, wurden 2024 an Israel zurückgegeben. Der Hersteller IAI brüstet sich mit dem Einsatz der Heron TP in Gaza und veröffentlichte auf seiner Webseite einen angeblichen Dankesbrief des Kommandanten eines Drohnen-Geschwaders an die Belegschaft von IAI. Über ihren Einsatz schreibt dieser: „Seit dem Ausbruch dieses Krieges [...] hat das Schwadron unzählige Missionen und über tausende Flugstunden ausgeführt, um den Feind aufzudecken und Ziele zu zerstören, in Zahlen, die sogar unsere Erwartungen übertreffen.“²³ Dieses Zitat veranschaulicht, wie die Heron TP zu einer zunehmend technologisch ausgestatteten Kampfdrohne weiterentwickelt wird. Sie ist damit Werkzeug einer asymmetrischen Kriegsführung, wobei der menschliche Entscheider weit entfernt vom eigentlichen Schlachtfeld in Sicherheit sitzt. Was es bedeu-



Von einer gemeinsamen Übung der israelischen und deutschen Luftstreitkräfte 2020, Foto: IDF Spokespersons Unit über Wikimedia.

tet, wenn der IDF-Kommandant von Zielen in Zahlen spricht, die Erwartungen übertreffen, zeigt ein genauere Blick auf die Nutzung von Künstlicher Intelligenz durch die IDF.

2.3. KI und Cyberwar

Der Journalist Yuval Abraham hat im April 2024 einen Artikel²⁴ veröffentlicht, in dem er Auswirkungen KI-basierter Software in Gaza aufdeckt. Das Programm der IDF mit dem Namen Lavender markiert Mitglieder der Hamas oder anderer bewaffneter Gruppen als potenzielle Ziele für Luftschläge. Die Auswahl folgt der Ermittlung eines Ratings von eins bis 100 für nahezu alle Gaza-Bewohner*innen, das angibt, wie wahrscheinlich sie Teil einer bewaffneten Gruppe sind. Dafür werden Daten bekannter Hamas-Mitglieder genutzt, um die KI zu trainieren. Das Programm „Where’s Daddy“ lokalisiert und verfolgt die KI-generierten Ziele. Die finale Entscheidung zum Beschuss wird häufig von niederrangigen Offizieren getroffen. Die Programme sollen in der Lage sein, zu erwartende „Kollateralschäden“, also die erwartete Zahl während des Angriffs anwesender Zivilist*innen, zu errechnen.

Die Folgen dieses Vorgehens sind fatal. Bereits in der ersten Woche nach dem 7. Oktober wurden dadurch 37.000 Palästinenser*innen für die Kill-Liste markiert. Dem Artikel zufolge wurden für jeden Beschuss eines Hamas-Mitglieds zwischen zehn und 100 tote Zivilist*innen absichtlich in Kauf genommen. Zudem wurden meistens Raketen genutzt, die über keine Präzisionstechnologie verfügen, um Geld zu sparen. In der Folge wurden statt

einzelner Wohnungen gesamte Wohnblocks vernichtet, mit allen anwesenden Bewohner*innen.

Die Heron TP füllt Datenlücken durch ihre Sensorik auf und ist daher essenzieller Bestandteil des automatischen Zielerfassungsablaufs durch Big-Data-Analyse in Gaza.²⁵ Auch die Bundeswehr investiert massiv in KI-Technologie.²⁶ So soll im Rahmen des Projekts „Genius“ KI-basierte Technologie genutzt werden, um Landminen und Sprengsätze mithilfe fortschrittlicher Sensorik-Drohnen zu erkennen.²⁷ Eine solche Drohne ist die Heron TP. Lernt die Bundeswehr erst einmal, wie die Kombination von KI-Software und High-Tech-Sensorik funktioniert, eröffnet sich ihr ein weites Anwendungsfeld.

Im Zusammenhang mit KI arbeiten die Bundeswehr und auch die Bundespolizei zudem im Bereich der Cyberabwehr ungehemmt mit Israel zusammen. Innenminister Alexander Dobrindt flog im Juni 2025 nach Israel, um ein Abkommen zur Cyber- und Sicherheitskooperation mit Israel abzuschließen.²⁸ Auch Julia Klöckner betonte bei ihrem Besuch im Februar 2026, Deutschland könne in Hinblick auf Cybersicherheit „viel vom israelischen Parlament lernen“.²⁹ Der israelische Cyber Dome (namentlich in Anlehnung an das Luftabwehrsystem Iron Dome) arbeitet mit Künstlicher Intelligenz, um digitale Bedrohungen festzustellen. Die deutsch-israelische Cyberkooperation sieht dafür auch eine engere Zusammenarbeit von BND und Mossad vor.³⁰ Federführend ist hier die von Elnet gegründete ELSNET Security & Defense Initiative (ESDI), die auch von IAI und anderen Rüstungsunternehmen gesponsert wird.³¹ Vor dem Hintergrund, dass erst 2021 die Überwachung zahlreicher europäischer Politiker*innen, Menschenrechtsaktivist*innen und Journalist*innen durch die staatlich-kontrollierte, israelische Spysoftware „Pegasus“ ans Licht kam³² ist es verwunderlich Cyber-Sicherheit Israel anzuvertrauen. Kritiker*innen vermuten, dass Israel durch den Cyber Dome für Deutschland unter anderem auch an sensible Daten kommen möchte.³³

3. Bei der Kriegswirtschaft nach dem Wachstum suchen

Deutschland hat großes Interesse daran, das Wissen der technologie-erprobten IDF und der ihr nahestehenden Start-Ups zu nutzen. Als Bindeglied fungiert einmal mehr die Lobbyorganisation Elnet mit ihrer Initiative ESDI.³⁴ Sie schreibt auf ihrer Webseite: „für Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit ist Israel doch hochinnovativ und ein führender Startup-Standort.“³⁵ Das Interesse der deutschen Industrie zeigt sich zudem am Israelbesuch von Wirtschaftsministerin Katharina Reiche im Dezember 2025.³⁶ 20 Vertreter*innen von Unternehmen begleiteten sie dabei. Natürlich waren neben Elnet größtenteils Vertreter*innen der Defense-Start-Up Szene Teil der Delegation.³⁷ Dass Reiche als Wirtschaftsministerin von Israel lernen möchte, überrascht nicht, wenn man ihren Auftritt

bei der Gesprächsrunde „Zeitenwende on tour“ verfolgt hat. Hier sagte Reiche: „Aufrüstung ist ein sicherheitspolitisches Gebot, es ist aber auch eine wirtschaftliche und technologische Chance für Deutschland.“ Diese „Chance“ nimmt wohl Israel nach Empfinden der Ministerin vorbildhaft war. Dort macht die Rüstungsindustrie nämlich 14% des Gesamtumsatzes der israelischen Industrie aus und etwa ein Viertel der gesamten Warenexporte des Landes.³⁸ In Deutschland lässt sich ein genauer Umsatz der heimischen Rüstungsindustrie nicht exakt bestimmen durch die vielen intereuropäischen Rüstungskoperationen. Aber selbst wenn man den Gesamtumsatz der europäischen Verteidigungsindustrie³⁹ zum Umsatz der gesamten deutschen Industrie⁴⁰ ins Verhältnis setzt, kommt man „nur“ auf einen Anteil von 11,2%. Militärraffine Politiker*innen wie Katharina Reiche sehen also unverwirklichtes Potential in der Rüstung gerade mit Blick auf Israel, dessen Waffentechnologie-Sektor gerade das größte Wachstum seiner Geschichte verzeichnet.⁴¹

Israels Interesse besteht dabei darin, seine Rüstungsproduktion ins Ausland zu verlegen. Die konstanten Völkerrechtsbrüche der IDF stoßen weltweit auf Empörung. Dadurch fühlen sich potenzielle Käufer-Staaten israelischer Rüstungsgüter unter Druck gesetzt, die Rüstungskoperationen mit Israel zu beenden. Durch die Verlagerung der Produktion in Partnerstaaten wie Deutschland erregen die Waffen-Deals weniger Aufmerksamkeit, als wenn die Staaten direkt bei Israel kaufen. Ein gutes Beispiel dafür ist Spanien, das einen geplanten Spike-Raketen-Deal mit dem staatlichen israelischen Hersteller Rafael im Juni 2025 unter zunehmendem Druck aus der Bevölkerung platzen ließ. Stattdessen wurde der Deal mit EuroSpike beschlossen einem Joint Venture der deutschen Konzerne Rheinmetall, Diehl und - mit Anteilen in Höhe von 20% - wieder des israelischen Konzerns Rafael.⁴² Deutschland ist dabei der ideale Partner, der noch internationales Vertrauen genießt und gleichzeitig treu zu Israel steht.

Anmerkungen

- 1 Serr, Marcel: Zur Geschichte der deutsch-israelischen Rüstungskoperation, [bpb.de](#), 30.1.2015.
- 2 Loewenstein, Antony: *The Palestine Laboratory: How Israel Exports the Technology of Occupation around the World*, Verso, London, 2023.
- 3 Heron TP, [iai.co.il](#), o.D.
- 4 Tactical Unmanned Aerial Systems, [elbitsystems.com](#), 2024.
- 5 Rickett, Oskar: Israeli weapons firm Rafael uses Gaza killing in marketing campaign, [middleeasteye.net](#), 14.7.2025.
- 6 Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 21/9 (Frage 24), [bundestag.de](#), 4.6.2025.
- 7 Bundesregierung: Regierungspressekonferenz vom 3. Dezember 2025 - Inbetriebnahme des Flugabwehrsystems Arrow, [bundesregierung.de](#), 3.12.2025.
- 8 Wölfl, Lisa: Wie Elnet Politik und Unternehmen zusammenbringt, [abgeordnetenwatch.de](#), 20.11.2025.
- 9 Holly, Leon/ Bartal, Yossi Bartal/ Dolev-Hashiloni, Guli: Meinungsbildungsreisen nach Israel, [taz.de](#), 29.11.2025.
- 10 Ebd.

- 11 Vieth, Amina: European Sky Shield – die Initiative im Überblick, [bmvvg.de](#), o.D.
- 12 Thomas, Kai: Das kann Deutschlands neue Raketenabwehr, [handelsblatt.com](#), 16.1.2026.
- 13 Engl: „The innovative Arrow 3 interceptor is designed to intercept and destroy the newest, longer-range threats, especially those carrying weapons of mass destruction.“, in: IAI: Arrow 3, [iai.co.il](#), o.D.
- 14 Bader, Guevara: The Iron Dome is intercepting our chances of a normal future, [972mag.com](#), 25.3.2026.
- 15 Hochwarth, Dominik: Was Russlands Oreschnik-Rakete technisch wirklich kann, [ingenieur.de](#), 9.1.2026.
- 16 IMI e.V.: AUSDRUCK (Juni 2022) - Schwerpunkt: Weltraum, [imi-online.de](#).
- 17 Egozie, Arie: KI-gestützte Upgrades rücken IAIs Heron TP ins Zentrum der israelischen Luftstreitkräfte der nächsten Generation, [autonomyglobal.co](#), 5.2.2026.
- 18 Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages: Tabellarische Gegenüberstellung der Unterschiedsmerkmale der unbemannten Luftfahrzeuge Heron 1 und Heron TP, [bundestag.de](#), 23.8.2018.
- 19 Egozie, Arie: Erfolgsmodell Heron TP: Deutschland stockt Flotte weiter auf, [defence-network.com](#), 4.12.2025.
- 20 Dörr, Eric/ Geiken, Kevin: German Heron TP überwacht Ostsee, [bundeswehr.de](#), 9.4.2025.
- 21 Iran: UN experts call for de-escalation and accountability, [ohchr.org](#), 4.3.2026.
- 22 Egozi, Arie: Heron TP: Israelische Luftwaffe setzt hochmoderne UAVs ein, [defence-network.com](#), 4.3.2026.
- 23 Squadron 200 Commander’s letter to IAI, [iai.co.il](#), 18.11.2025.
- 24 Abraham, Yuval: ‘Lavender’: The AI machine directing Israel’s bombing spree in Gaza, [972mag.com](#), 3.4.2024.
- 25 Egozi, Arie: IAI’s UAVs play pivotal role in ongoing operation against Hamas, [defence-industry.com](#), 14.11.2023.
- 26 Bomke, Luisa: „Enormes Potenzial“ – Das sind die KI-Projekte der Bundeswehr, [handelsblatt.com](#), 11.4.2025.
- 27 Drohnen sollen mit KI und Sensoren Sprengsätze und Landminen erkennen, [unibw.de](#), 24.2.2025.
- 28 Andres, Jacqueline: Bundeswehr soll vom Horror in Gaza profitieren, [imi-online.de](#), 18.7.2025.
- 29 Bundestagspräsidentin Julia Klöckner an der Demarkationslinie im Gazastreifen, [bundestag.de](#), 12.2.2026.
- 30 Kaur, Dashveenjit: Breaking down Germany’s Cyber Dome: What this Israel partnership involves, [techhq.com](#), 2.7.2025.
- 31 Andres, Jacqueline: Bundeswehr soll vom Horror in Gaza profitieren, [imi-online.de](#), 18.7.2025.
- 32 German police secretly bought Pegasus spyware, [dw.com](#), 9.7.2021.
- 33 AG Kritis warnt vor Dobrindts „Cyberdome“-Plänen, [it-journal.de](#), 12.11.25.
- 34 Ovens, Carsten: Kooperation mit Israel – ELNET startet neue Security & Defense Initiative, [hartpunkt.de](#), 24.7.2025.
- 35 Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche besucht Israel, [elnet-deutschland.de](#), 6.1.2026.
- 36 Ebd.
- 37 Zwick, Daniel: Reiche will mehr Rüstungsprojekte mit Israel, [welt.de](#), 9.3.2026.
- 38 Struminski, Wladimir: Israels Wirtschaft, [bpb.de](#), 17.7.2025.
- 39 Industrie, Verarbeitendes Gewerbe, [destatis.de](#), o.D.
- 40 Facts & Figures, [asd-europe.org](#), o.D.
- 41 Laing, Hezy: Start-Up Nation – Number of Israeli defense startups is skyrocketing, [idfclub.org](#), 25.1.2026.
- 42 Spain vows to stop buying Israeli weapons systems despite controversial new deal, [newarab.com](#), 20.2.2026.

Wenn Öl zur Kriegswaffe wird

Umwelt- und Klimakosten des Krieges im Golf

von Jacqueline Andres

Im Persischen Golf brennen Ölfelder und wecken Erinnerungen an die Bilder, als die irakischen Truppen 1991 beim Verlassen Kuwaits mehr als 800 von ihnen in Brand steckten. Damals machten die Emissionen der brennenden Ölfelder zwei Prozent der weltweiten Gesamtemissionen des Jahres aus.¹ Eine solche Dimension an Umwelt- und Klimaschäden durch den Krieg zeichnet sich momentan noch nicht ab, doch die Folgen in dieser Hinsicht sind bereits jetzt verheerend und die Energieinfrastruktur in der Region wird verstärkt zum bewusst gewählten militärischen Angriffsziel. Die Investigativjournalistin Antonia Juhasz, die über Energie und Klima berichtet, sagt: „Was wir hier erleben, ist eine der deutlichsten Darstellungen der Fragilität einer globalen Ordnung, die auf fossilen Brennstoffen basiert. Alle Seiten in diesem Krieg nutzen fossile Brennstoffe als Kriegswaffe.“² Im aktuellen US-amerikanischen und israelischen Angriffskrieg gegen den Iran setzen die Kriegsparteien Öl- und Gasanlagen gezielt in Brand, der Zugang zum iranischen Öl ist ein Ziel auf dem Weg der USA zur Energiedominanz und Öl wird von allen Kriegsparteien als geopolitisches Machtinstrument genutzt.

Angriffsziel Energieinfrastruktur

Israelische Luftschläge setzten am Wochenende des 7. und 8. März 2026 vier iranische Öllager unweit Teherans in Brand. Insgesamt griff das israelische Militär 30 Öllager und eine Raffinerie im Süden des Landes an.³ Schwarzer, ölhaltiger Regen fiel auf die Zehn-Millionen-Stadt Teheran und weitere Regionen im Land. Die Weltgesundheitsorganisation warnte wenig später in einer Pressekonferenz vor den Gefahren der giftigen Rauchwolken, die den Himmel verdunkelten, und des schwarzen Regens für die Atemwege.⁴ Abgesehen von den gesundheitlichen Folgen verschmutzt der schwarze Regen, der in die Böden und das Wasser sickerte, die Umwelt. Noch am gleichen Wochenende drohte das iranische Militär bei fortgesetzten Angriffen auf iranische Ölanlagen durch israelische Luftschläge mit „ähnlichen Vergeltungsmaßnahmen in der gesamten Region“ und griff wenig später die größte

Ölraffinerie Israels in Haifa mit Raketen an. Seither ist die Energieinfrastruktur des Irans verstärkt Ziel der israelischen „Operation Brüllender Löwe“. Wie die israelische Zeitung Jerusalem Post berichtet, werden Ölanlagen, die laut dem israelischen Militär direkt in Verbindung zum iranischen militärisch-industriellen Komplex stehen, zu den Hauptangriffszielen. Grund sei, dass das Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) in den letzten Jahren besonders im Ölsektor Anteile übernommen habe.⁵ Aus den USA schien es zunächst eine zurückhaltendere Haltung zum massiven Angriff auf die Ölanlagen im Iran zu geben. So berichtete das Wall Street Journal, die USA hätten Israel nach den Angriffen auf 30 Ölanlagen im Iran dazu aufgerufen, keine derartigen Ziele mehr anzugreifen.⁶ Doch aktuell eskalieren die Angriffe auf Öl- und Gasanlagen und die USA steigen ein. Nach dem Angriff des israelischen Militärs am 18. März 2026 auf eines der größten Erdgasfelder der Welt, South Pars im Iran, das das Land mit 70 Prozent seines Erdgasbedarfs versorgt, griff der Iran u.a. Ras Laffan in Katar an, die weltweit größte LNG-Förderanlage. Daraufhin drohte US-Präsident Trump mit Angriffen auf South Pars, das vom Iran und von Katar betrieben wird. Sollte der Iran wieder Gasanlagen in Katar bombardieren, drohte er mit einem Angriff „mit einer Stärke und Schlagkraft, wie Iran es noch nie zuvor gesehen hat“.⁷ Es war nicht der erste Angriff des Irans auf Ras Laffan – die LNG-Förderanlage zählt zu den mittlerweile zahlreichen Zielen, die der Iran in den letzten Wochen in der Region wiederholt angriff, wie z.B. in Kuwait das Treibstoffdepot am internationalen Flughafen, das Öl- und Gaskraftwerk Sabiya und die Mina Al Ahmadi Raffinerie; in Saudi Arabien die Ras Tanura Raffinerie von Saudi Aramco, eine der größten der Region mit dem weltweit größten Öl-Verladeterminale und das Schaiba Ölfeld von Aramco; in Bahrain das Treibstoffdepot am internationalen Flughafen sowie die Raffinerie von Bahrain Petroleum Company (BAPCO), in den VAE das Treibstofftanklager in der Gegend von Musaffah nahe Abu Dhabi, die größte Raffinerie des Landes in el Rawais, den Ölhafen Fujairah und das Shah Erdgasfeld; und im Oman das Öllager am Hafen von Salala.⁸



Foto: Habib Beaini über Unsplash.

Öltanker und Kriegsschiffe

Die Zerstörung von Marineschiffen und Öltankern stellt ebenfalls ein Umweltrisiko dar – bislang versenkten oder beschädigten die USA laut Conflict and Environment Observatory (CEOBS) iranische militärische Hafensstrukturen und mehr als 43 Schiffe der iranischen Marine mit dem Ziel, diese komplett zu vernichten. Zu den Schiffen zählt die Fregatte „Dena“, die nahe der Küste Sri Lankas getroffen wurde und Öl leckte. Durch das Leck entstand ein 20 Kilometer langer Ölteppich, der nun Sri Lankas Küstenbiodiversität bedroht. Das Schiff kehrte von einer Militärübung aus Indien zurück und hatte keine Waffen geladen.

Auch der Iran griff Schiffe an, besonders in den ersten Tagen des Krieges. Nach der Verkündung der Schließung der Meerenge von Hormus griff der Iran Öltanker an, um zu zeigen, dass die Sperre ernst zu nehmen ist. Laut der NGO Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED) griff der Iran in den ersten zwei Märzwochen mindestens acht Öltanker an, mindestens zwei von ihnen fingen Feuer.⁹ Jeder Angriff auf einen Öltanker und auf ein Kriegsschiff stellt ein mögliches Umweltdesaster dar.

Zugang zu Öl – ein Ziel und Druckmittel?

Der Iran kontrolliert die Meerenge von Hormus, durch die ein Fünftel der globalen Erdöl- und Erdgastransporte fließen – hauptsächlich an Staaten in Asien. Durch die starke Einschränkung der Nutzung der Meerenge in Reaktion auf die israelischen und US-amerikanischen Angriffe versucht der Iran, die Erdölpreise hochzutreiben, um Druck auf die USA und Israel auszuüben. Erst wenn die Bomben stoppen, will der Iran die Meerenge wieder frei geben. Die Tanker stauen sich dadurch im Persischen Golf und auf Grund mangelnder Lagerkapazitäten drosselten einige Ölproduzenten in der Region bereits ihre Ölförderung. Die globalen Ölpreise stiegen zeitweise auf über 100 US Dollar pro Barrel an – davon profitierten u.a. US-amerikanische Ölkonzerne, wie Trump in den sozialen Medien betonte: „Die Vereinigten Staaten sind bei weitem der

größte Ölproduzent der Welt, wenn also die Ölpreise steigen, machen wir eine Menge Geld.“¹⁰ Es soll ebenfalls im Interesse der USA liegen, die eigene Position im globalen Energiemarkt zu verbessern – erst ab einem Preis von 70 Dollar pro Barrel lohnt sich Fracking, das in den USA in den letzten Jahren stark zunahm. Die Zahl der Ölbohrungen wächst in den USA seit Beginn des Krieges. Gleichzeitig versucht Trump, somit den Status der USA als „mit Abstand führende Energie-Supermacht der Welt zu zementieren“.¹¹

Erst im Januar 2026 verschaffte er den US-Ölkonzernen Zugang zum venezolanischen Erdöl, indem US-Spezialkräfte Venezuela angriffen und völkerrechtswidrig den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro und seine Ehefrau Cilia Flores entführten und in die USA brachten, wo sie sich weiterhin in Gefangenschaft befinden. Für das Öl aus Venezuela und aus dem Iran, zählte China zu den Hauptabnehmern, das den Rohstoff aufgrund der Sanktionen zu Discountpreisen bezog. Zuletzt gingen 80 Prozent der iranischen Ölexporte an China – und ein Ziel der USA ist es, die globalen Ströme fossiler Energien zu lenken und China zu schwächen.¹² Doch die Sperrung der Straße von Hormus und der damit einhergehende Anstieg der Treibstoff- und Düngerpreise setzt Trump innenpolitisch (besonders angesichts der im November anstehenden Midterm-Wahlen) und auch international unter Druck. Bislang versucht Trump erfolglos, eine „Hormus-Koalition“ voranzutreiben, die gemeinsam militärisch die iranische Einschränkung der Nutzung der Meerenge aufbrechen soll – sollte die Meerenge nicht freigegeben werden, droht der US-Präsident auch damit, die Energieinfrastruktur auf der iranischen Insel Kharg anzugreifen, die 90 Prozent der iranischen Öl- und Gasexporte abwickelt. Nachdruck verlieh Trump dieser Drohung durch die vorangegangenen massiven Angriffe der USA auf die Insel, die militärische Ziele zerstörten – laut Äußerungen Trumps auf Truth Social sei die Bombardierung eine der heftigsten „in der Geschichte des Nahen Ostens“ gewesen.¹³

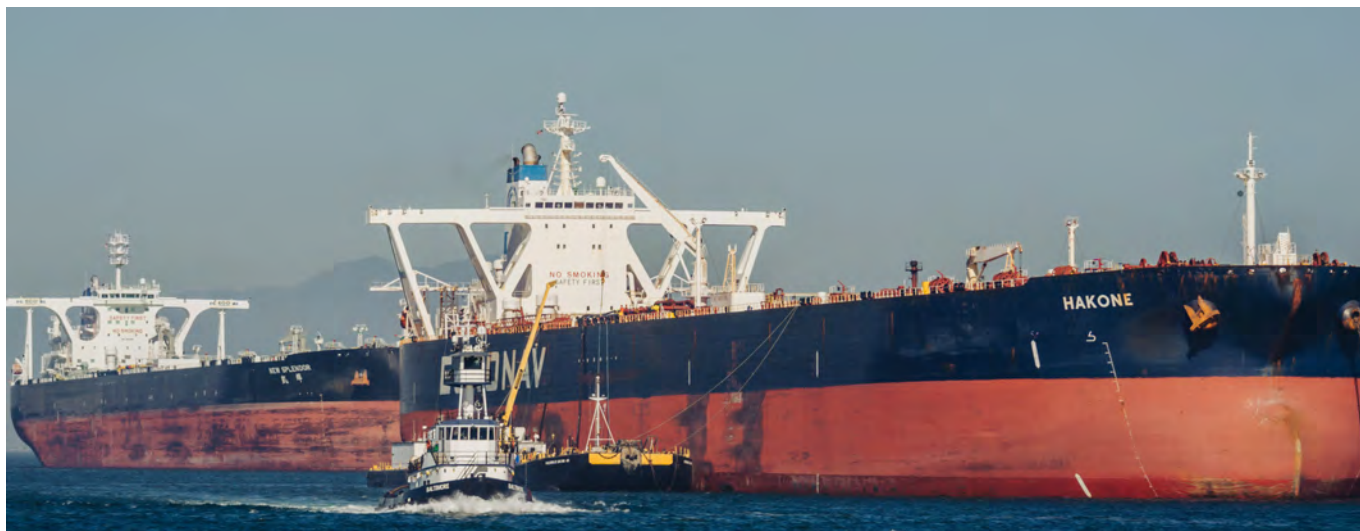


Foto: Sheng Hu über Unsplash.

Wenn die Zukunft in Flammen aufgeht

Energieinfrastruktur stellt immer wieder ein militärisches Angriffsziel in Kriegen dar, so auch in Russland und der Ukraine. Doch hier am Persischen Golf liegen die erdölfördernden Staaten dicht beieinander und ein Schlagabtausch von Vergeltungsschlägen droht hier nicht nur in einer katastrophalen Wirtschaftskrise zu enden, sondern mit weiteren brennenden Ölfeldern in einem globalen Umweltdesaster und einer weiteren Beschleunigung des menschengemachten Klimawandels.

Erst vor wenigen Tagen, im Schatten des Krieges, veröffentlichte das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) am 6. März 2026 eine neue Studie, die bestätigt, dass sich die Erde in den vergangenen zehn Jahren deutlich schneller erwärmt, als in den Jahrzehnten davor. Die Wissenschaftler*innen vom PIK fordern einen schnellstmöglichen Ausstieg aus fossilen Energien, um den rasanten menschengemachten Klimawandel aufzuhalten.¹⁴ Doch der aktuelle Krieg zeigt, wie weit wir davon entfernt sind, und er führt gleichzeitig auch vor Augen, wie gefährlich eine Wirtschaft, die auf fossiler Energie beruht, für uns ist. Den Preis dafür zahlt unsere Umwelt, die Böden, das Wasser und die Luft, die durch die giftigen Rauchschwaden brennenden Erdöls und durch den schwarzen Regen verseucht werden. Schon jetzt ist der Krieg katastrophal und hat massive Fluchtbewegungen ausgelöst – im Libanon, einem Land, das nur halb so groß ist wie Hessen und wo 5,8 Millionen Menschen leben, sind mittlerweile fast eine Million Menschen auf der Flucht, etwa ein Sechstel der Bevölkerung, viele schlafen in ihren Autos und in Zelten. Im Iran flohen durch die israelischen und US-amerikanischen Angriffe bereits mehr als 3,2 Millionen Menschen. Und der Krieg wirkt sich weltweit aus – durch die steigenden Preise für Treibstoff, für Transportkosten, für Lebensmittel und für Dünger. Dies gilt besonders für den Globalen Süden und die asiatischen Staaten, die vom Ölexport aus den Golfstaaten abhängig sind – bereits nach den ersten Tagen des Krieges

geschlossen die Behörden in Pakistan die Schulen bis mindestens Ende März, da sie Erdöl besonders aus den Golfstaaten beziehen und dieses nun einsparen müssen.¹⁵ Der Krieg, der Einsatz von Öl als Kriegswaffe, droht unsere Zukunft in Flammen zu setzen.

Anmerkungen

- ¹ Peter V. Hobbs und Lawrence F. Radke. „Airborne studies of the smoke from the Kuwait oil fires.“ *Science*, vol. 256, no. 5059, 15.5. 1992, S. 987f.
- ² „Fossil Fuels as a Weapon of War: U.S.-Israeli War on Iran Exposes World’s Dangerous Reliance on Oil, democracynow.com, 10.3.2026
- ³ Christoph Elzer: Kharg Island: Trumps Angriff auf Irans Öl-Insel könnte den Ölpreis auf Jahre ruinieren – Israel als Wildcard, fr.de, 7.3.2026
- ⁴ Weltgesundheitsorganisation warnt vor schwarzem Regen, Spiegel Online, 10.3.2026
- ⁵ Yonah Jeremy Bob: Israel Air Force strikes Iranian oil facilities, military source says, jpost.com, 7.3.2026
- ⁶ Elzer a.a.O.
- ⁷ Krieg im Nahen Osten Trump droht Iran mit Bombardierung von Gasfeld, tagesschau.de, 19.3.2026
- ⁸ Iran targets the global oil market: Gulf energy and the Strait of Hormuz are under fire, acleddata.com, 13.3.2026, Baghdad’s Green Zone, UAE Oil Field Among Mideast Sites Hit by Iranian Drones, democracynow.com, 17.3.2026, Attacks on UAE’s Fujairah port, Shah gas field add to energy disruptions, channelnewsasia.com, 17.3.2026
- ⁹ Iran targets the global oil market: Gulf energy and the Strait of Hormuz are under fire, acleddata.com, 13.3.2026
- ¹⁰ Angela Göpfert: Wie Trump den globalen Ölmarkt neu ordnet, tagesschau.de, 17.3.2026
- ¹¹ Ebd.
- ¹² Ebd.
- ¹³ Elzer a.a.O.
- ¹⁴ Ulrike Brandt: Erde erwärmt sich seit 2015 wirklich schneller, tagesschau.de, 6.3.2026
- ¹⁵ Iran war fuel crisis forces Pakistan to close schools, take austerity measures, middleeasteye.com, 9.3.2026

Eskalierende KI, wachsender Widerstand

Machtansprüche, Deregulierung und strategischer Kontrollverlust

von Christoph Marischa

Auch die ersten Monate des Jahres 2026 waren von alarmierenden Nachrichten über den militärischen Einsatz Künstlicher Intelligenz geprägt. Zugleich ließ sich jedoch eine wachsende öffentliche Aufmerksamkeit für die Machtansprüche und die bereits stattfindende Machtübernahme der dahinterstehenden Big-Tech Unternehmen und deren Nähe zu extrem rechtem bis faschistischem Gedankengut erkennen. Einen Beitrag hierzu mag die vielbeachtete Veröffentlichung von 22 Thesen durch den US-Softwarekonzern Palantir geleistet haben, von denen selbst die ARD schreibt, dass sie Ausdruck einer „gefährliche[n] ideologische[n] Agenda“ seien – hier verschmelze „die Forderung nach militärischer Aufrüstung mit KI-Waffen mit einer Rhetorik kultureller Überlegenheit“. „Kein Staat und kein Unternehmen, das mit Palantir zusammenarbeitet, kann jetzt noch behaupten, man habe nicht gewusst, welche Agenda Palantir verfolgt.“¹ Noch im Februar hatte der Bundestag die Anschaffung potentiell autonomer Waffensysteme (Kamikazedrohnen) eines Herstellers abgesegnet, der wesentlich von Peter Thiel – dem wichtigsten Investor hinter Palantir – mitfinanziert wird. Im Jahr zuvor hatte das Bundesland Baden-Württemberg Software des Unternehmens angeschafft und für deren Anwendung eigens die Polizeigesetze angepasst. Ähnliche Gesetzesnovellen sind gegenwärtig auf Bundesebene auf dem Weg.²

Die aktuelle Aufmerksamkeit für die Themenbereiche KI und Big Tech sowie dahinterstehende Ideologien und Machtansprüche ist weder unbegründet, noch voraussetzungslos. Dieser Beitrag will dazu beitragen, schlaglichtartig den aktuellen Kontext und die Vorgeschichte dieser Debatte zu beleuchten und auch auf den wachsenden Widerstand aus den sozialen Bewegungen hinweisen. Er will auch unterstreichen, dass sich die Kritik keinesfalls auf Palantir und die USA begrenzen sollte – denn gerade die aktuelle Bundesregierung verfolgt letztlich eine ganz ähnliche Agenda.

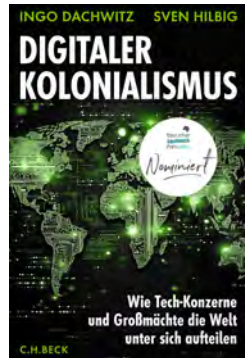
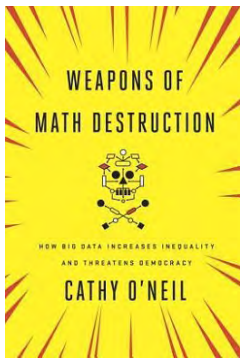
Cyber-Flash-War in greifbarer Nähe?

In seinem im Februar 2026 erschienenen Buch „Künstliche Intelligenz und Krieg“ führt der KI-Forscher Karl

Hans Bläsius auch das Konzept des „Flash War“ ein: eine „Kettenreaktion von autonom geführten Angriffen und Gegenangriffen“, durch die „in sehr kleinen Zeitintervallen eine Eskalationsspirale entstehen [kann], die von Menschen nicht beherrscht werden kann“. Zugleich wären LLMs (Large Language Models, wie etwa ChatGPT) grundsätzlich in der Lage, Schwachstellen in anderen Systemen zu finden und „Cyber-Angriffe zu optimieren“, indem sie „besonders wichtige Infrastruktursysteme und einen günstigen Zeitpunkt“ identifizieren, „um eine möglichst große Wirkung bei einem Angriff zu erzielen“:

„Systeme wie ChatGPT können Cyberangriffe ausführen, die von Menschen, Bots oder anderen Systemen der generativen KI beauftragt sind. Falls andere KI-Systeme, mit denen es ohnehin Interaktionen gibt, dies erkennen, könnten diese das mit ähnlichen Angriffen nachahmen. Auf diese Weise könnte in kurzer Zeit eine Kettenreaktion mit immer stärkeren Cyberangriffen zwischen diesen KI-Systemen entstehen. Das wäre damit auch ein ‚flash war‘ im Internet.“³

Wenige Wochen nach dem Erscheinen dieses Buches lassen Meldungen über eine Software mit dem (vielleicht bezeichnenden) Namen „Mythos“ des Unternehmens Anthropic diese Befürchtungen durchaus realistisch erscheinen. Sie seien nach Angaben des Unternehmens imstande, „Schwachstellen in jener Software aufzudecken und auszunutzen, mit der Banken, Stromnetze und Regierungen weltweit arbeiten“. Ein Artikel in der New York Times⁴ vom 22. April beschreibt die relative diskrete, aber hektische Betriebsamkeit, die seit der Fertigstellung des Modells zwischen Regierungen, Großbanken und Tech-Unternehmen ausgebrochen ist. Bislang sei „Mythos“ vierzig Unternehmen und Institutionen bereitgestellt worden, ausschließlich in den USA und Großbritannien. Natürlich können Banken und Tech-Unternehmen das System nutzen, um Fehler in ihrer Software zu finden und zu beheben. Sie kann aber eben auch für Angriffe genutzt werden. Mittlerweile gibt es auch erste Hinweise darauf, dass es unautorisierten Zugriff auf das Modell gegeben habe, und ohnehin gehen viele davon aus, dass zumindest mit China auch ein geopolitischer „Rivale“ des Westens bald ein



entsprechendes Modell entwickeln – oder möglicherweise bereits darüber verfügen – könnte. Die Möglichkeit eines Flash Wars durch autonome Cyberwaffen scheint damit in greifbarer Nähe.

KI-Zielfindung für konventionelle Angriffe

Auch im konventionellen Krieg könnte der Kontrollverlust durch den Einsatz von sog. „Künstlicher Intelligenz“ bereits weiter fortgeschritten zu sein, als vielen bewusst ist. Relativ klar scheint, dass die israelische Armee (IDF) bei ihren Luftangriffen auf Gaza in großem Stil Ziele angegriffen hat, die von KI-Systemen vorgeschlagen bzw. „produziert“ wurden, wie der Journalist und Filmemacher Yuval Abraham anhand anonymer Zeugenaussagen von Beteiligten enthüllt hatte.⁵ Neben den halbherzigen Dementis der IDF spricht nach Auffassung des Autors die schiere Masse der in dem kleinen Küstenstreifen angegriffenen Zielen dafür. Allein in den ersten sechs Tagen des Krieges wurden auf einem Gebiet von der Fläche des Großraums München 3.600 Ziele aus der Luft angegriffen, in den folgenden drei Wochen über 8.000 weitere (400 neue Ziele pro Tag). Selbst im Dezember 2023 konnte Israel im weitgehend zerstörten Gebiet noch fast 300 neue Ziele pro Tag identifizieren und bombardieren. Letztlich käme das eher einem technologisch legitimierten Flächenbombardement als gezielten Angriffen gleich, folgerte damals der Autor.⁶ Die Systeme zur KI-gestützten, massenweisen Produktion von Zielen „funktionieren letztendlich nicht anders als eine große ungenaue Bombe“, kritisierten damals auch drei deutsche Friedensorganisationen und forderten entsprechend eine „völkerrechtliche Ächtung von Praktiken des Targeted Killing mit unterstützenden KI-Systemen [...] als Kriegsverbrechen“.⁷

Auch beim Angriffskrieg der USA und Israels auf den Iran kamen nach verschiedenen Berichten in großem Maßstab KI-basierte Systeme zur Zielfindung zum Einsatz. „Im Iran-Krieg haben die USA und Israel in kurzer Zeit auffallend viele Ziele angegriffen. Fachleute führen die hohe Geschwindigkeit und Koordination der Angriffe auch auf den verstärkten Einsatz von Künstlicher Intelligenz zurück“, berichtet tagesschau.de und verweist auf das „Maven Smart System“ (MSS) von Palantir. Mit dessen Hilfe seien „in der Anfangsphase [...] binnen 24 Stunden Hunderte bis rund 1.000 Ziele ausgewählt und ange-

griffen worden sein“.⁸ Früh kamen auch Gerüchte auf, „ob auch die Bombardierung der Shajareh-Tayyeb-Grundschule im Süden Irans, bei der mindestens 168 Menschen ums Leben kamen, auf eine KI-gestützte Entscheidung zurückzuführen ist“.⁹ Später wurden die Luftangriffe Israels und der USA ganz offensichtlich und bewusst auch auf zivile Ziele wie Brücken, Bahnlinien und Forschungseinrichtungen ausgeweitet. Während v.a. für die Angriffe der ersten Stunden eigentlich davon ausgegangen werden könnte, dass die Streitkräfte der USA und Israels durchaus auch auf konventionellem Wege genug Ziele auf dem Gebiet ihres Erzfeindes Iran vorbereitet haben dürften, ist der Einsatz von KI-Systemen bei der Ermittlung immer weiterer – auch ziviler – Ziele durchaus naheliegend in einem Krieg, der sich offenbar länger hinzog, als von den Angreifern ursprünglich erwartet.

Strategischer Kontrollverlust

Der Verdacht liegt nahe, dass in den Fällen Gaza und Iran der Einsatz von KI etwas beschleunigt hat, was man vielleicht als 'strategischen Kontrollverlust' bezeichnen könnte: Dass sich der Fokus militärischen Handelns vom eigentlichen politischen Ziel zunehmend auf eine fortsetzbare und fortgesetzte Zerstörung als Selbstzweck verlagert.

Nach dem humanitären Völkerrecht – dem 'Recht IM Krieg' – ist bei jedem militärischen Angriff auf ein militärisches Ziel, bei dem auch mit zivilen Opfern oder Schäden zu rechnen ist, eine individuelle Abwägung zwischen dem erwartbaren militärischen Nutzen und den absehbaren zivilen Kosten zu treffen. Das hat nicht primär 'moralische' Gründe, sondern soll auch in einem rein rationalen Sinne der Einhegung des tendenziell ausufernden Charakters von Kriegen dienen – kann z.B. auch einem völlig ausufernden Verbrauch (militärischer) Ressourcen entgegenwirken.

Ganz konkret bedeuten die Anforderungen des humanitären Völkerrechts wie auch die etablierte militärische Praxis, dass sich Menschen mit jedem einzelnen Ziel und dessen Relevanz für das Erreichen der strategischen Ziele beschäftigen (sollten). Das kann dazu führen, dass innerhalb der militärischen Kommandokette ein Bewusstsein dafür entsteht, dass die politischen oder militärischen Ziele mit einer Fortführung vergleichbarer Angriffe oder vielleicht auch ganz grundsätzlich nicht erreicht werden können. Das kann auch dazu führen – und hat auch schon dazu geführt –, dass sich auf die Ankündigungen des Oberbefehlshabers, die Angriffe zu intensivieren (typischer Weise gerade im Falle ausbleibender strategischer Erfolge), hochrangige Militärs zu Wort melden und zum Beispiel andeuten, dass es keine lohnende Ziele mehr gäbe. Die Verwendung von KI-basierten Systemen zur „Entscheidungsunterstützung“ führt in der Verbindung mit der entsprechenden Verfügbarkeit „kinetischer Wirkmittel“ zu einer anderen Praxis und damit vermutlich zu

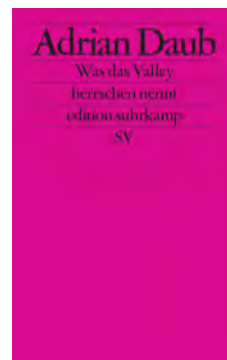
einer schleichenden Veränderung der Kriegführung. Durch eine Modulation weniger Parameter durch wenige Klicks können täglich, vermutlich innerhalb von Sekunden, hunderte neue Ziele von zweifelhaftem strategischem Nutzen freigeschaltet werden – ggf. nur, um die Ankündigungen des Oberbefehlshabers auf Truth Social und anderen „sozialen Netzwerken“ umsetzen zu können: Eine tendenzielle Entkoppelung fortgesetzter Zerstörung von ihren politischen oder strategischen Zielen.

Gesellschaftlicher und politischer Kontrollverlust

Was aber sind eigentlich die politischen oder strategischen Ziele der Unternehmen, welche die Technologien und Infrastrukturen für diese Art der Kriegführung bereitstellen? Diejenigen Technologien und Infrastrukturen, die weitgehend identisch sind mit jenen, die im Zuge der „Digitalisierung“ auch in die zivile Verwaltung, das Gesundheits- und zunehmend das Bildungswesen einsickern und den öffentlichen Raum zumindest insofern weitgehend beherrschen, als damit diejenigen technischen Medien gemeint sind, über die wir und v.a. die Politik hauptsächlich kommunizieren, Meinungen gebildet werden?

Da ist – oder war einmal – in erster Linie der Profit. Es existieren je nach Erhebungsmethode verschiedene Listen der zehn reichsten Menschen der Erde, mindestens sieben davon sind unmittelbar dem Bereich Big Tech/Big Data und damit der Grundlage des gegenwärtigen KI-Booms zuzurechnen. An der Spitze fast aller dieser Listen steht Elon Musk, Trump-Unterstützer und zumindest Proto-Faschist. Viele, v.a. die aktuellsten Statements der meisten westlichen Regierungen, auch Reden z.B. der EU-Kommissionspräsidentin, sind nur über seine Plattform X abrufbar. Musk ist zugleich ein Warlord der neuesten Generation, der offenbar persönlich darüber entscheidet, welche Kriegspartei in der Ukraine die Dienste von Starlink wo nutzen kann, und damit z.B. massivere ukrainische Angriffe auf die Krim verunmöglicht hat, die mit seiner Unterstützung möglich gewesen wären.

Palantir, das Unternehmen, das u.a. hinter dem von Alphabet/Google geerbten Projekt Maven steht, ist nach eigener Darstellung über seine Software ebenfalls an vorderster Front an taktischen Entscheidungen der ukrainischen Kriegführung und über MSS angeblich auch an der Zielfindung im Krieg gegen den Iran beteiligt. Hinter Palantir steht wiederum der extrem rechte Investor Peter Thiel, der einst gemeinsam mit Elon Musk Paypal gegründet und damit seine ersten Millionen verdient hat. Palantir als Unternehmen hat kürzlich auf X (Musk) das eingangs erwähnte 22-Punkte-Manifest veröffentlicht, das sich wesentlich an Thiels Buch „Die Technologische Republik [...] und die Zukunft des Westens“ orientiert. Das Manifest ist offen rassistisch, predigt einen (KI-gestützten) Kulturkampf und fordert u.a. die „Beendigung der Nachkriegs-Kastration Deutschlands“.¹⁰ In den deutschen Leitmedien war Thiel zuletzt ein Thema, weil er in eines



jener Startups (Stark Defence) investiert hatte, die weitgehend autonome Kamikazedrohnen für die Bundeswehr herstellen – potentiell autonome Waffensysteme, die trotz kurzfristiger Kritik an den Positionen Thiels nun per Beschluss des Bundestages für bis zu 2,9 Mrd. (stückchenweise, zunächst wohl nur für 270 Mio., da die Systeme offensichtlich noch nicht ausgereift sind) angeschafft werden sollen.¹¹

Ähnlich dubios verliefen zuvor in Deutschland auf Länderebene verschiedene Vertragsabschlüsse der Innenministerien bzw. Polizeibehörden mit Palantir zur Nutzung von deren KI-basierter Software zur „Kriminalitätsbekämpfung“ und letztlich Massenüberwachung. Wer genau auf wessen Weisung unterschrieben hatte, blieb teilweise im Unklaren. In vielen Fällen stellten Verwaltungs- und Landesverfassungsgerichte die Rechtswidrigkeit der Anwendung der entsprechenden Software fest – mit der Konsequenz, dass die Polizeigesetze der Länder entsprechend angepasst oder eine undurchsichtige provisorische Anwendung beschlossen wurde.

KI: Deregulierung als globaler Wettbewerb

„Künstliche Intelligenz“ war von Anfang an ein Versprechen, das sich ans Militär wandte – und an Geldgeber*innen. Als Versprechen blieb sie fast zwangsläufig vage, entsprechend geeignet für Utopien und Dystopien gleichermaßen. Jetzt ist sie da, zumindest ist sie in aller Munde, begegnet uns täglich in den Schlagzeilen, ihren Inszenierungen, unserem alltäglichen Medienkonsum und der darin zunehmend integrierten persönlichen Kommunikation.

Es ist eine Künstliche Intelligenz, die wenige Menschen unverschämt reich und mächtig werden lässt, die dazu führt, dass Atomkraftwerke wieder hochgefahren, neue Gaskraftwerke gebaut werden, dass mit Milliarden-Subventionen Wälder für Rechenzentren und Chip-Fabriken gerodet werden. Es ist eine Künstliche Intelligenz, die in Gaza über Leben und Tod ganzer Familien entscheidet und in der Ukraine täglich tausende Drohnen in ihre menschlichen oder infrastrukturellen Ziele begleitet. Es ist eine Künstliche Intelligenz, die an vielen Orten schon lange mitentscheidet, wer Sozialleistungen erhält oder wegen Betrugs verfolgt wird. Es ist eine KI, die all das – Datenakkumulation, riesige Energiemengen, ständig ak-

tualisierte Rechenkapazitäten und ihre laufende Erprobung in der Praxis braucht und voraussetzt. Es ist eine KI, die massiv von der krisenhaften Zuspitzung geopolitischer Konflikte und der Marginalisierung des Völkerrechts profitiert. Es ist eine KI, die vielleicht nur deshalb gerade in die Welt kommt, weil Staaten bereit sind, alles dafür zu tun (und aufzugeben), was ihnen den geringsten Vorteil im Wettlauf um die fortschrittlichste Software und die dafür nötigen Rechenkapazitäten verschaffen könnte. Es ist eine KI, die Deregulierung – vom Völkerrecht bis zum lokalen Baurecht – braucht.

Auf Ebene der Europäischen Union hatte auch der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz eine solche Deregulierungsinitiative in seiner Regierungserklärung vom 18. März angekündigt¹² – obwohl ihm hierfür eigentlich die politische Kompetenz fehlt. Diese Regierungserklärung war mit Spannung erwartet worden, da sie eine Möglichkeit zur Positionierung der Bundesregierung im Hinblick auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zweier enger Verbündeter – der USA und Israels – auf den Iran geboten hätte. Hierzu kamen jedoch nur zusammenhangslose Sprechblasen. Stattdessen wettete Merz in AFD-Manier gegen die Brüsseler Bürokratie und kündigte in Elon-Musk-Manier an, aufzuräumen:

„[N]ichts anderes ist diese Bürokratie: überflüssige Wachstumshürden [...]. Ich erwarte deshalb nicht mehr und nicht weniger, als dass die Kommission die Gesamtheit des gültigen EU-Rechts durchforstet. Zwei simple Fragen muss die Kommission dabei beantworten: Wo lassen sich bestehende Gesetze vereinfachen? Und wo können Überregulierungen ersatzlos gestrichen werden? Ich erwarte, dass die Kommission mit der gleichen Rigorosität, mit der sie in der Vergangenheit neue Regeln erlassen hat, heute prüft, wo und wie bestehende Gesetze und Gesetzesvorschläge zurückgenommen werden können, die unsere Bürgerinnen und Bürger, die unsere Unternehmen in Europa belasten. Was wir an Regulierung nicht brauchen, muss weg.“

Eine massive Deregulierung forderte Merz auch im Hinblick auf KI: „Wenn wir mehr industrielle künstliche Intelligenz made in Europe haben wollen – und wir haben die Akteure dieser Innovation dafür in Europa –, dann müssen wir die Regeln auf der europäischen Ebene schlanker und einfacher gestalten und auch hier mehr Freiräume schaffen. Europa reguliert auch im Bereich der künstlichen Intelligenz zu viel.“¹³

Und obwohl Merz persönlich und die CDU insgesamt keine eskalierende Weltlage und eskalierende KI-Kriegführung brauchen, um solch ein Programm anzukündigen, schließt sich hier doch der Kreis zum „Mythos“ von Anthropoc und dem entgrenzten Einsatz von KI auf den Schlachtfeldern. Je mehr KI zur geopolitischen Wunderwaffe und globalen Gefahr wird, desto mehr sehen sich zumindest diejenigen Regierungen nahezu gezwungen, sie zu deregulieren, die im Konzert der Mächte in der ersten Reihe mitspielen wollen.

Kritische Analysen

Im Dezember 2025 hatte Francesca Bria in der *Monde Diplomatique* unter dem Titel „United States of Palantir“ einen vielbeachteten Beitrag veröffentlicht. Er beschreibt einen „grundlegenden Umbau des Staates“ in den USA, bei dem Tech-Unternehmen wie Palantir und Anduril, „an deren Software wichtige hoheitliche Aufgaben delegiert werden“, eine „Hauptrolle spielen“. „Dieser Trend zur ‚Privatisierung der Souveränität‘ setzt sich immer mehr auch in Europa durch“, so Bria weiter.¹⁴ Mitte 2025 bereits erschien ein kleines Büchlein des Philosophen und Mathematikers Rainer Mühlhoff mit dem Titel „Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus“ im Reclam-Verlag und wurde relativ breit besprochen.¹⁵ Mühlhoff arbeitet darin die strukturelle Nähe von Daten-, Reichtums- und Machtakkumulation einerseits und faschistischen und eugenischen Gesellschaftsbildern andererseits heraus. Den konkreten Aufhänger für Mühlhoffs Analyse bot der zweite Amtsantritt Trumps und die Einsetzung Musks als Leiter des Department of Government Efficiency (Doge) und deren putsch- und säuberungsartiges Vorgehen gegen den Verwaltungsapparat mit Mitteln der Daten- und Zugriffsaneignung und der KI. Anfang 2026 erschien beim Suhrkamp-Verlag das Buch „Was das Valley herrschen nennt“ von Adrian Daub,¹⁶ Literaturwissenschaftler in Stanford, quasi im Herzen des „Ökosystems“ Silicon Valley. Auf einem ganz anderen Weg – wie schon in seinem vorangegangenen Buch „Was das Valley Denken nennt“, nämlich aus Alltagserfahrungen und den konkreten Diskursen/Dispositiven des „Ökosystems“ – kommt er zu ähnlichen Schlüssen wie Mühlhoff, beschreibt aber ohne nennenswerte Bezüge zu Trump und damit einer hoffentlich endenden Legislaturperiode einen fundamentalen Bruch: „In den letzten fünf Jahren haben die [Startups und Big-Tech-] Unternehmen aufgehört, uns die Welt zu versprechen, und geben sich stattdessen damit zufrieden, sie zu dominieren“. Sie haben es nicht mehr nötig, sich einen irgendwie progressiven Anstrich zu verpassen, zelebrieren offen ihren Machtanspruch, benennen ihre Unternehmen nach explizit negativ konnotierten Fantasy-Ikonen.

Die Zuspitzung der KI-Kritik auf einen neuen Faschismus ist relativ neu und völlig berechtigt. Grundlegende Tendenzen hatte Joseph Weizenbaum 1978 bereits angedeutet,¹⁷ Cathy O’Neil hat in ihrem Buch „Weapons of Math Destruction“ (2016)¹⁸ früh die Asymmetrie herausgearbeitet, mit der Frauen und einkommensschwache Milieus besonders von (für sie) unhinterfragbaren, KI-generierten Verwaltungsentscheidungen betroffen sind. Kate Crawford hat mit ihrem „Atlas of AI“ 2021 – deutscher Untertitel: Die materielle Wahrheit hinter den neuen Datenimperien¹⁹ – den Blick auf den Ressourcenverbrauch Künstlicher Intelligenz geworfen und den damaligen, exkludierenden techno-zentrischen Blick auf konkrete, (post-)koloniale Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse geworfen, KI als einen Diskurs herausgearbeitet, der ein

globales Machtverhältnis der Ausbeutung von Arbeit und Ressourcen kaschiert. In Deutschland erschien bei C.H. Beck 2025 das Buch „Digitaler Kolonialismus“ von Ingo Dachwitz und Sven Hilbig, welches ähnliche Strukturen weniger grundsätzlich, aber umso konkreter und lesenswert darstellt.²⁰

Wachsender Widerstand

Doch der immer offener zutage tretende Machtanspruch der Tech-Unternehmen, die immer offener zutage tretenden Folgen von KI in ihrer Anwendung und v.a. aber auch ihrer Entwicklung bringen auch neue Sichtweisen, Allianzen und Widerstände hervor. So trafen sich vom 10. bis 12. April 2026 Hunderte von Menschen unter dem Titel „Cables of Resistance“ in Berlin zu einer „Bewegungskonferenz gegen Big Tech“. Es kamen tatsächlich Vertreter*innen aus unterschiedlichen Bewegungen zusammen: der Klima- und Umweltbewegung – wegen des durch KI wachsenden Energiebedarfs, des massiven Ausbaus von Gaskraftwerken, Rechenzentren und Chipfabriken; der (vielleicht eher akademischen) antifaschistischen Bewegung – wegen der sozialdarwinistischen, eugenischen und teilweise offen faschistischen Ideologien der Big-Tech-Unternehmen und ihres langsamen Einsickerns in Politik und allgemeinen Diskurs; der queer-feministischen Bewegungen, der stadtpolitischen Bewegungen und natürlich auch der antimilitaristischen Bewegungen.

Das Bemerkenswerte war, dass die verschiedenen Bewegungen hier nicht um Relevanz konkurrierten, sondern soweit ersichtlich tatsächlich einen zusammenhängenden Problembereich sahen, dem es gemeinsam etwas entgegenzustellen galt. Zwar gab es relativ wenige Workshops und Podien, die explizit dem Themenstrang „Antimilitarismus“ zugeordnet waren – entsprechende Aspekte spielten aber an vielen Stellen eine Rolle. Es gab auch wenig erkennbare Brüche oder Konflikte zwischen eher reformistischen Ansätzen, die an die technische oder politische Lösbarkeit vieler der angesprochenen Teilprobleme glauben (wollten) und jenen, die einen grundlegenden Zusammenhang zwischen ihnen und den bestehenden Machtstrukturen hervorheben. In erstaunlicher Klarheit hieß es im zuvor von den Organisator*innen veröffentlichten Entwurf eines Manifestes zur Konferenz:

„Wir lehnen insbesondere 'Künstliche Intelligenz' grundsätzlich ab und halten Gegenwehr für dringend nötig, um zerstörerische Soft- und Hardware unschädlich zu machen und den technokratisch-autoritären Umbau von Gesellschaften zurückzudrängen.“²¹

Wer sich eine Konsequenz dieser Ablehnung gar nicht mehr vorstellen kann, dem sei z.B. die Lektüre von Josefine Rieks Roman „Serverland“ von 2018 empfohlen: Ein Near-Future-Szenario, das einige Jahre nach der Abschaltung des Internets spielt; in einer Generation, die in einer nur leicht entschleunigten und deglobalisierten Welt ohne Big Data aufgewachsen ist und Partys in den stillgelegten

und zerfallenden Rechenzentren am Rande der Städte feiert. Science Fiction muss nicht immer dystopisch sein; ein politisches Programm allerdings auch nicht.

Anmerkungen

- 1 Angela Göpfert: Von 'Techno-Faschismus' und Milliardenengeschäften, www.tagesschau.de (28.4.2026).
- 2 Vgl.: „Das Grundrechtekomitee lehnt Palantir-Gesetze und biometrische Rasterfahung ab“, www.grundrechtekomitee.de (1.4.2026).
- 3 Karl Hans Bläsius: Künstliche Intelligenz und Krieg - Welche Risiken entstehen, wenn der Mensch die Kontrolle verliert?. Springer, Februar 2026 (S.65ff).
- 4 Paul Mozur, Adam Satariano: Anthropic's New A.I. Model Sets Off Global Alarms, www.nytimes.com (22.4.2026).
- 5 Yuval Abraham: 'A mass assassination factory': Inside Israel's calculated bombing of Gaza, www.972mag.com (30.11.2023) und Yuval Abraham: 'Lavender': The AI machine directing Israel's bombing spree in Gaza, www.972mag.com (3.4.2024).
- 6 Christoph Marischka: AI-based Targeting - The Case of Gaza, Paper presented at the Pre-Conference Workshop "Imaginations of Autonomy: On Humans, AI-Based Weapon Systems and Responsibility at Machine Speed", 22-24 May 2024, at the Paderborn University, veröffentlicht unter: <https://www.imi-online.de/download/MeHuCo-Gaza-Paper-Editiert.pdf>.
- 7 Arbeitskreis gegen bewaffnete Drohnen, Informationsstelle Militarisation, Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung: Mythos 'Targeted Killing': Gegen die Rationalisierung von Krieg, <https://berlinergazette.de> (9.5.2024).
- 8 Philipp Weimar, Kira Drössler, Jasmin Klofta: Wie Algorithmen Angriffe beschleunigen, www.tagesschau.de (23.4.2026).
- 9 Piotr Heller: KI kämpft in Iran längst mit, www.faz.net (10.03.2026).
- 10 L.S.: Vom Tech-Feudalismus zum Tech-Faschismus?, www.imi-online.de (22.4.2026).
- 11 Christoph Marischka: Zur Ökonomie des Drohnenkrieges, www.imi-online.de (24.4.2026).
- 12 Deutsche Bundesregierung: Regierungserklärung von Bundeskanzler Friedrich Merz zum Europäischen Rat am 19./20. März 2026 vor dem Deutschen Bundestag am 18. März 2026 in Berlin, www.bundesregierung.de. Ebd.
- 13 Francesca Bria: United States of Palantir, monde-diplomatique.de (13.11.2025).
- 14 Rainer Mühlhoff: Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus. Reclam, Juli 2025.
- 15 Adrian Daub: Was das Valley herrschen nennt. Suhrkamp, 2026.
- 16 Joseph Weizenbaum: Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft. Suhrkamp, 1978.
- 17 Cathy O'Neil: Weapons of Math Destruction. Crown Books, 2016.
- 18 Kate Crawford: Atlas der KI - Die materielle Wahrheit hinter den neuen Datenimperien. C.H.Beck, 2024.
- 19 Ingo Dachwitz, Sven Hilbig: Digitaler Kolonialismus - Wie Tech-Konzerne und Großmächte die Welt unter sich aufteilen. C.H. Beck, 2025.
- 21 „Manifest 1.0“, <https://cableresist.de/de/>.

Woher kommt der „Drohnenwall“?

Zum Narrativ des Schutzes mittels Drohnen

von Franz Enders

Als Ursula von der Leyen im Rahmen des EU-Gipfels am 1. Oktober 2025 vor die Öffentlichkeit trat und die Einrichtung eines gegen Russland gerichteten „Drohnenwalls“ ankündigte, erregte sie mit diesem futuristisch anmutenden Konzept einiges an Aufsehen. Doch selbst für Personen, die sich viel mit Fragen von digitaler Aufrüstung befassen, ist kaum nachvollziehbar, was genau dieses Vorhaben beinhaltet, woher die Pläne kommen und was überhaupt technisch umsetzbar ist. Dieser Text soll einen groben Überblick über den Verlauf der Debatte und den Stand der Dinge geben.

Dass ein Drohnenwall an der NATO-Ostflanke gegen Russland zum Einsatz kommen sollte, wurde das erste Mal im Mai 2024 von der litauischen Innenministerin Agnė Bilotaitė angekündigt. Die Ankündigung eines „Baltic Drone Walls“, der von Norwegen bis Polen reichen sollte, war zu diesem Zeitpunkt allerdings noch recht unkonkret, ebenso sein Anwendungsgebiet. Genannt werden in den wenigen verfügbaren Artikeln aus dem Jahr 2024 die Bereiche Verteidigung gegen militärische Aggression aus Russland und Belarus sowie Migrations- und Schmugglerbekämpfung. Dabei wird das Projekt im Wesentlichen als Überwachungs- und Drohnenbekämpfungsinitiative vorgestellt. Kurze Zeit später kündigte Gundbert Scherf, CEO des Drohnen- und Militärsoftware-Startups Helsing aus München, gemeinsam mit der damaligen estnischen Premierministerin Kaja Kallas den Aufbau einer Helsing-Niederlassung in der Hauptstadt Tallinn an, um die Verteidigung der NATO-Ostflanke zu unterstützen und mit eigenen Produkten zu bereichern. Bis 2027 will Helsing dort 70 Millionen Euro investieren und scheint damit einige in Estland ansässige und in diesem Bereich tätige Unternehmen auszumanövrieren.

Die nächsten Meldungen rund um den Drohnenwall: Im März 2025 lehnte die EU einen 12 Millionen Euro umfassenden Finanzierungsantrag der baltischen Staaten ab – allerdings wohl nicht aus grundsätzlicher Abneigung, sondern weil man größere Pläne hatte, spekuliert German Foreign Policy.* Davon unbeirrt verfolgten die baltischen Staaten dieses Projekt nun auf eigene Faust weiter.

Drohnen als „intelligentes Minenfeld“?

Etwa zur gleichen Zeit erscheint ein Strategiepapier aus den Reihen der deutschen Rüstungs-Startup-Lobby unter dem sprechenden Namen „SPARTA“. Zwar ist auch hier noch nicht ganz klar, was man sich unter so einem Drohnenwall vorzustellen hat, dafür wird in der parallel losgetretenen Medienkampagne von eben jenen Akteuren an Ausführungen nicht gespart. So wird Helsing's Gundbert Scherf in zahlreichen Artikeln mit der Forderung nach einem Drohnenwall zitiert, der als eine Art intelligentes Minenfeld gegen feindliche Soldat*innen eingesetzt werden soll, welches eigene Streitkräfte unbehelligt lässt. Hier liegt der Fokus nun nicht mehr auf Aufklärung, sondern auf autonom agierenden Drohnenschwärmen, die algorithmusgesteuert und mindestens teilautonom ihre (menschlichen) Ziele erfassen und ausschalten. Dieser Drohnenwall soll, so die Behauptung, wesentlich personalsparender und kostengünstiger sein als herkömmliches Kriegsgeschütz und dieses weitgehend überflüssig machen. Dafür schlug Helsing in branchentypischem Größenwahn die Beschaffung von zehn- bis hunderttausenden Drohnen eigener Bauart vor.

Kritik an dieser Art von Technologiefetischismus ließ nicht lange auf sich warten – und kam nicht nur aus notorisch rüstungskritischen Reihen, sondern auch von der Aufrüstung durchaus wohlgesonnenen Stellen, die die Machbarkeit solcher Konzepte in Frage stellten. So kritisierte das Militärmagazin „Hartpunkt“ die Drohnenwall-Debatte im April 2025 als populistisch und realitätsfern – schon allein deshalb, weil schlechte Witterungsbedingungen den „Drohnenwall“ vorübergehend unbrauchbar machen würden und die Grenzen somit ungeschützt ließen. Außerdem wurde an einigen Stellen die technische Machbarkeit einer so umfassenden Schwarmsteuerung hinterfragt.

Von solcherlei kritischen Stimmen unbeirrt kündigte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Anfang Oktober 2025 die Realisierung eines Drohnenwalls an, der sich – nun, etwas seriöser klingend, „European Drone Defence Initiative“ (EDDI) genannt – nicht mehr

nur über die NATO-Ostflanke, sondern über die gesamte EU erstrecken sollte. Die EDDI soll bereits 2026 im ersten Stadium einsatzbereit und 2027 fertiggestellt sein. Offizieller Auslöser für diese Ankündigungen waren Berichte über angebliche durch Russland verursachte Luftraumverletzungen durch Drohnen. Von einem fliegenden intelligenten Minenfeld war hier nun allerdings keine Rede mehr, stattdessen ging es um Drohnenabwehr durch eigene Drohnen sowie den Aufbau von Monitoringsystemen – wohlgerne auf Basis äußert dünner Beweislast, dass Russland tatsächlich für die ständig beklagten angeblichen Drohnensichtungen verantwortlich ist und nicht verirrte Hobbydrohnenpiloten (oder auf Großaufträge spekulierende deutsche Drohnenproduzenten).

Erfolgreiche Lobbyarbeit

Bemerkenswert ist dabei nicht nur das geflissentliche Ignorieren einer breit geteilten Skepsis bezüglich eines solchen Vorhabens, sondern auch der Umstand, dass gleich zwei Protagonist*innen der EU-Kommission in Verbindung zum deutschen Hauptprofiteur Helsing stehen. Die bereits erwähnte Kaja Kallas ist nun nicht mehr estnische Premierministerin, sondern EU-Außenbeauftragte und Kommissionsvizepräsidentin. Präsidentin der EU-Kommission ist Ursula von der Leyen, die im Zusammenhang mit der sogenannten „Berateraffäre“ seit 2018 immer wieder Schlagzeilen macht. Ebenfalls zentral in

diesem Komplex: Gundbert Scherf, damals militärischer Berater im Verteidigungsministerium unter von der Leyen, heute CEO von Helsing. Dass nun die EU-Kommission den Drohnenwall zu ihrer „höchsten Priorität“ erklärt, dürfte den hiesigen Drohnenbauern verlässliche Aufträge sichern (erste Großaufträge zur Überwachung der NATO-Ostflanke wie die sogenannte „URANOS-KI“ gingen in diesem Rahmen bereits an Helsing, Quantum Systems und andere), auch wenn er mit dem ursprünglich aus der Industrie vorgeschlagenen Konzept scheinbar nicht mehr viel zu tun hat.

Den unersättlichen Rüstungschefs ist das allerdings erwartungsgemäß nicht genug: Während Scherf umfassendere Drohnenbeschaffungen als bisher geplant fordert, betont Florian Seibel, Gründer von Quantum Systems und Stark Defence, die Bedeutung des Aufbaus umfassender Produktionskapazitäten und mischt sich dementsprechend ebenfalls aktuell stark in die Drohnenwall-Debatte ein. So oder so: Mit der voranschreitenden Aufrüstung gegen Russland brauchen sich die alten und neuen Rüstungskonzerne der BRD keine Sorgen um ihre ökonomische Zukunft zu machen.

* The Drone Crisis (II), [german-foreign-policy.com](https://www.german-foreign-policy.com/en/news/analysis/2025/10/01/the-drone-crisis-ii/), 1.10.2025.

Ukraine: „Battlefield Laboratory“

Im IMI-Standpunkt 2026/24 zur „Ökonomie des Drohnenkrieges“ wurde auch die Rolle der Ukraine als Testfeld für neue Waffensysteme hervorgehoben: „Das hatte der damalige ukrainische Minister für digitale Innovation und heutige Verteidigungsminister Mykhailo Fedorov bereits im ersten Jahr des Krieges genauso angekündigt: ‚Our big mission is to make Ukraine the world’s tech R&D lab.‘ (Red.: ‚Unsere große Mission ist es, die Ukraine zum technologischen Forschungs- und Entwicklungszentrum der Welt zu machen.‘) Wieder und wieder lud er westliche Rüstungsunternehmen ein, ihre Systeme im Krieg in der Ukraine zu testen und weiterzuentwickeln.“

Mit erstaunlicher Offenheit wird das mittlerweile auch in der (wirtschaftsnahen) deutschen Presse so geäußert, gestern etwa in einem Beitrag bei handelsblatt.com: „Vor allem Investoren sehen in der Ukraine zunehmend eine Art „battlefield laboratory“, in dem neue Technologien – von Drohnen bis KI-Anwendungen – unter Gefechtsbedingungen entwickelt und getestet werden, und das in kürzester Zeit. Die Lesart, dass die Ukraine vom Bittsteller zum Fortschrittstreiber wird, setzt sich auch in Berlin durch.“

Am selben Tag berichtete u.a. n-tv.de über eine Ansprache des ukrainischen Präsidenten Selenskyj, wonach sich aus „der großen Waffenexpertise, die das Land in den vier Jahren Krieg gegen Russland gewonnen habe“, „Exportmöglichkeiten“ ergäben, „um die Finanzen des Landes aufzubessern“. In manchen Bereichen würde mehr produziert, als man selbst für den anhaltenden Krieg bräuchte, teilweise bestünden 50% Überkapazität. Während die Ukraine also selbst Waffen – genannt werden immer wieder Drohnen – ins Ausland exportiert, werden weiter aus den Haushalten westlicher Verbündeter Waffen bezahlt und an die Ukraine geliefert. Für viele ein einträgliches Geschäftsmodell, das ein Anhalten des Krieges aus ihrer Sicht profitabel erscheinen lässt. Insbesondere der Aufstieg Deutschlands – des in finanzieller Hinsicht größten Unterstützers der Ukrainischen Armee und Rüstungsindustrie – zu einem führenden Hersteller kampferprobter Kamikazedrohnen und Kampfroborer wäre ohne ihn kaum denkbar gewesen. Das tragische ist v.a., dass in diesem Krieg weiter täglich Menschen sterben und die Umwelt zerstört wird. (cm)

Geschenk für die Rüstungsindustrie

Kabinett beschließt Finanzplanung bis 2030

von Jürgen Wagner

Ein tolles Präsent hatte Regierung am 29. April kurz vor dem Tag der Arbeit parat. Damit die Menschen auch wissen, für was sie schufteten, beschloss das Kabinett den „Finanzplan des Bundes 2026 bis 2030“, den Bundesfinanzminister Lars Klingbeil mit folgenden Worten präsentierte: „Wir setzen auf Investitionen und Reformen, um Deutschland stärker und krisenfester zu machen.“ So ziemlich genau das Gegenteil ist aber der Fall, denn das Einzige, was wirklich weiter steigt, sind die Militärausgaben.

Für 2026 sind Militärausgaben (v.a. Verteidigungshaushalt, aber auch weitere militärrelevante Posten nach NATO-Kriterien) von 100,9 Mrd. Euro plus 25,5 Mrd. aus dem Sondervermögen der Bundeswehr vorgesehen (2021 beliefen sich die Ausgaben nach NATO-Kriterien noch auf 52,4 Mrd. Euro). Mit den nun beschlossenen Eckwerten wird für 2027 mit Militärausgaben von 125 Mrd. Euro gerechnet und aus dem Sondervermögen, das danach aufgebraucht sein wird, sollen 27,5 Mrd. Euro hinzukommen. Damit liegen die neuen 2027er-Zahlen noch einmal um satte 16,9 Mrd. Euro über dem bisher gültigen „Finanzplan des Bundes 2025 bis 2029“ von September 2025.

Und so soll es auch die folgenden Jahre weitergehen: Für 2028 sind 167 Mrd. Euro vorgesehen (zuvor 152 Mrd. Euro) und für 2029 wird nun mit 176 Mrd. Euro geplant (zuvor 168 Mrd. Euro). Für das bisher noch nicht in die Planungen mit einbezogene Jahr 2030 wird mit 196,4 Mrd. Euro noch einmal eine deutliche Erhöhung anvisiert. Davon sollen auf den Verteidigungshaushalt 179,8 Mrd. Euro entfallen, hinzu kommen die Ausgaben für Zivil- und Bevölkerungsschutz (2,8 Mrd. Euro), für die Nachrichtendienste (2,7 Mrd. Euro), für IT-Sicherheit (2,6 Mrd. Euro) sowie für Waffenlieferungen vor allem an die Ukraine (8,5 Mrd. Euro).

Damit frisst der Anstieg der Militärausgaben fast die gesamte geplante Erhöhung des Bundeshaushaltes von 524,5 Mrd. Euro (2026) auf 625,1 Mrd. Euro (2030) auf. Während in fast allen anderen Haushalten gespart wird, würden sich die Militärausgaben 2030 auf 31,4 Prozent des gesamten Haushaltes belaufen. Da dies kaum zu

stemmen ist, sind das Einzige, was ebenso schnell steigt wie die Militärausgaben, die daraus resultierenden Schulden.

Denn nachdem Union, SPD und Grüne dafür an späteren Sperrminoritäten vorbei im März 2025 den Weg freigemacht haben, sind Militärausgaben über einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von der Schuldenbremse ausgenommen. Allein von 2026 bis 2030 werden sich diese Rüstungsschulden laut Finanzplan auf 534,5 Mrd. Euro summieren und für 96 Prozent der neuen Schulden verantwortlich sein. Die Zinszahlungen werden im selben Zeitraum dementsprechend von 30,3 Mrd. Euro (2026) auf 78,7 Mrd. Euro (2030) steigen. Allein dies wird 2030 (bei gleichbleibenden Zinsen) rund 12,5 Prozent des Haushalts verschlingen und künftige Spielräume massiv einschränken.

Angesichts dieser erschreckenden Zahlen ist es erschreckend ruhig in Deutschland. Anders ist das zum Beispiel in Belgien, wo es zu Massenprotesten kommt, bei denen der Zusammenhang von Militarisierung und Sozialabbau eine zentrale Rolle spielt. Im Interview mit german-foreign-policy.com erklärte dazu Peter Mertens, Generalsekretär der Partei der Arbeit Belgiens: „Es sind dieselben Menschen, die die Zeche für beides zahlen: für die Kriege und für die Sparmaßnahmen. Dieser Zusammenhang lässt sich kaum noch ignorieren. Was bei den Militärausgaben hinzugefügt wird, wird den Sozialleistungen abgezogen – es ist fast ein Verhältnis von eins zu eins. Das muss unser Ausgangspunkt sein.“

Wie konnte das denn passieren?

Ein kritischer Blick auf die Debatte um die Ausreisegenehmigungen für Männer* von 17 bis 45 Jahren

von Reza Schwarz

Am Karfreitag 2026, mitten in den als besinnlich geltenden Osterfeiertagen, sorgte eine Meldung der Frankfurter Rundschau online für einen regelrechten Massenaufschrei: „Neue Wehrpflicht-Regel: Männer brauchen Ausreisegenehmigung“.¹

Der § 3 des Wehrpflichtgesetzes (WPfLG) besagt in den Absätzen 2 und 3, dass männliche Personen im Alter von 17 bis 45 Jahren eine Genehmigung bei den zuständigen Karrierecentern der Bundeswehr einholen müssen, wenn sie beabsichtigen, die Bundesrepublik für länger als drei Monate zu verlassen.² § 2 des Wehrpflichtgesetzes, welcher die Anwendung des Gesetzes regelt, besagt in den Absätzen 2 und 3, dass unter anderem der § 3 innerhalb und außerhalb des Spannungs- oder Verteidigungsfalls gilt. Also sozusagen: Ab sofort und immer, ohne die Feststellung, dass Deutschland ein konkreter Angriff droht oder tatsächlich aktiv angegriffen wird!³

Doch wie konnte es passieren, dass so eine bedeutende Einschränkung des Grundrechts auf Freizügigkeit monatelang übersehen wird und erst zufällig entdeckt wird? Genau diese Frage hat mich persönlich auch sehr beschäftigt und ich dachte für einen Moment lang „Wie konnte ich das trotz intensiver Auseinandersetzung mit dem Gesetzestext übersehen?“.

Fragen über Fragen

Diese Ausgangsfrage stellte sich ebenfalls Deutschlands bekanntester Journalist für sicherheits- und verteidigungspolitische Entwicklungen, Thomas Wiegold, in seinem Blog „Augen geradeaus!“. Darüber hinaus merkte er kritisch an, dass das Bundesverteidigungsministerium in der Pflicht gewesen wäre, auch diesen Teil des Gesetzes gegenüber der Öffentlichkeit transparent zu kommunizieren und nicht nur beispielsweise die monetären Anreize eines freiwilligen Wehrdienstes in den Vordergrund zu stellen. Ebenfalls merkte er an, dass sich anhand von Äußerungen seitens des Ministeriums indirekt abgezeichnet hat, dass der Wehrüberwachung, also dass der Staat im Zweifelsfall wissen will, ob du dich irgendwo anders aufhältst und warum, um im „Ernstfall“ auf dich zugreifen zu

können, folgerichtig wieder eine fundamentale Bedeutung eingeräumt wird.⁴

In der Kommentarspalte in diesem Blogbeitrag kommentieren Menschen, die sich als aktive Bundeswehrangehörige bezeichnen. Einer von ihnen mit dem (Nick-)Namen Ronald sagt, dass er die Verwunderung über das vermeintliche Übersehen dieses hochkontroversen Paragraphen absolut teilt: „Jetzt stelle ich die Frage der Fragen – wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass man als Bundeswehrangehöriger oder Betreiber dieser Website mit dem starken Interesse über Sachverhalte zu berichten, genau in den ersten drei Paragraphen essentielle und wichtige Absätze überliest oder gar nicht begreift und somit nicht wahrnimmt, die dann doch sehr einschneidend sind und durch das BMVg noch nirgends großartig kommuniziert wurde? Warum erscheinen erst jetzt solche Berichte? Hätten die Medien nicht auch schon im Vorfeld darüber berichtet oder gar die ganzen Demo-Organisatoren sich für ihre Argumente besser eingelesen? Oder was ist mit der bestimmten Partei, die mitunter die Demos organisiert hatte – vor allem mit ihren Stories für unheimlich viel Unruhe gesorgt hatte. Ich habe eine andere Vermutung, so leid es mir tut. Dieser Passus stand so nicht drin.“ Thomas Wiegold antwortete auf diesen Kommentar: „Oh weh, Verschwörungstheorien. Kann man mir glauben oder nicht, dass ich das tatsächlich übersehen habe, wie viele andere auch. Ich habe auch eine Vermutung warum: Im Gesetz zum neuen Wehrdienst steht dieser Paragraph ja eben nicht im Wortlaut drin – sondern nur der Verweis darauf. Das führte zumindest mich zu der Annahme: ah, da wurde nix geändert, also alles wie bisher ...“.⁵

Eingeschlichen oder zu offensichtlich?

Tatsächlich handelt es sich bei diesem § 3 des Wehrpflichtgesetzes um einen Paragraphen, welcher schon immer Teil dieses Gesetzes war. Dieser wurde zum letzten Mal in „Prä-Zeitenwende Zeiten“ im August 2019 geringfügig abgeändert: nicht mehr Kreiswehrrersatzamt, sondern Karrierecenter der Bundeswehr, keine Wehrpflicht



*Hat er auch gefragt?
Foto: Anete Lūsiņa über
Unsplash.*

für Über-60-Jährige im Spannungs- UND Verteidigungsfall, sondern im Spannungs- ODER Verteidigungsfall.⁶ Doch wann wurde der Passus, der besagt, dass die aktuellen Ausreisegenehmigungen auch außerhalb des Spannungs- oder Verteidigungsfalls gelten, in das Gesetz eingefügt? In der Synopse (= Vergleich von alten und geltenden Rechtsnormen) zum Referentenentwurf vom 31. Juli 2025 ist noch aufgeführt, dass der § 3 erst im Spannungs- oder Verteidigungsfall greift oder wenn eine Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundestags verabschiedet wird, falls die „verteidigungspolitische Lage“ dies erfordert und sich bis dahin nicht genügend „freiwillige“ Rekrut*innen gefunden haben. Also: Ausreisegenehmigung nur im Spannungs- oder Verteidigungsfall oder per ausdrücklicher Rechtsverordnung gemäß § 2a mit Zustimmung des Bundestags außerhalb des Spannungs- oder Verteidigungsfalls.⁷

In der Beschlussempfehlung des Verteidigungsausschusses vom 3. Dezember 2025, also zwei Tage vor der Verabschiedung im Bundestag, wurden in den § 2 zwei neue Abschnitte eingefügt: § 3 und viele weitere gelten innerhalb (Absatz 2) und außerhalb (Absatz 3) des Spannungs- oder Verteidigungsfalls. Es gilt also wie im oberen Abschnitt des Textes bereits erwähnt: Ausreisegenehmigung ab sofort, auch ohne Feststellung des Spannungs- oder Verteidigungsfalls! Ebenfalls wurde die kontrovers diskutierte „Wehrdienstlotterie“ (Bedarfswehrpflicht nach § 2a per Rechtsverordnung) in das Gesetz übernommen.⁸

Weder Synopsen, noch Beschlussvorlagen bilden Gesetzestexte in Gänze ab, dennoch ist es durchaus problematisch, wenn oft auf einen Paragraphen wie § 3 verwiesen wird, dieser aber im Ausarbeitungsverfahren nicht konkret benannt wird. Vor allem für jüngere Menschen, die zum ersten Mal wieder mit dem Thema Wehrdienst in Berührung kommen, birgt das Tücken, weil sie eben nicht wirklich wissen, wie einige (Teil-)Aspekte in der Vergangenheit diesbezüglich gehandhabt wurden. Die deutlich ungemütlichere Frage ist jedoch, wie dieser neue Eingriff in Friedenszeiten Angehörigen der Oppositionsparteien innerhalb des Bundestags oder des Verteidigungsaus-

schusses verborgen bleiben konnte? CORRECTIV versuchte alle Bundestagsfraktionen diesbezüglich per Mail zu kontaktieren und Einblicke in diese „Wehrdienstpanne“ zu erhalten. Das Bundesverteidigungsministerium wollte sich zu solchen internen und vertraulichen Abläufen nicht äußern, die CDU-Fraktion hüllte sich ebenfalls vollständig in Schweigen. Aus der SPD als Regierungspartei kamen vereinzelte Äußerungen, deren Vertreter*innen jedoch anonym bleiben wollten. CORRECTIV berichtet von selbstkritischen Aussagen eines Sozialdemokraten: „Weder das Verteidigungsministerium noch die mit den Verhandlungen betrauten Parlamentarier im Bundestag hätten – bis auf Norbert Röttgen – die notwendige Erfahrung zur Arbeit an Gesetzestexten gehabt. ‚Daher wundert mich auch nicht, wie das kommen konnte‘, sagt er.“ Die LINKE kritisiert vor allem die mangelnde Kommunikation seitens des Verteidigungsministeriums, eine „handwerklich schlecht(e)“ Machart des Gesetzes, sowie den nun eröffneten Raum für weitere Verschärfungen, die in Zukunft diesbezüglich gemacht werden können.⁹

Das BMVg im Rudermodus

Das Bundesverteidigungsministerium teilte über die Internetseite der Bundeswehr am darauffolgenden Dienstag mit, dass es aktuell keine Notwendigkeit für 17- bis 45-jährige Männer* gibt, sich vor einem dreimonatigen Auslandsaufenthalt abzumelden. Diese Regelung sollte erst greifen, wenn „sich die Sicherheitslage verschärfen und der Wehrdienst verpflichtend werden sollte. Für diesen Fall hat das Verteidigungsministerium mit dem Gesetz vorgesorgt.“ Gemäß dieser Mitteilung gibt es auch keine Konsequenzen, welche im Gesetz festgelegt sind, falls man sich nicht abmeldet.¹⁰

In einem Social-Media Post des Verteidigungsministeriums wird diese Meldung auch nochmal aufgegriffen mit dem Titel „Auslandsreisen zukünftig nur mit Genehmigung? Nein! (Myths (and) Facts) Hier die Fakten“.¹¹

Damit diese Ausreisebeschränkungen im Moment nicht praktisch umgesetzt werden müssen, hat das Bundesverteidigungsministerium am 9. April eine sogenannte

Verwaltungsvorschrift erlassen, dass Genehmigungen als pauschal erteilt gelten, solange der Wehrdienst „freiwillig“ ist bzw. im Moment das Einholen dieser Genehmigungen nicht notwendig sei. Dies wird unter anderem auch mit einem unnötigen Verwaltungsaufwand, welcher gegenüber der gegenwärtigen Sicherheitslage nicht angemessen sei, begründet.¹²

Eine andere rechtliche Einschätzung hierzu wurde von dem Juristen Matthias Kneissl über Legal Tribune Online abgegeben: Die bloße Bereitstellung einer Verwaltungsvorschrift, ist – oh, Überraschung – nicht dazu in der Lage einen Fehler in der Gesetzgebung auszubügeln. Sie erzeugt viel mehr auch eine erhebliche Rechtsunsicherheit bei den Bürger*innen, weil diese sich – falls es zu einem Rechtsstreit kommen sollte –, nur eingeschränkt darauf berufen können.¹³

Was jedoch ein klein wenig abseits dieser Debatte darüber hinaus erwähnt werden sollte: Innerhalb des Spannungs- oder Verteidigungsfalls gilt nach §24b, welcher das Aufenthaltsfeststellungsverfahren regelt, nach wie vor auch: Wenn der ständige Aufenthaltsort eines Wehrpflichtigen nicht bestimmt werden kann, übermittelt das zuständige Karrierecenter der Bundeswehr (Wehrersatzbehörde) personenbezogene Daten dem Bundesverwaltungsamt, welches wiederum diese Daten an das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BafZA), an das Auswärtige Amt sowie an Behörden von Grenzpolizeien übermittelt.¹⁴

Die Kernaufgabe eines kriegstüchtigen Staates, die die sogenannte Wehrüberwachung umfasst, spielt also nach wie vor logischerweise eine wichtige Rolle, welche an den entscheidenden Stellen im Gesetz verankert ist. Eine derart chaotisch und überstürzt anmutende Kommunikation, welche durchaus als intransparent und verwirrend bezeichnet werden kann, ist für das Verteidigungsministerium, wenn nicht sogar für die gesamte Bundesregierung ein „fettes Eigentor“ und sät natürlich Misstrauen und erntet Spott.

Kreative Häme

Nach tagelangen hitzigen und viralen Diskussionen auf TikTok und Instagram von Privatpersonen, über politische Content Creator*innen, reichweitenstarke Anwälte*innen bis hin zu „Auswanderungs-Influencer*innen“, kristallisierte sich auch die ein oder andere kreative Protestform heraus.¹⁵ Zum einen wurde eine Internetseite erstellt, auf welcher man Aufenthaltsmeldungen generieren kann, um die „Bundeswehr auf dem Laufenden zu halten“. Neben personenbezogenen Daten können der aktuelle Aufenthaltsort, Gründe für den Aufenthalt (z.B. Arbeit, Einkäufe, Arztbesuche, Behördengänge, Urlaub/Erholung oder sogar der Gang zur Tankstelle), weitere Umstände (z.B. Anreise mit dem KFZ/ÖPNV, in Begleitung, regelmäßig wiederkehrend etc.) sowie Rückfragen an die Behörde (z.B. „Benötige ich ein gesondertes Formular?“

oder „Bitte um Eingangsbestätigung“) gemeldet werden.¹⁶

Auf TikTok gingen beispielsweise Beiträge von Content-Creatoren viral mit Texten wie „Wollte der Bundeswehr nur kurz bescheidgeben[,] dass ich jetzt zum Sport gehe[,] Hoffe das ist ok für euch“¹⁷

oder „Moin Wollte der Bundeswehr nur kurz sagen, dass ich jetzt wieder Wach bin. Bei Problemen jeder Art meldet euch also gerne bei mir! Hoffe ich war nicht zu lange schlafen“.¹⁸

Anmerkungen

- 1 Elzer, Christoph: Neue Wehrpflicht-Regel: Männer brauchen Ausreise-Genehmigung – heftige Kritik am Gesetz, Frankfurter Rundschau, 7.4.2026.
- 2 Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz: Wehrpflichtgesetz (WPfG) – § 3 Inhalt und Dauer der Wehrpflicht, [gesetze-im-internet.de](https://www.gesetze-im-internet.de).
- 3 Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz: Wehrpflichtgesetz (WPfG) – § 2 Anwendung dieses Gesetzes, [gesetze-im-internet.de](https://www.gesetze-im-internet.de).
- 4 Wiegold, Thomas: (Noch) keine Wehrpflicht – aber Ausreise für (theoretisch) Wehrpflichtige nur mit Genehmigung (Update), Augen geradeaus!, 3.4.2026.
- 5 Ebd. In der Kommentarsektion des Beitrags, [augengradeaus.net](https://www.augengradeaus.net), 4.4.2026.
- 6 Synopse aller Änderungen des WPfG am 09.08.2019, [buzer.de](https://www.buzer.de), 9.8.2019.
- 7 Bundesministerium der Verteidigung (BMVg): Synopse zum Referentenentwurf eines Wehrdienstmodernisierungsgesetzes (WDMoG), [bmvg.de](https://www.bmvg.de), 27.8.2025.
- 8 Deutscher Bundestag: Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss) – Drucksache 21/3076, [dserver.bundestag.de](https://www.dserver.bundestag.de), 3.12.2025.
- 9 Eckert, Till; Kaethner, Pamela & Müller, Elena: Sicherheit und Verteidigung: „Das lief keinen geregelten Gang“: Wie es zur Panne um das Wehrdienstgesetz kam, CORRECTIV, 10.4.2026.
- 10 Bundeswehr-Check: Auslandsaufenthalt nur mit Genehmigung der Bundeswehr? [Stand 07.04.2026], [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de) via [web.archive.org](https://www.web.archive.org).
- 11 Instagram-Accounts des Bundesverteidigungsministeriums „verteidigungsministerium“, des Bundesverteidigungsministers Boris Pistorius „boris.pistorius“, der Bundeswehr „bundeswehr“ und Bundeswehr Karriere „bundeswehrkarriere“, Instagram-Karussell Post vom 7.4.2026.
- 12 Bundesministerium der Verteidigung (BMVg): Bekanntmachung über eine allgemeine Ausnahme von der Genehmigungspflicht nach § 3 Absatz 2 des Wehrpflichtgesetzes, [bundesanzeiger.de](https://www.bundesanzeiger.de), 9.4.2026
- 13 Kneissl, Matthias: Denn sie wissen nicht, was sie tun – Genehmigungspflicht für Auslandsaufenthalte wehrfähiger Männer, Legal Tribune Online, 7.4.2026.
- 14 Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz: Wehrpflichtgesetz (WpflG) – § 24b Aufenthaltsfeststellungsverfahren, [gesetze-im-internet.de](https://www.gesetze-im-internet.de).
- 15 TikTok-Account von Tim Hendrik Walter „herranwalt“, Reel vom 4.4.2026.
- 16 Aufenthaltsmeldung: Halte die Bundeswehr auf dem Laufenden!, [abwesenheit-melden.de](https://www.abwesenheit-melden.de).
- 17 TikTok-Account von „linus.rmn“, Foto vom 8.4.2026.
- 18 TikTok-Account von „linus.rmn“, Foto vom 9.4.2026.

Neue französisch-deutsche Nuklearetappe

von Tobias Pflüger

Stationierung französischer Atomwaffen in Deutschland ante portas – ab jetzt Europäisierung der französischen Atomwaffen!

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat am 2. März 2026 mitten in der Angriffswelle der USA und Israels gegen den Iran eine Grundsatzrede zu Atomwaffenentwicklung auf einem französischen Marinestützpunkt auf der bretonischen Landzunge Île Longue gehalten. „Heute kann somit eine neue Etappe der französischen Abschreckung konkretisiert werden.“¹ Offensichtlich gab es davor eine Verständigung mit der deutschen CDU/CSU/SPD-Bundesregierung, weil ein wesentliches Element der Rede Macrons die zukünftige atomare Zusammenarbeit mit Deutschland war. Deutschland bezeichnete Macron in der Atomwaffen-Rede als „Schlüssel-Partner“ Frankreichs.

Frankreichs nukleare Aufrüstung

Der französische Präsident will die Anzahl der atomaren Sprengköpfe Frankreichs aufstocken, auf eine Zahl, die nicht mehr genannt wird. Bisher hat Frankreich nach SIPRI-Angaben 290 von weltweit ca. 12.000 Atomwaffen. Frankreich liegt damit auf Platz vier der Atomwaffenstaaten nach den USA, Russland und China. Macron kündigte an, dass Frankreich bis 2036 ein neues Atom-U-Boot gebaut haben würde und es neue (atomare) Hyperschallraketen geben werde. Bisher hat Frankreich vier Atom-U-Boote, die darauf stationierten Raketen haben mit den Atomsprengköpfen eine Reichweite von ca. 10.000 km. Die Atomwaffen können auch über französische Marschflugkörper ins Ziel gebracht werden, die von Kampfflugzeugen wie Rafale abgeschossen werden, es soll davon ca. 50 mit einer Reichweite von 500 km geben.² „Wer frei sein will, muss gefürchtet sein. Wer gefürchtet sein will, muss stark sein“, so ein Begründungsschlüsselsatz

Macrons für die Aufstockung der französischen Atomwaffen.

Bevor er auf die neue europäische Komponente der französischen Atomwaffen kam, war es Macron wichtig, zu betonen, dass die Verfügungsgewalt über die Atomwaffen allein beim französischen Präsidenten – derzeit er selbst – verbleiben werde. Neben dem „Schlüsselpartner“ Deutschland wurden eine Reihe weiterer EU-Länder von Macron „eingeladen“, sich an einer französisch-europäischen Atomwaffen-Zusammenarbeit zu beteiligen; er nannte Polen, Griechenland, Dänemark, die Niederlande, Belgien und Schweden. Mit weiteren EU-Ländern würden Gespräche geführt. „Es wurden Kontakte zu einer ersten Gruppe von Verbündeten geknüpft, angefangen natürlich mit unserem wichtigsten Partner, Deutschland.“³

Deutscher Schlüsselpartner

Macron kündigte nur mit Deutschland konkret eine gemeinsame Atomwaffenübung an. Eine Stationierung von französischen Atomwaffen in Deutschland stellte er in Aussicht. Interessant, wie Entscheidungen der Bundesregierung inzwischen verkündet werden. Damit scheint die Europäisierung der französischen Atomwaffen beschlossene Sache. Macron wörtlich dazu, dass EU-Staaten an Atomwaffenmanövern zukünftig teilnehmen können und dass Atomwaffen in EU-Ländern stationiert werden können: „Diese Zerstreung auf dem europäischen Gebiet [...] wird die Rechnung unserer Gegner erschweren und wird der vorgelagerten Abschreckung für uns viel Wert verleihen.“ Dieses französisch-deutsch-europäische Atomwaffen-Projekt soll nach Angaben Macrons ausdrücklich ergänzend zur nuklearen Komponente der NATO entstehen. Frankreich beteiligt sich ja bekanntlich nicht an der nuklearen Komponente der NATO. Es geht de facto um ein französisch-deutsch-europäisches Atomwaffen-Aufrüstungsprogramm. Die Bundesregierung hat sich da-



*Ausgangspunkt französischer Abschreckung: Stützpunkt Île Longue, Heimathafen der Atomwaffen-U-Boote.
Foto: Mureau.Henri CC über Wikipedia.*

mit wohl entschieden, zusätzlich zu den US-Atomwaffen, die in Büchel stationiert sind, nun auch noch französische Atomwaffen nach Deutschland zu holen.

Erste Schritte in diesem Jahr

Kurz nach Macrons Rede konnte auch gleich ein gemeinsames Dokument der deutschen und der französischen Regierung im Internet gefunden werden.⁴ Darin heißt es u.a.: „Frankreich und Deutschland haben eine hochrangige Nuklear-Steuerungsgruppe eingerichtet, die 3Is [Fehler im Original] bilateraler Rahmen für den verteidigungspolitischen Austausch und die Koordinierung strategischer Maßnahmen dienen soll. Hierzu gehören Konsultationen über die geeignete Mischung aus konventionellen Fähigkeiten, Raketenabwehr sowie französischen Nuklearfähigkeiten. Frankreich und Deutschland haben vereinbart, in diesem Jahr erste konkrete Schritte in diese Richtung zu unternehmen, darunter die konventionelle Beteiligung Deutschlands an französischen Nuklearübungen, gemeinsame Besuche strategischer Einrichtungen sowie Weiterentwicklung konventioneller Fähigkeiten mit europäischen Partnern.“⁵ Und weiter: „Diese deutsch-französische Zusammenarbeit beruht auf dem gemeinsamen Verständnis, dass die Nukleardimension der Abschreckung ein Eckpfeiler der europäischen Sicherheit bleibt. Diese stützt sich auf die erweiterte Abschreckung der USA, einschließlich der in Europa stationierten US-amerikanischen Nuklearwaffen, sowie auf die unabhängigen strategischen Nuklearstreitkräfte Frankreichs und Großbritanniens, die eine eigene Rolle bei der Abschreckung spielen und bedeutend zur Sicherheit des Bündnisses insgesamt beitragen. Diese deutsch-französische Zusammenarbeit wird die nukleare Abschreckung der NATO sowie die nukleare Teilhabe, zu der Deutschland einen Beitrag leistet und auch weiterhin leisten wird, ergänzen, nicht ersetzen.“⁶

Atomwaffen und Atomkraft

Üblich in der französischen Politik ist auch, dass Atomwaffen und Atomkraft immer verknüpft und zusammen gedacht und gesagt werden. So auch Macron in seiner Grundsatzrede, in der er meinte, die Atomkraftnutzung solle in Frankreich beibehalten werden. Dass damit auch atomwaffenfähiges Material in französischen Atomanlagen entsteht, ist Teil der französischen Atompolitik. In der Bundesrepublik wollen offiziell nur die AfD und Teile der CDU/CSU zurück zur Atomkraftnutzung. Die dringende Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages durch die Bundesregierung ist mit der Rede von Macron (und der Vereinbarung mit der Bundesregierung, die der Rede offenbar vorausging), völlig konterkariert und wird wohl nicht mehr erfolgen. Die Friedensbewegung und Linke sollten sich weiterhin für den Abzug der schon in Deutschland befindlichen US-Atomwaffen einsetzen und nun auch gegen die angekündigte Atomwaffenübung Frankreichs mit Deutschland und die spätere Stationierung von französischen Atomwaffen in Deutschland einsetzen. Atomwaffen sind immer schlecht, egal ob französische, US-amerikanische, russische, britische, chinesische oder andere und sie gehören verschrottet, nicht zuletzt aufgrund der Gefahr, die von ihnen ausgeht.

Anmerkungen

- ¹ Zitate nach Süddeutsche Zeitung vom 2.3.2026.
- ² vgl. u.a. Tagesspiegel vom 2.3.2026.
- ³ Zitate nach Süddeutsche Zeitung vom 2.3.2026.
- ⁴ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Joint declaration of President Macron and Chancellor, Pressemitteilung, 2.3.2026.
- ⁵ Ebd.
- ⁶ Ebd.

DND auf dem Vormarsch

Rüstungsunternehmen aus dem Siegerland weitet Produktion aus

von Jacqueline Andres

Die Rüstungsschmiede Dynamit Nobel Defence (DND) GmbH mit Sitz in Burbach bei Siegen erfährt seit dem Krieg in der Ukraine starken Aufwind. Bekannt ist DND vor allem für seine Panzerabwehrwaffen, wie die Panzerfaust 3 oder auch den Typ MATADOR, den DND zusammen mit Rafael Advanced Defense Systems (Israel) und der Singapore Defence Science and Technology Agency (DSTA) entwickelte. DND, seit 2004 ein Tochterunternehmen des israelischen Rüstungskonzerns Rafael Advanced Defense Systems, erhielt in den letzten fünf Jahren Großaufträge, z.B. für Lieferungen von Panzerabwehrwaffen an die Ukraine oder an Israel. Aktuell finden Gespräche zwischen Rafael, dem Entwickler des Iron Dome, und VW statt, um zukünftig Teile des Luftverteidigungssystems im Osnabrücker VW-Werk zu produzieren.¹

DND weitet zudem gerade erneut den Standort in Burbach aus, eröffnete einen neuen Standort bei Kiel und treibt die Internationalisierung des Betriebs voran – u.a. in der Ukraine, in Ungarn und in Lettland. Und nicht zuletzt weitet DND das eigene Portfolio aus. Es bringt sich damit in Position, um nicht nur vom Krieg in der Ukraine und dem Genozid in Palästina zu profitieren, sondern auch von der sogenannten Zeitenwende, der gefährlichen Aufrüstung in Hinblick auf einen herbeigerufenen Krieg mit Russland.

„Entscheidend für den Sieg der Ukraine“?

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Jahr 2022 verkaufte DND 5.100 Panzerabwehrwaffen im Wert von 25 Millionen Euro an die Ukraine. Stolz berichtet der CEO von DND, Michael Humbek dazu: „Im Ukraine-Konflikt gehörten wir zu den ersten Unternehmen, die direkt an die ukrainischen Streitkräfte geliefert haben, unabhängig von Militärhilfen. Wir haben gesehen, dass das vermeintliche Kräfteungleichgewicht zu Ungunsten der Verteidiger durch den massiven Einsatz von Panzerabwehrbewaffnung negiert werden konnte. Entscheidende Panzervorstöße der russischen Streitkräfte konnten deutlich verzögert bzw. verhindert werden.“² Auch die damalige

Pressesprecherin des Weißen Hauses, Jennifer Psaki, betonte im März 2022, dass es die Panzerabwehr- und Luftabwehrsysteme seien, die das Land verteidigen.³

Am 17. Februar 2026 unterzeichneten DND und die staatliche Ukrainian Defence Industry (UDI), zuvor bekannt als Ukroboronprom, ein Abkommen und prüfen eine mögliche Fertigung von Panzerabwehrwaffen in der Ukraine. Denkbar sei, die Endmontage in der Ukraine durchzuführen oder die Waffen in Lizenzfertigung zu produzieren. Dadurch könnte der Standort in Burbach entlastet werden und die Produktion für die starke Nachfrage angekurbelt werden.⁴

Die Rolle der Kooperation, die die Produktion von Panzerabwehrwaffen in der Ukraine ermöglichen soll, beschreibt der Generaldirektor von UDI, Herman Smetanin, als „vital für die Stärkung der [ukrainischen] Verteidigungskapazitäten und entscheidend für den Sieg der Ukraine“.⁵ Damit reiht sich DND neben Rheinmetall und der Flensburger Fahrzeugbau Gesellschaft in eine Liste von deutschen Rüstungsunternehmen ein, die nun in der Ukraine produzieren.⁶

Die Panzerabwehrwaffen landeten auch in den Händen des Asow-Bataillons, einer Einheit, in deren Ränken sich Neonazis tummeln und die immer wieder Nazi-Symbole wie das Sonnenrad oder auch die Wolfsangel nutzt, mindestens bis 2022 sehr prominent auch in ihrem offiziellen Emblem.⁷

Burbachs MATADOR in Gaza – Verstoß gegen das Völkerrecht

Im Oktober 2023 genehmigte die Bundesregierung die Lieferung von 3.000 Panzerabwehrwaffen des Typs RGW 90, auch genannt „MATADOR“ (Man-Portable Anti-Tank Anti-Door), an die israelische Regierung – produziert von DND in Burbach. Die Abkürzung MATADOR bedeutet auf Spanisch „der, der tötet“ und bezeichnet den Stierkämpfer, der dem Stier den Todesstoß versetzt. Die Ausfuhr fand im November 2023 statt. Zu diesem Zeitpunkt war bereits klar, dass das israelische Militär in Gaza Kriegsverbrechen verübte.

MATADOR im Übungseinsatz bei den IDF, Foto von Zev Marmorstein IDF CC über Wikipedia.



Auf der Website von DND bewirbt das Unternehmen die MATADOR-Panzerabwehrwaffen als „Game Changer“⁸ und als „das ultimative Instrumentarium der Infanterie, um auf komplexen Gefechtsfeldern im Einsatz zu bestehen“.⁹ Ihr sogenanntes „Missionsspektrum“ reicht weit über Panzer hinaus. Laut DND seien sie auch geeignet gegen Fahrzeuge, Anti-Struktur – also zur Zerstörung von Häusern – und im Gegensatz zu den anderen Panzerfäusten von DND auch gegen Menschen.¹⁰ In einem Interview berichtet der CEO von DND, Humbek: „Dass Schulterwaffen inzwischen auch gegen ein breites Zielspektrum jenseits von Panzern eingesetzt werden, ist folgerichtig: Letztlich geht es um die deutliche Erhöhung von Feuerkraft und Durchsetzungsfähigkeit von infanteristischen Truppenteilen mit vergleichsweise einfachen, kostengünstigen und schnell verfügbaren Effektoren.“¹¹ Soldaten des israelischen Militärs veröffentlichten zahlreiche Bilder und Videos in den sozialen Medien, die zeigen, wie sie mit den Panzerabwehrwaffen auf Häuser in Gaza schießen.

Im April 2024 reichten ursprünglich fünf Palästinenser aus Gaza Klage gegen die Genehmigung für die Ausfuhr von 3.000 tragbaren Panzerabwehrwaffen von DND aus Burbach nach Israel ein. Die israelischen Angriffe töteten mehrere ihrer Familienmitglieder und zerstörten ihre Häuser in Gaza. Unterstützung bei der Klage erhielten sie u.a. vom European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) sowie den palästinensischen Menschenrechtsorganisationen Palestine Centre for Human Rights, Al Mazan und Al Haq. Im Juli 2025 wurde einer der Kläger durch einen israelischen Drohnenangriff in Gaza getötet. Die Klage wurde im November 2025 vom Verwaltungsgericht Berlin aus prozessualen Gründen zurückgewiesen, denn es bestehe „keine Wiederholungsgefahr“.¹² Die Situation in Gaza habe sich grundlegend verändert und die Bundesregierung habe im August 2025 einen teilweisen Exportstopp für Kriegswaffen nach Israel verkündet. Nur wenige Tage nach der Zurückweisung der Klage erklärte die Bundesregierung, die Waffenlieferungen an Israel wieder aufnehmen zu wollen.¹³ Bis heute gehen die Kriegsverbrechen des israelischen Militärs in Gaza wei-

ter, doch die Bundesregierung liefert weiter Kriegswaffen. Laut ECCHR darf die BRD „keine Waffenexporte genehmigen, wenn ein erhebliches Risiko besteht, dass diese Waffen zu Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht beitragen“.¹⁴

Ausweitung der Standorte und des Portfolios

An der Grenze zwischen Hessen und Nord-Rhein-Westfalen liegt Burbach, eine Gemeinde mit rund 15.000 Einwohner*innen. Folgt man der Alfred-Nobel-Straße aus der Mitte des Ortes hinaus in den Ortsteil Würgendorf, führt sie direkt zum Eingangstor des Rüstungsunternehmens Dynamit Nobel Defence (DND) GmbH. Einst ging das Unternehmen aus der Nobel AG hervor und ist nun ein Tochterunternehmen des israelischen Rüstungskonzerns Rafael Advanced Defense Systems. Das dortige Werksgelände ist sehr weitläufig, es umfasst mehr als einen Quadratkilometer. Ein Gleis führt durch Würgendorf in das Werk hinein und der Tennisclub Dynamit Nobel e.V., einst gegründet für die Arbeiter des Werkes, grenzt an das Gelände an. Auf dem Gelände befinden sich rund „260 Gebäude und Fertigungskomplexe zur Entwicklung, Fertigung und Erprobung von Hochtechnologieprodukten“. Besonders seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Jahr 2022 scheint DND zu wachsen. Im Jahr 2023 erweiterte das Unternehmen den Standort um eine neue Gießhalle, um die Produktion zu intensivieren und der gestiegenen Nachfrage nachzukommen.¹⁵ Seit März 2026 wird erneut gebaut: Ein bestehendes Produktions- und Verwaltungsgebäude soll bis Sommer 2027 um mehr als 1.000 Quadratmeter erweitert werden.¹⁶

Im Jahr 2026 soll auch ein neuer Standort in Flintbek bei Kiel in Betrieb genommen werden – dieser soll als Hauptsitz von DND Digital dienen, der als Geschäftsbereich von DND bereits Niederlassungen in Berlin und Leipzig unterhält und sich auf die Vernetzung unbemannter Systeme, Softwarelösungen (Fire Weaver) und taktische Kommunikation konzentrieren soll. DND beschreibt auf der firmeneigenen Homepage Fire Weaver wie folgt: „Der Fire Weaver Sensor-to-Decision-Verbund von DND



Eingang zum DND-Gelände im Wald bei Würzburg. Foto: IMI.

Digital ist ein revolutionäres Feuerleitsystem, das Sensoren und Effektoren plattformübergreifend und in Echtzeit intelligent miteinander in Verbindung setzt und die Truppe dabei unterstützt, die Zeit von der Aufklärung eines legitimen Ziels bis zu seiner Bekämpfung radikal zu reduzieren.¹⁷ Die Zeit zwischen der Aufklärung und dem Raketenabschuss oder dem Bombenabwurf soll reduziert werden – es ist zwar ein Human-in-the-Loop System (HITL), d.h. die KI erstellt Vorschläge, die von einem Menschen bestätigt, korrigiert oder abgelehnt werden, doch auch hier erfolgt eine wachsende Rolle von KI in der Entscheidungsfindung über Leben und Tod, es ist eine KI-basierte Anwendung, die das Töten beschleunigt und Ziele legitimiert. Besonders die Vernetzung unbemannter Systeme und Fire Weaver werfen die Frage auf, ob hier Erkenntnisse von Rafael aus dem Genozid in Gaza – z.B. auch als Trainingsdaten – einfließen.

Die Zahl der Mitarbeiter*innen von DND wächst laut dem CEO Humbek schnell: „Im Allgemeinen befindet sich die DND in einer rasanten Wachstumsphase: Inzwischen beschäftigen wir mehr als 400 Menschen an mehreren Standorten, bald sogar einem internationalen Standort. Gestartet sind wir 2004 mit weniger als 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.“¹⁸

Die Zahl der Mitarbeitenden auf der internationalen Ebene wird in den nächsten Jahren weiter wachsen: Seit Januar 2025 arbeitet DND an der Fertigung einer Fabrik im ungarischen Vecsés, die Abschussrohre für die Panzerabwehrwaffen der RGW-Serie fertigen soll. Voraussichtlich im Sommer 2026 sollen rund 50 Mitarbeitende die Produktion beginnen.¹⁹

Seit Februar 2026 besteht eine Partnerschaft zwischen DND und der lettischen staatlichen State Defence Corporation (SDC bzw. VAK), um dort ab voraussichtlich 2028 Panzerabwehrminen zu produzieren – für Lettland und perspektivisch auch für den Export.²⁰ Allgemein plant DND sein Comeback als Hersteller der einst verpönten Minen, von DND als „Tätigkeitsfeld Sperrfähigkeit“²¹ umschrieben. Der CEO Humbek betonte, Dynamit Nobel Defence sei einst als Minenhersteller bekannt gewesen, „und da kommen wir auch wieder hin. Sie werden uns in

Zukunft wieder als Minenhersteller erleben.“²² Obwohl Panzerminen im Gegensatz zu Anti-Personenminen nicht durch internationale Abkommen geächtet sind, stellen auch Panzerabwehrminenfelder eine Gefahr für die Zivilbevölkerung und die Umwelt dar. Vermintete landwirtschaftliche Flächen können noch lange Zeit nach dem Konflikt Landwirt*innen ihre Lebensgrundlage entziehen und immer wieder tödliche Unfälle verursachen.

DND stößt auch in die Drohnenkriege vor. So erklärt DND, mit unterschiedlichen deutschen Drohnenherstellern zu kooperieren, „um die im Unternehmen verfügbare breite Palette an qualifizierten Gefechtsköpfen in Strike-Drohnen bzw. Loitering Munition [Kamikazedrohnen] zu integrieren.“²³ Das Unternehmen möchte nicht selbst zum Drohnenhersteller werden, doch es beabsichtigt, die eigenen Erfahrungen weiterzugeben, da die Strike-Drohnen bzw. Kamikazedrohnen oftmals auch die Bekämpfung gepanzerter Fahrzeuge als Ziel haben – und dazu verfügt DND über reichlich Expertise.

Gegenwind?

Das VW-Werk in Osnabrück befindet sich in einer Krise und VW scheint diese durch einen Umstieg auf militärische Produktion lösen zu wollen. Laut der Financial Times sollen zur Zeit Gespräche zwischen VW und Rafael, bzw. DND, über eine mögliche Produktion von Teilen des Luftabwehrsystems Iron Dome stattfinden. Wie das Nachrichtenportal Defence Network berichtet, soll die Bundesregierung laut israelischen Quellen dieses Vorhaben unterstützen und die Produktion könne gegebenenfalls innerhalb von ein bis eineinhalb Jahren beginnen.²⁴ Konkret heißt das, das VW-Werk könnte zukünftig „Nicht-Raketen-Komponenten wie Schwerlast-Lkw für den Raketentransport, Abschussvorrichtungen und Stromgeneratoren zur Versorgung des Systems“²⁵ produzieren. Rafael hingegen plane „eine separate Anlage für die Tamir-Abfangraketen“.²⁶ Damit würde VW, das sich als Unternehmen nun verstärkt der Rüstungsproduktion zuzuwenden scheint, dem israelischen Unternehmen Rafael dabei helfen, die Produktion auch außerhalb Isra-

Ausbau der
Produktionsanlagen.
Foto: IMI.



els auszuweiten. Angesichts des aktuellen völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Israels und der USA auf den Iran und der anhaltenden humanitären Katastrophe in Gaza sind jegliche weitere Waffenexporte nach Israel und jegliche militärische Zusammen mit Israel strikt abzulehnen. Besonders perfide am Iron Dome ist, dass das Luftabwehrsystem in der Westbank aufgebaut ist, sodass abgeschossene Raketen und ihre Bestandteile hauptsächlich eine Gefahr für die unter der israelischen Besatzung lebenden Palästinenser*innen darstellen. Gegen die Umstellung von ziviler auf militärische Produktion im VW-Werk in Osnabrück regt sich Widerstand und es bleibt zu hoffen, dass dieser sich ausweitet. Blicken wir auf Alfred Nobel, auf den Dynamit Nobel Defence schlussendlich zurückzuführen ist: Besonders durch seine Freundschaft zu Bertha von Suttner wandte sich der Erfinder des Dynamits, der seinen Reichtum zunächst mit dem Bergbau, aber schließlich vor allem durch die Rüstungsproduktion anhäufte, der Friedensfrage zu. Die Einführung des Friedensnobelpreises soll auf Suttner zurückgehen. Einst schrieb er ihr in einem Brief: „An dem Tag, da zwei Armeekorps sich gegenseitig in einer Sekunde werden vernichten können, werden wohl alle zivilisierten Nationen zurückschauern und ihre Truppen verabschieden.“²⁷ Alfred Nobel setzte darauf, dass die Zerstörungskraft von Waffen zu einer Abkehr von Militarismus und Krieg führen würde. Aktuell drohen die Militärapparate nicht nur sich selbst, sondern auch die Zukunft unseres Planeten aufs Spiel zu setzen. Dies sollte reichen, um für eine Abkehr vom Krieg und gegen die Aufrüstung und Kriegstreiberei – z.B. von DND – zu kämpfen.

Anmerkungen

- 1 Arie Egozi: Iron Dome „Made in Germany“? Gespräche zwischen DND und VW laufen, *Defence-network*, 25.3.2026
- 2 Rainer Krug: Interview mit Michael Humbek – CEO Dynamit Nobel Defence, *Defence-network*, 14.4.2024
- 3 Israeli weapon seen used by Neo-Nazi Ukrainian unit against Russia, *jpost.com*, 20.4.2022
- 4 Waldemar Geiger: Dynamit Nobel Defence prüft Ferti-

- 5 gung der Panzerfaust 3 in der Ukraine, *hartpunkt.de*, 19.2.2024
- 6 Lukasz Prus: Dynamit Nobel Defence (DND) enters into cooperation with Ukrainian industry, *defence-industry.eu*, 19.2.2024
- 7 Olivia Sapwood: Ukroboronprom and German company Dynamit Nobel Defence signed a cooperation agreement, *miliarnyi.com*, 17.2.2024
- 8 Israeli weapon seen used by Neo-Nazi Ukrainian unit against Russia, *jpost.com*, 20.4.2022
- 9 RGW 90 Dynamit Nobel Defence, *DND dn-defence.com*.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Rainer Krug: Interview mit Michael Humbek – CEO Dynamit Nobel Defence, *Defence-network*, 14.4.2024
- 13 Wiederaufnahme deutscher Waffenexporte – nur wenige Tage nach Klageabweisung von Palästinensern durch Verwaltungsgericht Berlin wegen angeblich fehlender Wiederholungsgefahr, *ECCHR.eu*, 18.11.2025
- 14 Ebd.
- 15 Ebd.
- 16 Rainer Krug: Einweihung der neuen Gießhalle der Dynamit Nobel Defence, *Defence-Network*, 14.9.2023
- 17 Spatenstich – Bauvorhaben „Anbau Ost – Rohrfertigung“, *DND*, 27.3.2026
- 18 Fire Weaver, *DND*.
- 19 Rainer Krug: Interview mit Michael Humbek – CEO Dynamit Nobel Defence, *Defence-network*, 14.4.2024
- 20 DND: Produktions- und Bürogebäude in Ungarn wächst, *Militäraktuell.at*, 27.10.2025
- 21 Strategic Partnership, *DND*, 5.2.2026, Gerhard Heiming: Dynamit Nobel Defence produziert Panzerabwehrminen in Lettland, *Europäische Sicherheit und Technik*, 6.2.2026
- 22 Sperrfähigkeit, *DND*.
- 23 Dorothee Frank: Dynamit Nobel Defence setzt wieder auf Minen, *Defence-network*, 21.5.2025
- 24 Waldemar Geiger: Dynamit Nobel Defence: Qualifizierte Gefechtskopfvelfalt für Strike-Drohne und Loitering Munition, *hartpunkt.de*, 15.10.2025
- 25 Arie Egozi: Iron Dome „Made in Germany“? Gespräche zwischen DND und VW laufen, *Defence-network*, 25.3.2026
- 26 Ebd.
- 27 Ebd.
- 28 Andrea Westhoff: Wie Alfred Nobel sein Vermögen einer Stiftung vererbte, *Deutschlandfunk*, 27.11.2020

In Geld gegossenes Scheitern

Das Paradebeispiel Funkgeräte zeigt, wie die Bundeswehr Geld verheizt

von Jürgen Wagner

Mit militärischer Verlässlichkeit läuft ein Bundeswehr-Großprojekt nach dem anderen aus dem Ruder. Jüngstes Beispiel dafür sind – erneut – die Funkgeräte der Truppe, die das Herzstück der Digitalisierung Landbasierter Operationen (D-LBO) darstellen. Wann die Geräte bei der Bundeswehr eingeführt werden können, steht aktuell in den Sternen, was bei der kürzlich abgehaltenen NATO-Übung Cold Response als eines der zentralen Defizite identifiziert wurde: „Schon beim Lagevortrag im sicheren Bunker wird mehrmals erwähnt, dass es erhebliche Probleme bei den Führungssystemen der Bundeswehr gibt. Während die Norweger oder die US-Truppen über verschlüsselten Digitalfunk verfügen und so geheime Karten und Lageanalysen zu den Einheiten im Feld senden können, ist der Kryptofunk der Bundeswehr sehr eingeschränkt, die Einführung des neuen Systems D-LBO verzögert sich massiv.“ (Spiegel Online, 16.3.2026)

Die Pannen sind auch einem Beschaffungsprozess geschuldet, der so auf Tempo setzt, dass notwendige Kontrollen unter der irreführenden Floskel eines „Bürokratieabbaus“ abgebaut wurden. So wurden mit dieser Begründung beispielsweise die Rüstungsberichte der Bundeswehr abgeschafft, mit denen die Öffentlichkeit lange über Verzögerungen und Probleme informiert wurde. Im Falle der D-LBO-Funkgeräte setzte das Verteidigungsministerium nun noch einen drauf und enthielt auch den Abgeordneten des Bundestages einen vernichtenden Bericht zum Stand des Projektes vor, der nun aber der Presse zugespült wurde. Mit dem kürzlich in Kraft getretenen „Gesetz zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr“ (BwPBBG) wurden zudem eine Reihe weiterer Kontrollmechanismen im Namen des Bürokratieabbaus beseitigt.

Beschaffung per Pistorius-Doktrin

Tempo geht vor Kassenlage, so der als „Pistorius-Doktrin“ bekanntgewordene Tagesbefehl des Verteidigungsministers Ende April 2023: „Oberste Priorität ist für uns alle künftig der Faktor Zeit. Wir setzen für die Beschleunigung da an, wo wir uns selbst Regelungen gegeben ha-

ben, die uns stärker einschränken oder bremsen, als es die Gesetzeslage vorsieht. Wo wir uns selbst unnötig Fesseln angelegt haben, werden wir diese nun abwerfen. Ziel ist in erster Linie die schnellstmögliche Realisierung des für die Truppe nutzbaren Produktes.“ (bmvg.de, 26.4.2023)

Tatsächlich nahm sich die Bundeswehr diese Vorgabe zu Herzen und beschleunigte unterstützt vom 100-Mrd.-Euro-Sondervermögen und zusätzlichen Erhöhungen des normalen Verteidigungshaushaltes ihr Beschaffungstempo enorm: Waren dafür 2021 noch rund 7,65 Mrd. Euro vorgesehen, belief sich dieser Posten 2025 bereits auf 22,6 Mrd. Euro. Genauso verhält es sich mit den sogenannten 25-Mio.-Euro-Vorlagen, also mit Beschaffungsprojekten, die aufgrund einer Überschreitung dieses Volumens dem Haushalts- und Verteidigungsausschuss zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Im Jahr 2021 waren es „nur“ 46 Vorlagen mit einem Gesamtvolumen 23,3 Mrd. Euro, 2025 dann schon 103 Vorlagen mit einem Wert von 82,98 Mrd. Euro, die durchgewunken wurden. „Nach Angaben des BMVg überstiegen die Maßnahmen der letzten drei Jahre mit 255 Vorlagen und einem Volumen von 188,4 Milliarden Euro die Beschaffungsvorhaben und Investitionen der vorherigen acht Jahre (2015-2022: 215 Vorlagen, Gesamtvolumen: rund 109 Milliarden Euro).“ (hartpunkt.de, 17.12.2025)

Und selbst diese Zahlen verblassen gegenüber den bis 2029 anvisierten Steigerungen: „Aufgrund der angesprochenen Zielvorgaben, der mittelfristigen Finanzplanung sowie der Analyse der gesamten (!) lieferantenseitigen Ausgaben im Verteidigungshaushalt ergibt sich konkret, dass das Beschaffungsvolumen der Bundeswehr gegenüber dem Vor-Ukraine-Kriegs-Jahr 2021 bis 2029 um über 580% wachsen wird.“ (Michael Eßig, Professor an der Bundeswehr-Universität in München, Ausschussdrucksache 21(9)121, 7.11.2025)

Funkgeräte: Herzstücke der Digitalisierung

Sowohl in der NATO als auch in der Bundeswehr gilt die Fähigkeit zur Führung von Multi-Domain-Operations (MDOs) und damit zu gleichzeitigen Angriffen an Land,

zur See, in der Luft sowie im Cyber- und Weltraum als zentrales Element, um aus künftigen Auseinandersetzungen mit anderen Großmächten siegreich hervorgehen zu können. Die Digitalisierung der Landstreitkräfte ist hierfür allerdings eine notwendige Bedingung: „Eine der Antworten auf diese Herausforderungen heißt Digitalisierung Landbasierte Operationen, kurz D-LBO. Das Gefechtsfeld des 21. Jahrhunderts erfordert vernetzte Kommunikation, präzise Daten und schnelle Entscheidungen. Genau hier setzt das Rüstungsprogramm D-LBO an. [...] Bei Multi-Domain Operations (MDO) werden Truppenteile über alle Teilstreitkräfte hinweg koordiniert und eingesetzt. Die Fähigkeiten, über Dimensionsgrenzen hinweg führen zu können und am besten in Echtzeit Entscheidungen treffen zu können, sind für die Bundeswehr essentiell.“ (bundeswehr.de, 15.12.2025)

Hierfür ist die Ausstattung mit modernen Funkgeräten von zentraler Bedeutung, die in tausende Fahrzeuge eingebaut werden müssen. Die Gelder für die Bestellung internettauglicher und abhörsicherer Funkgeräte wurden vom Haushaltsausschuss am 14. Dezember 2022 bewilligt. Freigegeben wurden 1,35 Mrd. Euro für etwa 20.000 Funkgeräte. Ferner wurde mit dem Hersteller, dem Münchner Unternehmen Rohde & Schwarz, eine Option für den Kauf weiterer 14.000 Funkgeräte zum Preis von 1,52 Mrd. Euro vereinbart (für die Betriebskosten in den kommenden 20 Jahren wurden außerdem 2,2 Mrd. Euro veranschlagt).

Allerdings schien sich niemand darüber Gedanken gemacht zu haben, dass die Funkgeräte nicht nur bestellt, sondern auch eingebaut werden mussten, weshalb sie erst einmal gelagert wurden.

Dieser Lapsus war auch ein Ergebnis der Pistorius-Doktrin, die mehr auf Tempo als auf Sorgfalt Wert legt, wie schon seinerzeit der Presse entnommen werden konnte: „Größeres Tempo kann aber auch ein höheres Fehlerisiko bedeuten und die Rechtssicherheit der Verfahren einschränken. Bei der Auftragsvergabe für die neuen Digitalfunkgeräte ist offenbar der technische Aufwand, die Geräte in Hunderte verschiedene Fahrzeugtypen zu integrieren, nicht ausreichend bedacht worden. Die Folge: Der Zeitplan für die Einführung wird sich wohl um mindestens ein Jahr verzögern.“ (Handelsblatt, 4.10.2023)

Schon damals stach die recht eigenwillige Kommunikationsstrategie des Verteidigungsministers ins Auge, der zuerst die Probleme leugnete („falscher als falsch“) und dann angeblich nicht darüber unterrichtet worden sein wollte, obwohl ihm die notwendigen Informationen hätten vorliegen müssen. Jedenfalls verzögerte sich der Einbau allein hierdurch bereits erheblich, doch das war erst der Anfang der Probleme.

Nicht truppentauglich: Praxistest abgebrochen

Im September sickerte dann die – erneut monatelang zurückgehaltene – Information durch, ein Praxistest der

Funkgeräte habe mit dem vernichtenden Urteil „nicht truppentauglich“ geendet: „Selbst die Sprechfunkverbindung sei teilweise nicht stabil gewesen. Die Hardware der Hightechgeräte funktioniere zwar, heißt es. Die Software zur Einrichtung eines Funkkreises aber sei so komplex, dass sie vielleicht von Fachleuten unter Laborbedingungen bedient werden könne, nicht aber von Soldaten, die in einem Kampfpanzer säßen.“ (Spiegel Online, 27.9.2025) Kritisch geht der Beitrag auch auf die Aussagen des Ministeriums ein, Boris Pistorius habe erneut erst kürzlich von der neuerlichen Misere erfahren. Schließlich sei sein Staatssekretär Benedikt Zimmer immerhin bereits am 10. Juni über den gescheiterten Test informiert worden. Immer wieder sei es von Parlamentariern zu kritischen Nachfragen gekommen, doch noch am 10. September 2025 habe Pistorius auf Nachfrage geantwortet, nach seinem Stand liege man „im Zeitplan“.

Schon der damals recht hemdsärmelige Umgang des Ministers mit der Misere stieß auf teils scharfe Kritik in der Presse: „Die Pistorius-Leute verschleiern die Lage. Das Projekt läuft nicht planmäßig, Verzögerungen sind bereits eingetreten, die ohnehin katastrophal geringe Einsatzbereitschaft der Landstreitkräfte wird weiter eingeschränkt. Die vom Minister angeblich im September angewiesenen Maßnahmen wurden bereits im Mai entwickelt. [...] Damit, so sagt es ein Beamter, werde die Zeitenwende mit ihren unbegrenzten Finanzmitteln für die Aufrüstung der Bundeswehr auch ein klares Ergebnis produzieren: ‚In Geld gegossenes Scheitern‘.“ (welt, 29.10.2025)

„Gefahr für Leib und Leben“

Nun wurde bekannt, dass wohl auch ein zweiter Testlauf Ende 2025 spektakulär gescheitert ist, wie aus einem vertraulich eingestuftem Bericht hervorgeht, der an die Presse durchgestochen wurde: „Dem als ‚VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH‘ eingestuften Papier zufolge waren die Mängel der im November getesteten Version so gravierend, dass bereits im regulären Übungs- und Ausbildungsbetrieb mit umgerüsteten Kampfpanzern ‚Gefahr für Leib und Leben‘ bestanden habe. ‚In seinem derzeitigen Zustand ist das Gesamtsystem D-LBO basic weder reif für eine Einsatzprüfung noch für den Ausbildungs- und Übungsbetrieb geeignet. Ob die Einsatzreife bis September 2026 erreicht werden kann, ist derzeit nicht absehbar‘, heißt es in dem Bericht von Anfang Januar.“ (welt, 20.3.2026)

Und wieder ist die Informationspolitik des Ministeriums mehr als fragwürdig: „Seit Wochen fordern Bundestagsabgeordnete vergeblich Einsicht in den Testbericht der Bundeswehr. Im Verteidigungsausschuss hieß es zuletzt, das Dokument sei zu technisch und kaum verständlich. Nun liegt der Bericht WELT AM SONNTAG vollständig vor – und ist sehr wohl verständlich. Die technische Bewertung fällt ‚ungenügend‘ aus, das System gilt

als zu instabil. ‚Eine Benutzung des Gesamtsystems durch die Truppe kann im aktuellen Entwicklungsstand nicht empfohlen werden.‘ (welt.de, 20.3.2026) Die wenigen Parlamentarier, die überhaupt ein Interesse an einer seriösen Prüfung der Bundeswehrprojekte haben, werden durch derlei Dreistigkeit aus dem Ministerium massiv in ihrer Arbeit behindert.

Am 6. April 2026 berichtete die Welt dann, bislang seien 1,749 Mrd. Euro in die Funkgeräte plus 299 Mio. Euro für flankierende Maßnahmen geflossen – wann und sogar ob überhaupt dabei etwas herauskommt, scheint völlig unklar: ‚Ursprünglich war geplant, bis Ende 2027 eine Heeresdivision vollständig zu digitalisieren. Inzwischen gilt dieser Zeitplan mehr als unsicher. In der Truppe wird bereits damit gerechnet, dass sich die flächendeckende Einführung bis weit ins nächste Jahrzehnt hinziehen könnte, manche Waffensysteme und Fahrzeuge sind noch gar nicht in die aktuellen Umrüstpläne einbezogen.‘

Mitte Mai 2025 meldete dann das Verteidigungsministerium, jüngste Testreihen zeigten ‚zufriedenstellende Entwicklungen‘, allerdings seien ‚weitere Optimierungen im Zusammenspiel aller Komponenten zu bewerkstelligen‘. Außerdem würden für die ‚Ausstattung neuer Plattformen weitere Fahrzeugfunkgeräte‘ weitere Gelder im Umfang von 2,4 Mrd. Euro beantragt. Angesichts der D-LBO-Pannenserie liest sich der letzte Satz der Pressemitteilung fast wie eine Drohung: ‚Die Digitalisierung der Landstreitkräfte endet nicht mit der aktuellen Einrüstung D-LBO für die Division 2025 bis Ende 2027. Das System wird entsprechend dem Paradigma ‚Software Defined Defence‘ stetig fortentwickelt werden.‘ (bmvg.de, 13.5.2026)

Gesetz gewordene Pistorius-Doktrin

Wie am Rande des Digitalfunk-Desasters zu erfahren war, verfügt die Bundeswehr selbst ganz augenscheinlich über keinerlei Controlling. So lautet jedenfalls die im Dezember 2025 geäußerte Kritik der Bundesvorsitzenden des

Verbands der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr (VBB), die darin eine wesentliche Ursache sieht, weshalb (nicht nur) die Beschaffung der Funkgeräte so pannenbehaftet ist: ‚Ohne ein durchgängiges, belastbares Controlling fehlte das Frühwarnsystem, das zwingend notwendig gewesen wäre. Mit einem funktionierenden Rüstungscontrolling hätte der Minister früher gewusst, dass wesentliche Meilensteine gefährdet sind – und hätte deutlich früher handeln können. D-LBO ist damit sinnbildlich für die strukturellen Herausforderungen: Wir brauchen nicht nur mehr Geld, sondern bessere Steuerung.‘ (zitiert in griephan-Briefe, 51-52/2025)

Dass mehr und mehr Projekte per Direktvergabe ohne Ausschreibung vergeben werden, macht es auch nicht besser. Auch die D-LBO-Funkgeräte wurden mit diesem Verfahren Rohde & Schwarz zugeschustert. Dagegen hatte der französische Konkurrent Thales geklagt, wurde aber vom Oberlandesgericht Düsseldorf abgewiesen.

Mit dem am 14. Februar 2026 in Kraft getretenen ‚Gesetz zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr‘ (BwPBBG) soll sich der ohnehin schon länger beobachtbare Trend zur Direktvergabe ohne Ausschreibung im Namen des Bürokratieabbaus noch einmal erheblich beschleunigen: ‚Diese Form des ‚Bürokratieabbaus‘ ist aber nicht auf das Schaffen vorteilhafter äußerer Bedingungen für Rüstung und Militär beschränkt, sondern umfasst auch die Aufweichung gesetzlicher Bestimmungen, die bisher dazu da waren, Korruption und Verschwendung zu limitieren. Der Staat setzt sich mit seinen ‚Reformen‘ in der Beschaffung z.B. selektiv über die von ihm selbst aufgestellten Regeln für einen ‚fairen Wettbewerb‘ hinweg und schafft sich die Voraussetzungen für die freie Vergabe von Aufträgen an bevorzugte Unternehmen.‘ (Andreas Seifert, IMI-Studie 2026/01)

Im Ergebnis soll ein schon heute heillos überforderter Beschaffungsapparat also bei gleichzeitigem Abbau etlicher Kontrollmöglichkeiten mit den künftig immer weiter steigenden Mitteln für Rüstungsbeschaffung umgehen – was kann da schon schiefgehen?



High-tech für die Bundeswehr? Foto Nastya Dulhiier über Unsplash.

Zeitenwende oder Zeitreise?

Das strategische Recycling der Abschreckung

von Kiflemariam Gebre Wold

Die sicherheitspolitische Debatte im Frühjahr 2026 ist wie eine Fahrt in einem historischen Spiegelkabinett: Moderne Begriffe und neue Technologien rahmen ein Narrativ, dessen Kernelemente schon einmal die politische Bühne beherrschten. Das Bundeskanzleramt und regierungsnahe Institute propagieren das 5-Prozent-BIP-Ziel als Antwort auf die russische Aggression. Nun meldet sich aus einer überraschenden Richtung Widerspruch: Greenpeace hat mit der Studie „Gut gerüstet?“ ein Papier vorgelegt, das die Organisation erstmals klar in die Arena der Militärstrategie trägt. Die Botschaft klingt frisch, präsentiert aber ein altes Rezept.

Max Mutschler (BICC) trennt in seinem Entwurf prägnant zwischen zwei Abschreckungslogiken: *Deterrence by Punishment*, die Abschreckung durch die Drohung empfindlicher Vergeltung, und *Deterrence by Denial*, die Abschreckung durch die Verweigerung erfolgreicher Angriffe. Während die NATO in den letzten Jahrzehnten vor allem auf Eskalationsdominanz und die Fähigkeit zum tiefen Gegenschlag setzte, fordert Greenpeace in seinem Papier eine „pure Abwehr“. Die militärische Form dieser Idee lässt sich klar und deutlich visualisieren: ein Igel-Modell – hochgerüstete Flanken, geringe offensive Reichweite, Systeme, die den Gegner am Eindringen hindern sollen, ohne sich selbst in eine Boden-zur-Terrain-Bedrohung zu verwandeln.

Historisch ist belegt, wie es zu dieser Versicherung gegen offensive Kapazitäten kam. In den 1980er Jahren wurde unter dem Stichwort „Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ eine ähnliche Logik diskutiert: eine Armee zu bauen, die robust die eigenen Grenzen verteidigt, dabei aber bewusst unfähig bleibt, fremdes Territorium anzugreifen. Greenpeace nutzt dieselbe Idee, verpackt sie in moderne Schlagwörter – Drohnenschwärme, intelligente Minensperren, mobile Luftverteidigung – und gibt ihr so ein modernes Gesicht. Das macht das Konzept politisch anschlussfähiger: Es ist technologieaffin, vermeintlich ökologisch vertretbar und finanziell verlockend.

Letzteres ist der Schlüssel zum Erfolg: Die Studie garantiert „asymmetrische Effizienz“. Statt Milliarden in kolossale Offensivprojekte wie den FCAS oder schwere

Panzerdivisionen zu pumpen, sollten wir auf vergleichsweise günstige, agile Systeme setzen und den entstehenden Spielraum in Sozial- und Klimainvestitionen lenken. In Zeiten fiskalischer Zwänge und der Debatte um die Schuldenbremse ist dieses Versprechen ein Befreiungsschlag: Sicherheit ohne Verzicht auf Sozialstaatlichkeit. Es ist nicht überraschend, dass dieses Papier Beachtung findet – es bietet eine Antwort, die militärische Absicherung und progressive Politik auf erstaunliche Weise vereint.

Aber der Schein trügt. Die Unterscheidung zwischen defensiv und offensiv ist technologisch oft künstlich – das ist Fakt! Drohnen, autonome Systeme und intelligente Netzwerke sind per se dual-use: Die gleiche Plattform, die heute zur Abwehr feindlicher Panzerketten dient, kann morgen zur Disruption gegnerischer Versorgungswege, zur Sabotage kritischer Infrastruktur oder zur gezielten Ausschaltung von Kommandoposten genutzt werden. Die vermeintliche „Reinigung“ militärischer Macht durch Entzug des Offensivmoments ist eine Illusion – die offensive Nutzbarkeit bleibt nämlich latent vorhanden.

Es ist offensichtlich, dass das Modell das Sicherheitsdilemma unterschätzt. Jede signifikante Aufrüstung, selbst wenn sie defensiv deklariert wird, sendet Signale an den Nachbarn: Man bereitet sich vor. In internationalen Beziehungen ist die Intentionsdeutung oft vorschnell und pessimistisch. Technische Verbesserungen werden schnell als potenzielle Grundlage für künftige Aggression gelesen. Eine Technologie, die innenpolitisch als kosteneffiziente Verteidigung verkauft wird, wird extern als Bedrohung interpretiert. Das führt zu Gegenmaßnahmen. Das ist die klassische Rüstungsspirale in neuer Verkleidung.

Aus der Perspektive zivilgesellschaftlicher Friedensarbeit ist das Greenpeace-Papier deshalb ambivalent. Taktisch ist es klug: Indem man der militaristischen Logik mit ihren eigenen Konzepten begegnet, verlagert man die Debatte und kann kritische Fragen platzieren. Strategisch besteht jedoch die Gefahr, dass man die politische Dimension eines europäischen Nachbarschaftskonflikts an technische Antworten delegiert. Militärische Instrumente sind

Instrumente der Gewalt. Sie lösen keine strukturellen Ursachen von Konflikten.

Eine ernsthafte europäische Antwort muss daher weiter denken. Es geht nicht allein um die Frage, welche Waffensysteme sinnvoll sind, sondern um die Architektur der Sicherheit in Europa. Dafür brauchen wir transparente, verifizierbare Vertrauensmechanismen, eine neue Politik der Nachbarschaft – wirtschaftlich, diplomatisch und rechtlich –, und wir müssen erhebliche Investitionen in zivile Resilienz tätigen: Katastrophenschutz, Energie- und Ernährungssicherheit, robuste Infrastruktur und soziale Kohäsion. Solche Maßnahmen sind langsamer, unglamouröser und politisch schwieriger durchzusetzen als technologische Lösungen, aber sie greifen an den grundlegenden Ursachen von Unsicherheit an.

Für disruptive Technologien brauchen wir klare Regelwerke: klare Normen für den Einsatz autonomer Systeme, Exportkontrollen und Transparenzpflichten, die Misstrauen mindern. Es ist offensichtlich, dass die „ökologische“ Rechtfertigung von Rüstung ohne entsprechende Maßnahmen ein moralisch problematisches Konstrukt bleibt. Der Verteidigungshaushalt wird durch solche Maßnahmen gegen Kritik immunisiert, ohne dass wirklich Alternativen geschaffen werden.

Die politische Kraftprobe liegt nicht allein zwischen Befürwortern teurer Offensivwaffen und Verfechtern günstiger Defensive. Es liegt in der Entscheidung, ob man militärische Logik weiterhin zum Kern staatlicher Sicherheitsvorsorge macht oder ob man langfristig in politische Ordnungsmodelle und menschliche Sicherheit investiert. Wer Frieden ernst meint, darf nicht bei der Perfektionierung des „Igels“ stehen bleiben. Der Igel kann Grenzen sichern, aber er kann nicht Nachbarschaften gestalten, Vertrauen herstellen oder ökonomische Ungleichheiten glätten, die Konflikte nähren.

Die Greenpeace-Studie ist von entscheidender Bedeutung, da sie die Debatten in die richtige Richtung lenkt und Zuwendungen zu alternativen Konzepten erzwingt. Eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Frage, wie Europa seine Sicherheit politisch und nicht nur militärisch ordnen will, ist mehr als notwendig. Zeitenwende oder Zeitreise – die Versuchung, alte Antworten neu zu labeln, ist groß.

Ein Paradigmenwechsel erneuert nicht nur den Mörtel, er reißt die Mauer ein.

30 Jahre



Save the Date: 8.8.26

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wurde 1996 gegründet und sieht sich seither als Mittler zwischen Friedensforschung und Friedensbewegung mit einem klaren Fokus auf der Kritik an der Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Die IMI besteht damit seit mittlerweile 30 Jahren, ist in dieser Zeit deutlich gewachsen und ihren Inhalten treu geblieben. Viele der Gründungsmitglieder sind weiterhin bei uns aktiv, viele sind neu hinzugekommen und noch mehr haben uns eine Zeit lang begleitet. Angesichts der Weltlage ist uns einerseits nicht nach feiern zumute. Schöner wäre es, wenn es die IMI nicht mehr geben müsste. Ein guter Anlass für einen Rück- und Ausblick, ein Wiedersehen mit alten und neuen Mitstreiter*innen ist so ein runder Geburtstag doch allemal.

Deshalb bitten wir Euch, folgenden Termin festzuhalten: Am **Samstag, 8. August 2026** wird in Tübingen nicht nur unsere IMI-Mitgliederversammlung stattfinden, sondern anschließend auch eine öffentliche Feier zum 30-jährigen Bestehen der IMI!

Ein genaueres Konzept oder Programm für die Veranstaltung haben wir noch nicht – freuen uns aber über Beiträge aus der Mitgliedschaft und unserem friedenspolitischen Umfeld. Das können zum Beispiel auch kleine Anekdoten sein, wie Ihr auf IMI gestoßen seit, mit der IMI zu tun hattet, was Euch in Erinnerung geblieben ist oder vielleicht auch gestört hat. Schickt uns solche kurzen Texte gerne per Post oder Mail zu. Das dürfen gerne auch Überlegungen sein, was Ihr von der IMI für die kommenden Jahre erwartet oder was in Euren Augen friedenspolitisch die größten Herausforderungen sind.

Vor allem aber, freuen wir uns, Euch am 8. August begrüßen, bewirten und uns mit Euch austauschen zu können. Das gilt explizit und insbesondere auch für ehemalige Mitstreiter*innen und Wegbegleiter*innen, die vielleicht mittlerweile andere Wege gegangen oder uns schlicht aus den Augen verloren haben.

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben
von und bezogen über:
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen
Telefon: 07071 – 49154
Fax: 07071 – 49159
imi@imi-online.de
www.imi-online.de

 IMI.FB  I_M_I  @imi@mastodon.social

Redaktion:

Jacqueline Andres (Marburg), Yasmina Dahm (Tübingen), Pablo Flock (Tübingen), Thomas Gruber (Rosenheim), Alexander Kleiß (Tübingen), Martin Kirsch (Hannover), Christoph Marischka (Tübingen), Ben Müller (Tübingen), Christopher Schwitanski (Köln), Andreas Seifert (Bonn), Nabil Sourani (Berlin), Sophie Voigtmann (Tübingen), Sven Wachowiak (Straßburg), Jürgen Wagner (Tübingen), Karina Wasitschek (Tübingen).

Autoren und Autorinnen:

Franz Enders ist in der antimilitaristischen Bewegung aktiv; Lea Fittkow ist aktiv in dem Berliner Bündnis gegen Waffenproduktion; Kiflemariam Gebre Wold ist freiberuflich an der Schnittstelle von Sicherheits- und Entwicklungspolitik tätig; Melchior Grabowski hat im Rahmen seines Praktikums bei der IMI zum Thema der Studie gearbeitet; Jonathan Jokisch ist Autor der IMI-Studie 2025/4 „Korridore der Aufrüstung“; die Kampagne Stop RWM setzt sich seit 2015 gegen die Bombenfabrik von RWM und ihre Erweiterung in Sardinien ein; Charlotte Kehne ist Referentin für Rüstungsexportkontrolle bei Ohne Rüstung Leben; Malte Lühmann ist IMI-Beirat; Milla Mallikas ist aktiv in dem Berliner Bündnis gegen Waffenproduktion; Tobias Pflüger ist IMI-Vorstand; Rheinmetall Entwaffnen Rhein-Main: wir sind zwei Menschen aus der Gruppe, die u.a. den Weg der Erinnerung nebst Ausstellung und Broschüre zu Zwangsarbeit bei Rheinmetall in

Unterlüß 2019 mitgestaltet und organisiert haben; Reza Schwarz arbeitet im IMI-Büro zu den Themen Wehrpflicht; Jonas Uphoff ist in antimilitaristischen Kämpfen aktiv und beschäftigt sich mit den Themen Krieg und Aufrüstung, er ist Autor der IMI-Studie „Von der Schmutzdecke in die Systemrelevant“.

Text- und Bildhinweise:

Franz Enders, *Woher kommt der Drohnenwall*, zuerst in Friedensforum 2/2026.

Alle Fotos und Grafiken, wie angegeben - bis auf S. 14, 18, 24 und 36: Karikaturen von Arno Neuber; Buchcover S. 46-47 Copyright bei den jeweiligen Verlagen.

Bezugsbedingungen:

IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Deutschland: Einzelpreis 5,00 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 60 € bzw. Förderabo ab 70 €. Ausland: Einzelpreis 5,00 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 70 € bzw. Förderabo ab 80 €.

Eigentumsvorbehalt:

Dieses Heft bleibt bis zur vollständigen Aushändigung Eigentum des Absenders. ‚Zur-Habe-Nahme‘ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden.

IMI-MITGLIED WERDEN!

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. ist unabhängig - damit sie es bleibt, brauchen wir Ihre/Eure Unterstützung! Wie das geht, zeigen wir auf unserer Webseite.



1996 - 2026

30
Jahre

**Die IMI wird 30
Zeit alles zu erneuern!**



Alles Alte muss raus!

Frische Ideen – frische Technik: die IMI braucht eine Runderneuerung!

Wir brauchen noch mehr Mitglieder und Freunde um dem Wahnsinn zu begegnen und antimilitaristischen Argumenten Gehör zu verschaffen!

Save the Date: 8. August 2026 Tübingen Sudhaus.

Mehr Infos auf S. 66 und bald auf unserer Homepage.